

Sonderthema:
Krisenfeld Balkan
 Warum die Region solch große Probleme hat

GRAFIK
 Die Länder des Balkans in
 Schaubildern dargestellt

SEITE 4 UND 5

BUNDESTAG
 Die Fraktionen kreuzen noch
 einmal die Klingen

SEITE 14

Das Parlament

Berlin, Montag 11. September 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 37 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Ende einer Ära

Norbert Lammert Nach 37 Jahren im Bundestag und zwölf Jahren als Präsident des Parlamentes zieht sich der CDU-Politiker nun aus der aktiven Politik zurück. Mit pointierten Formulierungen und klaren Analysen hat sich Lammert in den vergangenen Jahren den Ruf eines klugen, weit-sichtigen und aus-gleichenden Präsi-denten erworben.



Vergangene Woche zollten ihm die Abgeordneten aller Fraktionen dafür ihre Anerkennung (siehe Seite 14). Viele hätten ihn gerne im Amt des Bundespräsidenten gesehen, er selbst machte jedoch frühzeitig klar, dass er dies nicht anstrebt. Lammert resümierte, er habe das zweithöchste Staatsamt „gerne, nach besten Kräften und gelegentlich auch mit einem gewissen Vergnügen ausgeübt“.

pk ||

ZAHL DER WOCHE

27

Bundestagsabgeordnete von den aktuell 630 Mandatsträgern sind in der ablaufenden Wahlperiode für ausgeschiedene Parlamentarier nachgerückt; zuletzt im Juli Thomas Jepsen und Markus Uhl (beide CDU), die den in die Landespolitik gewechselten Parteikollegen und Abgeordneten Sabine Sütterlin-Waack und Alexander Funk folgten.

ZITAT DER WOCHE

»Ich werde Ihren Scharfsinn und Ihren Humor sehr vermissen.«

Cem Özdemir, Grünen-Vorsitzender, zum scheidenden Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU).

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn im Gespräch **Seite 2**

Perspektive Brüssel stellt den Westbalkanstaaten den Beitritt in Aussicht **Seite 7**

Donau Europas zweitgrößter Strom verbindet die Staaten im Südosten **Seite 9**

Bosnien-Herzegowina Das Kunstgebilde ist seit 30 Jahren in der Dauerkrise **Seite 11**

Bulgarien Der Balkanstaat bekommt die Korruption nicht in den Griff **Seite 13**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 60268 Frankfurt am Main



Das lange Warten

SÜDOSTEUROPA Die Annäherung des Westbalkans an die EU hat bisher weniger gebracht als erhofft

Seit der Jahrtausendwende, als die Kriege um das Erbe Jugoslawiens zum Stillstand kamen, haben die Staaten des westlichen Balkans ihre Volkswirtschaften und politische Systeme weitgehend auf die zukünftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union ausgerichtet. Sie haben ihre Märkte geöffnet, ihre Wirtschaft privatisiert und liberalisiert, sie halten sich an die geforderte Austeritätspolitik. Reformen in Kombination mit der schrittweisen Anpassung an das Gesetzeswerk und die politischen Richtlinien und Aktivitäten der EU sollen zu Marktwirtschaften und der politischen Befähigung zur EU-Mitgliedschaft führen. Faktisch machen die Finanz- und Handelsbeziehungen, die geografische Lage und die Anbindung an die EU den Westbalkan schon längst zu einem Teil der Union – allerdings ohne Stimmrecht und mit etlichen Nachteilen.

Die soziale Ungleichheit in den Gesellschaften ist stark angestiegen, was die Länder noch anfälliger für Populismus, Nationalismus und andere antieuropäische Strömungen macht. Es hat sich eine dünne Schicht von reichen Transitionsgebern gebildet, in der Mitte ist die Gesellschaft „anorektisch“ und die Armut hat große Teile der früheren Mittelschicht erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist mit durchschnittlich etwa 20 Prozent – bei der jungen Generation 50 Prozent – doppelt so hoch wie in der EU. Wie Meinungsumfragen aufzeigen, haben die jungen Menschen das Gefühl, schlechter zu leben als ihre Großeltern in der Zeit des sozialistischen Jugoslawiens. Zudem ist die private und öffentliche Verschuldung enorm gestiegen, gefördert durch die Öffnung der Volkswirtschaften zur EU, mit der etwa drei Viertel des Außenhandels erfolgt: Zwischen 2006 und 2016 hat der Westbalkan – im Vokabular der EU umfasst er Serbien und Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, die Republik Mazedonien sowie Albanien – ein Handelsdefizit von 97 Milliarden Euro mit der EU angehäuft. Durchweg geben die Staaten auch mehr aus, als die öffentlichen Kassen einnehmen. Die fehlenden Beträge werden durch Verschuldung, vor allem im Ausland, ausgeglichen. Das bedeutet, dass zukünftige Generationen die Rechnung bezahlen werden müssen. In der Region aber leben immer weniger Menschen, die Bevölkerung wird immer älter, viele wandern in den Westen aus. Etwa ein Viertel der Stammbevölkerung der Region, also etwa fünf Millionen Menschen, ist in den vergangenen Jahrzehnten ins Ausland gegangen.

In der Tat hat sich die „unsichtbare Hand des Marktes“ bemerkbar gemacht, aber nicht so, wie in den Transitions-Blaupausen der Europäischen Union vorgesehen. Vetternwirtschaft und eine leistungsschwache öffentliche Verwaltung verhindern vielerorts die Anpassung an das politische und wirtschaftliche Umfeld in Europa. Es rächt sich die verfehlte Privatisierungspolitik der 1990er Jahre, in deren Zuge das Gemeinschaftseigentum erst verstaatlicht und dann in die Hände weniger, vor allem politisch vernetzter sogenannter „Tycoons“ gelangte. Seitdem werden die Volkswirtschaften ausgeplündert.

Janusköpfige Entwicklung Letztlich hat die starke Anbindung an die EU sich als janusköpfig entpuppt. Einerseits war die Aufbau- und Entwicklungshilfe der Union nach dem Ende der jugoslawischen Nachfolgekriege von entscheidender Bedeutung. Die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes des EU-Rechts in den Westbalkanstaaten im Rahmen der Beitrittsvorbereitung ist das unübertroffene Modell für systemische Reformen. Andererseits haben die engen Verknüpfungen nicht den erwünschten langfristigen Entwicklungsschub gebracht. Im Gegenteil: Die Auswir-



Die wiederaufgebaute Brücke von Mostar in Bosnien-Herzegowina verbindet den bosniakisch geprägten Ostteil mit dem kroatisch geprägten Westteil der Stadt und gilt seit Jahrhunderten als Symbol für die Verbindung zwischen Ost und West. 1993 wurde sie im Krieg zerstört und damit zum Inbegriff für die Tragödie Jugoslawiens. © picture-alliance/Westend61

kungen der Finanz- und Schuldenkrise in der EU seit 2008 waren in der Region, aufgrund der Abhängigkeit von der EU, viel stärker zu spüren. Gleichzeitig haben die Staaten keinen Zugang zu den verschiedenen Stabilisierungsinstrumenten der EU. Insgesamt zeigt sich, dass die Region vor allem aufgrund ihrer billigen Arbeitskraft internationale Wettbewerbsvorteile erheischt, aber kaum in der Lage ist, zu wachsen und moderner zu werden. Industrien sind verschwunden, da sie der Konkurrenz aus der EU nicht standhalten konnten. Solange die monatlichen Löhne sich um 350 Euro bewegen, werden deutsche, italienische und andere Investoren Teile ihrer arbeitsaufwendigen Produktion in den Westbalkan verlagern. Ein Transfer hochwertiger Technologie findet nicht statt, sodass die Gesellschaften im Ganzen nicht „intelligenter“ werden. Angesichts des ökonomischen und sozialen Krebsgangs in der Region ist es für die politischen Eliten in der Region eine rationale Entscheidung, dass sie ihre Legitimität durch nationalistische Rhetorik und andere politische Aufwällungen versuchen zu stärken. Viel mehr können sie den Wählern ohnehin nicht anbieten, da das frühere Versprechen, zügig die Lebensbedingungen dem EU-Durchschnitt anzupassen, in absehbarer Zukunft offenbar nicht umsetzbar ist. Die Volkswirt-

Etwa ein Viertel der Stammbevölkerung ist ins Ausland gegangen.

schaften der Westbalkanländer müssten jährlich um mindestens sechs Prozent wachsen, um Ende der 2030er Jahre den EU-Durchschnitt zu erreichen, so die Analyse der Weltbank. Nach einem Jahrzehnt ohne Zuwachs liegt die durchschnittliche Wachstumsrate heute aber bei kaum drei Prozent. Die Angleichung der Wirtschaftsleistung ist notwendig, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken – eine Bedingung für den EU-Beitritt. Die mangelden Erfolge der EU-Erweiterungspolitik im Westbalkan sind nicht schönzureden, auch wenn in Brüssel auf die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel mit Montenegro und Serbien oder auf das 4. Gipfeltreffen führender EU-Staaten mit den Beitrittskandidaten im Rahmen des „Berliner Prozesses“ in Triest am 12. Juli dieses Jahres verwiesen wird. Viele Menschen in der Region hegen den Verdacht, dass die EU ihrer Region einzig dann Aufmerksamkeit schenkt, wenn sie als Krisenherd herhalten kann, der Risiken für die EU birgt: als Migrationskorridor, als Hort organisierter Kriminalität, Rückzugsgebiet islamistischer Gewalttäter oder als Nebenschauplatz der Auseinandersetzungen des Westens mit Moskau. In dieser Situation ist die weitere EU-Integration für die Menschen in Südosteuropa kein Versprechen mehr. Ein Blick zum Nachbarn Griechenland, die

Brexit-Katastrophe oder den Verfall der Demokratie in Polen und Ungarn nährt ihre Zweifel zusätzlich, ob das derzeitige EU-Modell das passende für sie ist.

Perspektive erforderlich Was die EU-Beitrittskandidaten im Westbalkan dringend brauchen, ist eine Entwicklungsperspektive und mehr öffentliche Investitionen, um die jährliche Wachstumsrate zu verdoppeln. Dafür müssten sie bald Zugang zu den EU-Strukturfonds erhalten, sich an EU-Finanzstabilitätsmechanismen beteiligen dürfen und in jeder weiteren Hinsicht als Teil des EU-Integrationsprojekts behandelt werden. Es liegt im wirtschaftlichen Eigeninteresse der EU, dass die Region attraktiver für Handel und Investitionen wird und die Verkehrs-, Energie- und Digitalnetze in Südosteuropa zusammenwachsen. Dann würde auch der Migrationsdruck aus der Region nachlassen. Der mögliche politische Gewinn liegt ebenso klar auf der Hand: Die Stärkung der regionalen Sicherheit in Südosteuropa würde das Ansehen der EU in Zeiten stärken, da die Geopolitik wieder an Bedeutung gewonnen hat. Das EU-Demokratiemodell könnte neue Anziehungskraft entfalten und damit den Einfluss anderer Akteure wie Russland, der Türkei oder islamischer Staaten – und auch der unberechenbaren Trump-Administration in den USA – eindämmen.

Die Neuausrichtung der Politik gegenüber Südosteuropa muss jetzt vorbereitet werden. Im Jahr 2019 beginnt ein neuer „institutioneller Zyklus“ der EU mit Europawahlen, einer neuen Kommission und einem neuen EU-Haushalt. Ziel der künftig 27 EU-Staaten sollte die Integration der Länder des westlichen Balkans sein. Mit einem Erfolg ihres Wirtschafts- und Sozialmodells in der Region würde die EU zu neuer Strahlkraft als strategisch denkender und handelnder Akteur gelangen, der es schafft, die Lebensbedingungen in Europa tatsächlich anzugleichen. *Dušan Reljić*

Die weitere EU-Integration ist für die Menschen kein Versprechen mehr.



Viele Kosovaren müssen sich als Händler durchschlagen, um über die Runden zu kommen. Kosovo ist eines der ärmsten Länder Europas. © picture-alliance/dpa

EDITORIAL

Endlich handeln

VON JOHANNA METZ

„Der Balkan produziert mehr Geschichte als er verbrauchen kann.“ So urteilte einst der britische Premier Winston Churchill. Wie recht er damit hatte, bewies das multikulturelle Pulverfass im Südosten Europas im vergangenen Jahrhundert mehr als einmal. Hier an der Grenze zwischen Orient und Okzident entzündete sich der Erste Weltkrieg, in dessen Folge das alte Europa zerbrach. Hier mündete aggressiver Nationalismus nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre in den (bislang) letzten Krieg auf europäischem Boden. Er führte in der deutschen Politik zu einem damals viel diskutierten Paradigmenwechsel: Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg beschloss der Bundestag 1995, deutsche Soldaten in einen bewaffneten Einsatz, nach Bosnien-Herzegowina, zu schicken. Der Balkan hat das Potenzial, die europäische Ordnung ins Wanken oder gar zum Einsturz zu bringen. Deshalb geben die jüngsten Entwicklungen Anlass zur Sorge. 20 Jahre nach Ende der Jugoslawien-Kriege nehmen ethnische Konflikte und Grenzstreitigkeiten in und zwischen den Staaten wieder zu. Nationalismus und Korruption blühen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind gefährdet. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist prekär. Die EU hat zwar Milliarden an Entwicklungsgeldern in die Region gepumpt, ansonsten aber zu lange ignoriert, was sich an ihrer Südostflanke wieder zusammenbraut. In Teilen hat sie es sogar mitverschuldet. Denn die bereits im Jahr 2003 eingeräumte Beitrittsperspektive für die proeuropäischen Staaten des westlichen Balkans hat sich bis heute nur für Kroatien erfüllt. Alle anderen stehen weiter in der Schlange und fragen sich, ob sie je an der Reihe sein werden. Das entmutigt, bremst ihren Reformeifer und stärkt die Nationalisten. Andere Akteure – Russland, die Türkei, Islamisten aus den Golfstaaten – drängen mit Macht in das Vakuum.

Will die EU den Balkan nicht verlieren und die Stabilität in ganz Europa nicht gefährden, muss sie den Staaten wieder eine glaubwürdige Perspektive einräumen und die demokratischen Kräfte in der Zivilgesellschaft stärken. Die Signale, die von der jüngsten Westbalkan-Konferenz in Triest ausgingen, sind ein erster, wichtiger Schritt. Ausruhen darf sich die EU darauf aber nicht.

Der Autor leitet das Brüsseler Büro der Stiftung Wissenschaft und Politik

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DER WESTBALKAN FÜR DIE EU VERLOREN?

So wird das nichts

PRO



Ulrike Winkelmann, Deutschlandfunk

Ja, die Westbalkan-Staaten drohen, für die EU verloren zu gehen. Ein wichtiger Grund ist, dass Russland und die Türkei ihre geopolitischen Möglichkeiten in der Region entdeckt haben. Vor allem Moskau untergräbt die Integrität der EU, indem es die Westbalkan-Staaten zur Penediplomatie im schlechtesten Sinne ermuntert. Motto: Was du von der EU willst, bekommst du von uns auch, nur billiger: Wir fragen weder nach Korruption noch nach Pressefreiheit. Damit lässt sich natürlich gegenüber Brüssel der demokratisch-bürgerrechtliche Preis für die nächste Zuwendung herunterdrücken. Und die Regierungen sind dafür anfällig. Das winzige Montenegro zum Beispiel mit seinen 600.000 Einwohnern wird faktisch seit 1990 von einer halbesidebenen Figur regiert, die alle paar Jahre – so auch seit November 2016 – einen engen Freund nach vorn schiebt. Milo Djukanovic hat sich offensichtlich einen Staat zur Absicherung der undurchsichtigen Geschäfte seiner Familie zugelegt, sponsored by EU. Nun ist die Lage etwa in Serbien zweifellos eine seriösere. Und für alle Westbalkan-Staaten gilt: Die EU darf den Teil der Bevölkerung, der (in) ein demokratisches Europa will, nicht enttäuschen. Doch bei aller Verantwortung, die wir dort haben – wenn das viele Geld, das in die Region fließt, die Korruption erkennbar mehr fördert als Arbeitsplätze schafft, nützt es auch den Menschen dort nicht. Es ist falsch so zu tun, als habe man es auf dem Westbalkan mit lauter aufstrebenden Rechtsstaaten zu tun, die bloß grad noch mit Stützrädern fahren. Die EU muss Korruption sanktionieren. Und die Bürger des Westbalkans selbst müssen korrupte Regierungen austauschen. Sonst wird das nichts mit Europa.

Längst nicht verloren

CONTRA



Richard Herzinger, »Die Welt«, »Welt am Sonntag«

Welche Bedrohung sich im Südosten des Kontinents zusammenbraut, ist Europas Öffentlichkeit viel zu wenig bewusst. Auf dem Westbalkan lebt der ethnische Nationalismus mit wachsender Aggressivität wieder auf. Mehr noch als in den blutigen 1990er Jahren ist er dazu mit religiösem Extremismus aufgeladen und wird er von auswärtigen antidemokratischen Mächten befeuert. In Serbien, Montenegro und dem serbischen Teil Bosniens schürt Putins Russland einen christlich-orthodox drapierten Neo-Panslawismus. Gefördert von Erdogans Türkei und arabischen Golfstaaten breitet sich im muslimischen Bosnien und im Kosovo islamischer Fundamentalismus aus. Zugleich verliert die EU, selbst durch nationale Regressionstendenzen geschwächt, an Attraktivität. Nur diese aber wirkte den ethnonationalistischen Destruktionskräften bislang effektiv entgegen. Neue kriegerische Gewaltexplosionen könnten das Grauen der Balkankriege ab 1991 noch übertreffen. Und sie wären kaum regional zu begrenzen. Doch verloren ist die Region für die EU noch längst nicht. Mit dem Westbalkan-Gipfel existiert immerhin ein institutioneller Rahmen für mehr Kooperation zwischen den ex-jugoslawischen Staaten plus Albanien. Der gegen Moskau durchgesetzte Nato-Beitritt Montenegros signalisiert, dass die Orientierung nach Westen anhält. Doch sind vonseiten der EU viel größere Anstrengungen zu wirtschaftlicher Entwicklung und demokratischer Stabilisierung der vermeintlichen „Peripherie“ nötig. Sie zu vernachlässigen wäre fatal. Die EU kann es sich nicht leisten, den Westbalkan aufzugeben. Nichts weniger als ihre eigene friedliche und demokratische Zukunft steht dort auf dem Spiel.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 13. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hahn, im Juli hat die EU auf dem Westbalkan-Gipfel in Triest ihr Beitrittsversprechen für Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien und Albanien erneuert. Wie wahrscheinlich ist es, dass die Länder ihr früher oder später angehören werden?

Die Beitrittsperspektive aller sechs Balkanländer ist klar und wird von den aktuellen EU-Ländern auch einstimmig unterstützt. Nur die Geschwindigkeit der Annäherung hängt von den konkreten Verdiensten jedes einzelnen Landes ab. Damit sind Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen im wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Bereich sowie bei der regionalen Kooperation und im regionalen Versöhnungsprozess gemeint. Das heißt, die Länder haben es selbst in der Hand, wie lange sie brauchen. Qualität geht vor Geschwindigkeit! Es muss unser aller Ziel sein, am Ende optimal vorbereitete Kandidatenländer zu haben, die als Bereicherung und nicht als Belastung für die EU empfunden werden.

Ist die Europäische Union nach Euro-Krise und Brexit-Schock überhaupt noch in der Lage, weitere Länder aufzunehmen?

Absolut. Der Austritt Großbritanniens, so bedauerlich er auch ist, ist ein Einzelfall. Er hat das Bewusstsein unter den verbleibenden Mitgliedstaaten geschärft, wie wichtig die Union für sie ist, und wie stabilisierend eine Beitrittsperspektive für die Balkanländer wirkt. Wir haben die Wahl, Stabilität zu exportieren – und der Beitrittsprozess ist durch den Anreiz für politische und wirtschaftliche Reformen ein zentraler Beitrag dazu – oder Instabilität zu importieren. Und nicht zu vergessen: Der Westbalkan war historisch und kulturell immer Teil Europas.

Wie attraktiv ist die europäische Perspektive dort aber noch? Nach Jahren in der Warteschleife scheinen sich viele resigniert abzuwenden.

Es gibt trotz aller Herausforderungen für diese Staaten keine strategische Alternative zum EU-Beitritt, weder politisch noch wirtschaftlich noch gesellschaftlich. Das wissen die Bürger dieser Länder auch. Klar ist aber ebenso: Wir müssen den Beitrittsprozess robuster und effektiver machen, durch eine Fokussierung der Heranführungshilfe, durch stärkeren Druck bei der Lösung bilateraler Probleme – wie zum Beispiel im Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo – und durch einen engen regionalen Austausch. Umgekehrt müssen die Politiker der jeweiligen Länder den Vorteil einer EU-Mitgliedschaft gegenüber der Bevölkerung glaubwürdiger und mit konkreten Beispielen vermitteln. Die Sichtbarkeit der EU-geförderten Projekte und unseres Engagements muss auf jeden Fall erhöht werden.

Können die Konflikte zwischen den Balkanstaaten denn wirklich nur durch eine Beitrittsperspektive entschärft werden?

Ja, denn unsere Anziehungskraft hat einen großen Stabilisierungseffekt. Stellen sie sich vor, wir hätten diese Länder sich selbst überlassen, etwa im Kontext der Migrationskrise! Die Folgen für Europa wären enorm gewesen. Die europäische Perspektive und ihre ganz konkrete Umsetzung, etwa durch den vor kurzem beschlossenen „Gemeinsamen Regionalen Wirtschaftsraum“, sind wichtige Beiträge zu Versöhnung, Sicherheit und Stabilität.

Wirtschaftlich spielt die Region für Europa eine eher geringe Rolle. Warum wird ihr dennoch diese große Bedeutung zuteil?

Ich würde die wirtschaftliche Bedeutung des Westbalkans nicht unterschätzen. Es handelt sich immerhin um einen Markt mit 20 Millionen Konsumenten, der zu-

»Immer ein Teil Europas«

JOHANNES HAHN Der EU-Erweiterungskommissar sieht keine strategische Alternative zu einem EU-Beitritt der sechs Westbalkanstaaten



© picture-alliance/AA

dem durch seine unmittelbare Nähe zur EU äußerst attraktiv ist. Sie ist heute schon der größte Handelspartner der Region. Durch den „Gemeinsamen Regionalen Wirtschaftsraum“ kann das Potenzial dieses Marktes optimal genutzt werden; er umfasst wichtige Bereiche wie Handel, Investitionen, Dienstleistungen, Arbeitsmobilität und einen einheitlichen digitalen Markt – und wird ein echter Wachstumsmotor für die Region sein. Nicht zuletzt ist eine gute Wirtschaftsentwicklung des Westbalkans auch in unserem Interesse. Regio-

nale Konflikte und der Druck zur Migration können massiv entschärft werden, wenn man Menschen eine Zukunftsperspektive im eigenen Land bietet.

Die EU hat schon in den vergangenen Jahren viel Geld in die Region investiert. Trotzdem nehmen die Konflikte zwischen den Staaten wieder zu, flammt der Nationalismus wieder auf. Was ist schief gelaufen?

Ich stimme dieser Analyse nicht zu. Es gibt in der Tat wiederholte Versuche, nationalis-

tische Reflexe politisch einzusetzen. Ich investiere aber viel, und letztlich auch erfolgreich, in Deeskalation. Wir haben zwei schwere innenpolitische Krisen in Albanien und Mazedonien entschärft, den EU-Prozess in Serbien als zentralem Akteur in der Region beschleunigt und auch die regionale Zusammenarbeit zwischen den Staaten verbessert.

Und wie steht es um die weit verbreitete Korruption?

Die Korruptionsbekämpfung ist eine unserer Prioritäten im Beitrittsprozess. Im legislativen Bereich ist einiges geschehen, jetzt geht es um die robuste Umsetzung, das heißt um effektives Aufdecken und strafrechtliche Verfolgung. Ich begrüße sehr, dass sich alle Westbalkan-Länder in der Schlusserklärung von Triest verpflichtet haben, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken. Und trotz aller bestehenden Defizite: Es gibt Fortschritte. So haben zum Beispiel alle Westbalkan-Länder spezialisierte Anti-Korruptionsbehörden eingerichtet. Zudem setzen sie Anti-Korruptionsstrategien um, wobei ein Schwerpunkt auf der proaktiven Vermeidung von Korruption durch Transparenz und gute Verwaltung liegt.

Die EU will in den kommenden Jahren erneut Milliarden für den Balkan bereitstellen. Was soll damit konkret geschehen?

Für die Periode 2018 bis 2020 ist eine finanzielle Unterstützung von insgesamt 2,85 Milliarden Euro für den Westbalkan vorgesehen, davon eine Milliarde für regionale Projekte. Wir fördern Maßnahmen in folgenden Schwerpunktbereichen: Demokratieentwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Auf regionaler Ebene liegt der Fokus auf der Kofinanzierung von wichtigen Infrastruktur-Projekten im Rahmen der sogenannten „Connectivity Agenda“. Dabei geht es um grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr, Energie, Jugendzusammenarbeit und Digitales. Zusätzlich fördern wir die Zivilgesellschaft, etwa die Teilnahme an EU-Gemeinschaftsprogrammen.

Jenseits der Europäischen Union spielen auch andere Akteure, insbesondere Russland und die Türkei, eine wichtige Rolle in der Region. Wie bewerten Sie diese?

Der Westbalkan ist durch seine geografische Lage, seine Geschichte und Vielfalt an Kulturen quasi eine Brücke. Daher gibt es auch historisch gewachsene Beziehungen einzelner Länder zu bestimmten Staaten wie etwa Serbien zu Russland. Für uns zählt einzig und allein, dass die Länder sich zu ihrer europäischen Perspektive als strategischem Ziel bekennen und auch dementsprechend handeln. Wir sind nicht naiv und sehen die Versuche anderer Akteure, von außen Einfluss zu nehmen. Aber ich denke, die politisch Verantwortlichen und auch die Bürger am Westbalkan wissen sehr wohl, wo der enorme Unterschied zwischen unserem Angebot und dem anderer Gesellschaftsmodelle liegt.

Das Gespräch führten Alexander Heinrich und Johanna Metz. ||

Der Österreicher Johannes Hahn (59) ist seit November 2014 EU-Kommissar für die Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Westbalkanexperte: Josip Juratovic

Josip Juratovic macht sich Sorgen um den Westbalkan. „Es herrscht zwar kein Krieg mehr. Konflikte gibt es aber nach wie vor viele in der Region“, sagt der 1959 im kroatischen Koprivnica geborene SPD-Abgeordnete. Konflikte sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten. Ein Muster zeichnet sich da seiner Ansicht nach deutlich ab: Insbesondere vor Wahlen würden verstärkt nationalistische Ressentiments geschürt, um von innenpolitischen Schwächen abzulenken. Ein permanentes Klima der Spannung werde so aufrechterhalten. Angesichts dessen fordert Juratovic ein stärkeres Engagement der EU. „Ich befürworte – schon in unserem eigenen Interesse – die rasche EU-Integration der gesamten Region“, sagt er. „Wir können uns im Herzen Europas einen weißen Fleck der Unberechenbarkeit nicht leisten.“ Die starken und weiter zunehmenden Einflüsse von Russen, Türken aber auch Saudi Arabiens auf die Region sorgen den 58-Jährigen. „Würde man die Staaten in die EU integrieren, könnte man diese Einflüsse zurückdrängen“, glaubt Juratovic. Insbesondere ein Serbien, „das nicht in der EU ist“, stellt aus seiner Sicht eine Gefahr für die ganze Region dar. Der verlorene Balkankrieg habe dazu geführt, dass es viele revancharische Gedanken gebe. „Wir müssen aufpassen, dass sich die Serben nicht fühlen wie die Deutschen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg“, zieht Juratovic eine historische Parallele. Das Problem dabei: Auf dem gesamten westlichen Balkan gebe die politische Elite vor, gern Mitglied der EU werden zu wollen, hand-

le aber keineswegs entsprechend. Vielmehr entstehe für ihn der Eindruck, die jeweiligen Eliten fürchteten die im Beitrittsfall drohende juristische Aufarbeitung ihrer Korruption, wie es in Kroatien mit Ex-Premier Ivo Sanader geschehen ist. Jahrelange Korruption und Amtsmissbrauch hätten auch die positive Entwicklung Mazedoniens verhindert. Juratovic spricht sogar von einem Rückschritt. Und dennoch: „Mazedonien sollte Nato-Mitglied werden, um für Stabilität zu sorgen“, fordert er.



»Ich befürworte – schon in unserem eigenen Interesse – die rasche EU-Integration der gesamten Region.«

Ein Argument, den EU-Beitrittsprozess für die gesamte Region zeitnah zu beginnen, ist für ihn die Entwicklung Kroatiens. „Der EU-Beitritt hat dazu geführt, dass vieles in Kroatien positiv vorangetrieben wurde, das die konstruktiven Kräfte im Land gestärkt wurden, die unsere Unterstützung brauchen, weil sie sonst machtlos gegen den auch dort herrschenden Nationalismus sind“, sagt Juratovic, der 1974 nach Deutschland kam.

In der SPD-Fraktion ist der gelernte Kfz-Mechaniker mit Wohnsitz im nordwürttembergischen Gundelsheim seit 2013 Integrationsbeauftragter. Seine Integration in Deutschland verlief weitgehend reibungslos, sagt er. „Als Migrant muss ich mich an der Gesellschaft beteiligen und mich mit ihr identifizieren. Dann kann ich auch erwarten, dass die große Mehrheit der Gesellschaft zu mir steht und mich schützt“, lautet sein Rezept für eine gelungene Integration. Dass sich muslimische Flüchtlinge schwerer integrieren lassen als Flüchtlinge anderer Religionen glaubt er nicht. „Die Menschen, die zu uns kommen sind nicht alle Engel, sie haben teilweise die Hölle erlebt.“ Sie kämen mit Hoffnungen und Ambitionen und fänden „ein wunderbares Land mit einer tollen Gesellschaft vor, die bereit ist zu helfen“. Wenn Flüchtlinge jedoch keine Perspektive erhielten, „entstehen Enttäuschungen auf beiden Seiten“. Enttäuscht wäre sicherlich auch Josip Juratovic wenn es am Wahlsonntag nicht für seinen erneuten Einzug in den Bundestag reichen würde. Auf fifty-fifty schätzt er seine Chance ein. Und falls es nicht klappt? „Ich bin auf jeden Fall für die zwölf Jahre Bundestag sehr dankbar“ sagt er. Als Migrant vom einfachen Fließbandarbeiter zum Parlamentarier – ein ausländischer Diplomat habe ihm gegenüber vom „Phänomen Juratovic“ gesprochen. Zu Unrecht wie der SPD-Politiker findet. Phänomenal sei vielmehr die deutsche Gesellschaft, in der er leben dürfe. „Um diese Gesellschaft beneiden uns viele. Auf diese Gesellschaft können wir stolz sein.“ Götz Hausding ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
8. September 2017

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterichts- und sonstige Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CxO
Claud Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CxO
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)



Das westliche Bündnis ist auf dem Balkan angesagt: Die Flagge von Montenegro wird vor dem Brüsseler Nato-Hauptquartier gehisst.

© picture-alliance/abaca

Neues Ringen alter Mächte

EINFLUSSSPHÄREN In der krisengeschüttelten Region bringen sich Russland und die Türkei in Stellung

Am 5. Juni wurde im Fahnerrundell des Brüsseler Nato-Hauptquartiers erstmals die Flagge Montenegros gehisst. Das Bündnis zelebrierte die Aufnahme seines 29. Mitgliedstaates. Wie immer, wenn nach dem Ende des Kalten Krieges eine Nato-Erweiterung anstand, hatte Moskau auch diesmal Bedenken angemeldet. Das Murren hat den Beitritt Montenegros aber eher beschleunigt. Eile schien geboten, weil es mehr als bloß Anzeichen für eine russische Subversion gab. Moskau, das sich seinerseits vor einigen Jahren um die Errichtung einer Marinebasis im montenegrinischen Tivar bemüht haben soll, machte sich dabei zunutze, dass die Gesellschaft des Kleinstaates an der adriatischen Ostküste in politische Lager gespalten ist, die eine erbitterte Feindschaft austragen. Auch der Nato-Beitritt löste eine heftige Kontroverse aus. Im November 2016 schienen die Sicherheitsbehörden einer Eskalation der Lage gerade noch zuvorgekommen zu sein, als sie einen mutmaßlichen Verschwörerzirkel aufdeckten, der Attentate auf Politiker geplant haben soll. Die Anklage spricht von Hintermännern in Belgrad und Moskau. Ob dies zutrifft, ist ungewiss.

Auch die USA haben sich in der Region zurück gemeldet.

Magnet Europa Mit dem Nato-Beitritt Montenegros wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Integration des westlichen Balkan in die europäische und euroatlantische Staatengemeinschaft vollzogen. Die Bilanz dieses Prozesses ist dennoch durchwachsen. Von den acht Staaten der Region gehören vier – Albanien, Kroatien, Montenegro und Slowenien – der Nato an. Erst zwei von ihnen, Kroatien und Slowenien, gelang der Beitritt zur EU. Eine Mitgliedschaft in der Nato mag dabei für einen Prestigegewinn und ein höheres Maß an Sicherheit sorgen. Zur Lösung ökonomischer und sozialer Kernprobleme leistet sie jedoch keinen Beitrag. Für die Staaten der Region ist daher ein Beitritt zur EU unisono das eigentliche Ziel. Brüssel hat stets bekundet, dass sie es erreichen können, sobald sie dafür die Voraussetzungen erfüllen. Um die Aspiranten an die EU heranzuführen, wurden Institutionen geschaffen, Berater entsandt und Finanzhilfen geleistet. Mit Serbien und Montenegro sind die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Albanien und Mazedonien gelten

als offizielle Bewerberländer. Bosnien-Herzegowina hat seinen Beitrittsantrag 2016 gestellt. Die Serie von Konferenzen, auf denen seit 2013 die Regierungschefs von führenden EU-Ländern und der Staaten des westlichen Balkan im Jahresrhythmus zusammenkommen, signalisiert, dass die Region wieder in den Fokus gerückt ist. Auch die USA haben sich in ihr zurückgemeldet. Nachdem sie 2008 dem Kosovo zur Seite gestanden hatten, als dieser seine Unabhängigkeit erklärte, waren sie weitgehend in den Hintergrund getreten. Nun ist es wesentlich ihrem diplomatischen Wirken zu verdanken, dass ein friedlicher Regierungswechsel in Mazedonien möglich wurde, die albanische Opposition von ihrer Drohung abrückte, die Parlamentswahlen zu boykottieren (die sie dann gleichwohl verlor) und der Kosovo die Absicht zurückstellte, eigene Streitkräfte aufzustellen.

Mit dieser Neuausrichtung treten Europäer wie Amerikaner auch den Versuchen Russlands und der Türkei entgegen, in der Region an Einfluss zu gewinnen. Im Zentrum der Bemühungen Moskaus steht dabei Serbien, das vor allem davon abgehalten werden soll, ebenfalls den Weg in die Nato einzuschlagen. 2013 sind beide Staaten eine „strategische Partnerschaft“ eingegangen. Im gleichen Jahr erlangte Serbien einen Beobachterstatus in dem 2002 auf Initiative Moskaus gegründeten Militärbündnis „Organ-

sation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS)“. Ebenfalls 2013 unterzeichneten Russland und Serbien ein Abkommen über Verteidigungskooperation. Nicht zuletzt leistet Russland Belgrad wertvolle diplomatische Rückendeckung in der Kosovofrage und nutzt diese zugleich, um auch in Mazedonien und Montenegro anti-amerikanische Vorbehalte zu schüren. Moskau bezichtigt die USA, im Rahmen seiner engen Beziehungen zu Tirana und Pristina „großalbanischen“ Bestrebungen Vorschub zu leisten. Tatsächlich scheint dieses Thema nicht länger ein Tabu zu sein. Mazedonien, Montenegro und Serbien als Staaten mit albanischen Minderheiten sind besorgt. Ihre Befürchtungen werden in Brüssel geteilt. Die EU mahnt, dass die bestehenden Grenzen nicht in Frage gestellt werden dürfen.

Die Zusammenarbeit mit Russland hat Serbien nicht davon abgehalten, auch Bande zur Nato zu knüpfen. Bereits 2006 erfolgte der Beitritt zur Initiative „Partnerschaft für den Frieden“. 2015 unterzeichnete Serbien den „Individuellen Partnerschaftsaktionsplan“ mit der Nato, der als engste Form der Zusammenarbeit unterhalb der Schwelle der Mitgliedschaft gilt. Ein Beitritt steht aber nicht auf der Agenda. Belgrad beharrt darauf, Neutralität zu wahren. Sehr wohl wird allerdings eine Mitgliedschaft in der EU angestrebt. Brüssel sieht die Militärkooperation mit Russland nicht als Hindernis für einen Beitritt an. Allerdings müsste sich Belgrad im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU bewegen. Die serbische Regierung befindet sich daher in einer komfortablen Lage. Je mehr sie von Russland umworben wird, desto größer ist ihre Verhandlungsmacht gegenüber Brüssel.

Die Sorge, letztlich nur instrumentalisiert zu werden, um sich gegenüber der EU Vorteile zu verschaffen, muss Moskau hinsichtlich der Republik Srpska nicht hegen. Diese Entität Bosnien-Herzegowinas ist wegen ihrer Obstruktionspolitik gegen gesamtstaatliche Institutionen und der latenten Drohung, die Unabhängigkeit oder den Anschluss an Serbien zu betreiben, international isoliert. Ihre Anlehnung an Russland spielt diesem ein Instrument in die Hand, das durch das Dayton-Abkommen zwar befriedete, aber zugleich paralytisierte Land zu destabilisieren. Die Bosnien-Herzegowina in die Wiege gelegte institutionelle Schwäche versucht sich aber nicht allein Moskau zunutze zu machen. Die Türkei bemüht sich um einen vergleichbaren Schulterschluss mit den muslimischen Bosniaken. Während des Bürgerkrieges gehörte sie zu den zahlreichen islamischen

Staaten, aus denen unter Umgehung des Embargos Waffen an bosnische Milizen geliefert wurden. Heute erschöpfen sich ihre Möglichkeiten in Kulturpolitik. Auf dem ganzen westlichen Balkan betreiben staatliche und private türkische Institutionen die Restauration von Baudenkmälern der osmanischen Zeit und subventionieren wie auch Geldgeber aus Saudi-Arabien, Katar, und dem Iran Netzwerke, die der Wiederbelebung religiöser Bindungen in einer weitgehend laizistisch gewordenen Gesellschaft fördern sollen. Die Wirkungen dieser Soft Power sind allerdings überschaubar.

Neosomanische Ideologien und die Beschwörung religiöser Verbundenheit stoßen bei den Muslimen der Region auf geringes Echo. Bosniakische Politiker suchen zwar die Nähe zur Regierung Erdogan, weil sie der Auffassung sind, dass sie wie die serbische und die kroatische Bevölkerungsgruppe einer externen Anlehnungsmacht bedürfen. Der Blick auf Wirtschaftsstatistiken macht aber deutlich, wie wenig ihnen die Türkei bieten kann. Als Handelspartner und Direktinvestor rangiert sie unter fernem Liefen. Russland kann ökonomisch deutlich mehr Gewicht in die Waagschale wer-

fen. Es ist der wesentliche Energielieferant und investiert in Banken, Industrien und Infrastruktur. Dieses Engagement ist aber nicht groß genug, um die Staaten der Region von ihrer Ausrichtung auf die EU abbringen zu können. Nadelstiche aus Russland wie auch der Türkei werden daher wirkungslos bleiben, wenn sich der Eindruck durchsetzt, dass die Perspektive Mitgliedschaft und nicht das Ausharren in einer Warteschleife ist. Peter Boßdorf

Der Autor ist Fachjournalist für Sicherheitspolitik.

Unruhig seit Jahrtausenden

GESCHICHTE Schon das Römische Reich konnte den Balkan kaum unter Kontrolle halten

Das Klischee vom unruhigen Balkan ist so alt wie die überlieferte Geschichte selbst. Bereits den Römern gelang es nur mit Mühe, die Region, die immerhin die beiden Machtzentren ihres Imperiums verband, unter Kontrolle zu halten. Als durch den Fall Konstantinopels im Jahr 1453 der Untergang des oströmischen Reiches besiegelt war, hatten sich die Türken als bestimmende Macht auf dem Balkan durchgesetzt. Zu erodieren begann diese im frühen 19. Jahrhundert. In den 1820er Jahren gelang es zunächst den Griechen, in einem Unabhängigkeitskrieg die türkische Herrschaft zu beenden. Auch Serbien und Montenegro beschränkten den Weg zur Selbständigkeit. Auf dem Berliner Kongress, der zu Beendigung der seit 1875 schwelenden und mit dem russisch-osmanischen Krieg eskalierenden Balkankrise einberufen worden war, wurden sie 1878 (ebenso wie Rumänien) als souveräne Staaten anerkannt. Auch Bulgarien erreichte in den folgenden Jahrzehnten seine Selbständigkeit.

Immer wieder Kriege Den Schlusspunkt setzte der Erste Balkankrieg im Jahr 1912, in dem eine Allianz aus Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland dem Osmanischen Reich seine letzten europäischen Territorien nahezu vollständig entwand. Aus ihm ging Albanien als souveräner Staat hervor. Befriedet war die Region damit nicht. Längst rivalisierten Russland und die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie um Einfluss. Die Nationalitätenkonflikte, die das Habsburger Reich insgesamt bedrohten, regten sich auch in seinen kroatischen und slowenischen Besitzungen. Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Frau am 28. Juli 1914 wurde

zum Auslöser des Ersten Weltkrieges, an dessen Ende nicht allein der Untergang der Habsburger Monarchie, sondern auch die Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen stand. Dieser erste jugoslawische Staat folgte zwar der Auffassung, dass es nur eine südslawische Nation gäbe, die sich in drei Erscheinungsformen manifestiere. Tatsächlich prägten aber Nationalitätenkonflikte das Bild. Diese versuchten die deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg sich zunutze zu machen, indem sie einen kroatischen Satellitenstaat errichteten. Die Akzeptanz, auf die sein Regime stieß, war jedoch gering. Der Anführer der Partisanen, Josip Broz, genannt Tito und selbst ein Kroat, favorisierte nach dem Krieg einen Neuanfang

unter föderalem Vorzeichen. Die Föderative Volksrepublik Jugoslawien erkannte neben Serben, Kroaten und Slowenen auch Mazedonien und Montenegro als Staatsvölker an. 1968 erhielten die Bosniaken ebenfalls diesen Status. Das Kosovo und die Vojvodina genossen innerhalb der serbischen Teilrepublik weitgehende Autonomie. Tito gelang es nach seinem Bruch mit Moskau im Jahr 1948, durch geschicktes Lavieren zwischen den Blöcken internationales Renommee zu erwerben. Innenpolitisch setzte er, allerdings ohne parteipolitischen Pluralismus zuzulassen, in Abgrenzung zum Staatsdirigismus der sowjetischen Hemisphäre auf einen demokratischen Sozialismus mit marktwirtschaftlichen Zügen. Der ökonomische Aufschwung, den Jugoslawien auf diesem Kurs erlebte, kam erst in den 1970er Jahren ins Stocken. Die Arbeiterselbstverwaltung war zu einem bürokratischen Moloch mutiert. Die immer weiter gehende Föderalisierung unterhöhlte die bundesstaatliche Entscheidungsfindung. Der Anpassung an sich immer schneller wandelnde außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen misslang. Das Gefälle zwischen den relativ wohlhabenden Regionen des Nordens und den Armenhäusern des Südens wuchs. Als Tito 1980 starb, waren die Zentrifugalkräfte daher längst freigesetzt. Es war allerdings weder absehbar noch unvermeidlich, dass sie in Kriegen enden würden. pb



Seine Ermordung führte in den Ersten Weltkrieg: Der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand



Moscheen wie hier in Prizren im Kosovo prägen wieder häufiger die Stadtbilder auf dem Balkan.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



LÄNDERINFORMATIONEN

Balkan

Der Begriff „Balkan“ ist umstritten. Geographisch zählen zur Balkanhalbinsel Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Albanien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Makedonien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien und der europäische Teil der Türkei.

Albanien

Fläche: 28.748 km²
 Bevölkerung: 2,89 Mio. Einwohner, + 0,31 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Albanisch
 Hauptstadt: Tirana, 0,617 Millionen
 Nationalfeiertag: 28. November (Proklamation der Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich 1912)
 Religionen: 70 Prozent muslimisch, 20 Prozent griechisch-orthodox und zehn Prozent römisch-katholisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Versammlung der Republik (140 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO, EU-Beitrittskandidat
 Bruttoinlandsprodukt: 10,3 Mrd. Euro

Bulgarien

Fläche: 111.002 km²
 Bevölkerung: 7,15 Mio. Einwohner, - 0,6 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Bulgarisch
 Hauptstadt: Sofia, 1,25 Mio.
 Nationalfeiertag: 3. März („Tag der Befreiung vom türkischen Joch“, Friede von San Stefano 1878)
 Religionen: 21,8 Prozent keine Angaben bei Volkszählung 2011. 76 Prozent der Angaben bulgarisch-orthodox, zehn Prozent muslimisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Volksversammlung (240 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO, EU
 Bruttoinlandsprodukt: 47,4 Mrd. Euro

Bosnien und Herzegowina

Fläche: 51.197 km²
 Bevölkerung: 3,53 Mio. Einwohner - 0,14 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Bosnisch, Serbisch und Kroatisch
 Hauptstadt: Sarajevo, 0,275 Mio.
 Religionen: 50,7 Prozent muslimisch (größtenteils Bosniaken), 30,7 Prozent serbisch-orthodoxe (größtenteils Serben), 15,2 Prozent römisch-katholisch (größtenteils Kroaten)
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie bestehend aus den zwei Entitäten „Föderation Bosnien und Herzegowina“ und der „Republika Srpska“ und dem Sonderverwaltungsgebiet Brčko
 Parlament: Abgeordnetenhaus (42 Sitze, 28 Sitze für die Föderation Bosnien und Herzegowina und 14 Sitze für Republika Srpska), Völkerkammer (15 Sitze, je fünf Sitze für Bosniaken, kroatische und serbische Bosnier)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO-Beitrittskandidat, Antrag auf EU-Beitrittsverhandlungen gestellt
 Bruttoinlandsprodukt: 14,58 Mrd. Euro

Kosovo

Fläche: 10.877 km²
 Bevölkerung: 1,88 Mio. Einwohner
 Landessprache: Albanisch, Serbisch, Türkisch, Bosnisch, Romanes
 Hauptstadt: Pristina, 0,207 Mio.
 Nationalfeiertag: 17. Februar (Tag der Unabhängigkeitserklärung 2008)
 Religionen: keine verlässlichen Zahlen bekannt, etwa 96 Prozent muslimisch, Rest: serbisch-orthodox, römisch-katholisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Parlament der Republik Kosovo (120 Sitze)
 Mitgliedschaften: Von 114 Staaten anerkannt, aber wegen des ungeklärten völkerrechtlichen Status nicht in der UNO vertreten
 Bruttoinlandsprodukt: 6,386 Mrd. Euro

Kroatien

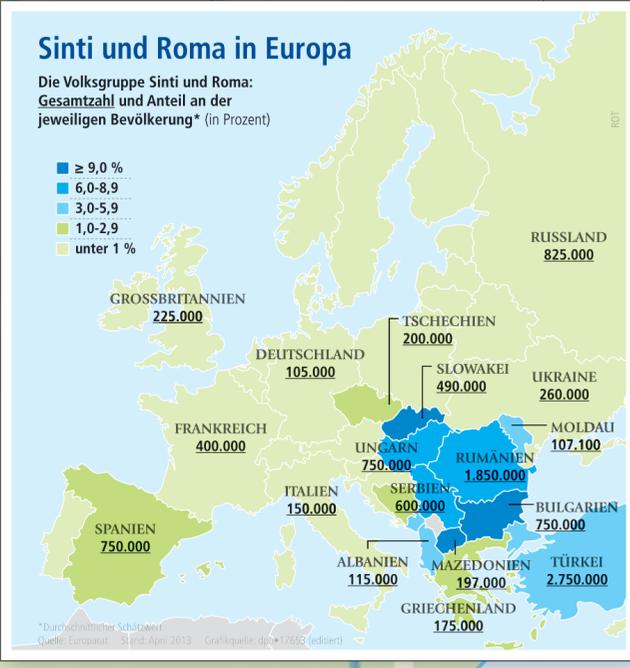
Fläche: 56.538 km²
 Bevölkerung: 4,19 Mio. Einwohner - 0,14 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Kroatisch, Serbisch, Italienisch, Ungarisch
 Hauptstadt: Zagreb, 0,79 Mio.
 Nationalfeiertag: 25. Juni (Tag der Unabhängigkeitserklärung 1991)
 Religionen: 86 Prozent römisch-katholisch, vier Prozent serbisch-orthodox, ein Prozent muslimisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Sabor (151 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, EU, NATO
 Bruttoinlandsprodukt: 45,8 Mrd. Euro



Der Balkan



Stadt mit
■ über 1.000.000
● 500.000 bis 1.000.000
○ 100.000 bis 500.000
 Einwohnern
Hauptstadt durch
 Unterstreichung
 gekennzeichnet



LÄNDERINFORMATIONEN

Mazedonien
 Fläche: 25.713 km²
 Bevölkerung: 2,07 Mio. Einwohner, + 0,15 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Mazedonisch, Albanisch, Türkisch, Romani, Serbisch, Vlachisch
 Hauptstadt: Skopje, 0,7 Mio.
 Nationalfeiertag: 8. September (Unabhängigkeits-Referendum 1991)
 Religionen: 70 Prozent mazedonisch-orthodox, 25 Prozent muslimisch, 0,5 Prozent römisch-katholisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Versammlung der Republik (123 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO-Beitrittskandidat, EU-Beitrittskandidat (Beitritte werden von Griechenland wegen Streit um den Landesnamen „Makedonien“ blockiert)
 Bruttoinlandsprodukt: 9,4 Mrd. Euro

Montenegro
 Fläche: 13.812 km²
 Bevölkerung: 0,623 Mio. Einwohner, + 0,23 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Montenigrinisch, Albanisch
 Hauptstadt: Podgorica, 0,19 Mio.
 Nationalfeiertag: 21. Mai (Unabhängigkeits-Referendum 2006)
 Religionen: 72 Prozent serbisch-orthodox, 16 Prozent muslimisch, 3,5 Prozent römisch-katholisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Parlament von Montenegro (81 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO, EU-Beitrittskandidat
 Bruttoinlandsprodukt: 3,63 Mrd. Euro

Rumänien
 Fläche: 237.500 km²
 Bevölkerung: 19,86 Mio. Einwohner, - 0,32 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Rumänisch
 Hauptstadt: Bukarest, 1,9 Mio.
 Nationalfeiertag: 1. Dezember („Tag der Einheit“, Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien 1918)
 Religionen: 87 Prozent rumänisch-orthodox, fünf Prozent römisch-katholisch, ein Prozent griechisch-katholisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Abgeordnetenversammlung (229 Sitze), Senat (136 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, NATO, EU
 Bruttoinlandsprodukt: 169,6 Mrd. Euro

Serbien
 Fläche: 77.484 km²
 Bevölkerung: 7,12 Mio. Einwohner, - 0,46 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Serbisch, Ungarisch, Bosnisch, Romanes
 Hauptstadt: Belgrad, 1,66 Mio.
 Nationalfeiertag: 15. Februar („Tag der Staatlichkeit“, Aufstand gegen die Osmanen 1804)
 Religionen: 84,6 Prozent serbisch-orthodox, fünf Prozent römisch-katholisch, drei Prozent muslimisch, ein Prozent protestantisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Nationalversammlung, 250 Sitze
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, EU-Beitrittskandidat
 Bruttoinlandsprodukt: 34,1 Mrd. Euro

Slowenien
 Fläche: 20.273 km²
 Bevölkerung: 2,06 Mio. Einwohner, - 0,29 Prozent pro Jahr
 Landessprache: Slowenisch
 Hauptstadt: Ljubljana, 0,29 Mio.
 Nationalfeiertag: 25. Juni (Proklamation der Eigenstaatlichkeit 1991)
 Religionen: 57,8 Prozent römisch-katholisch, 2,5 Prozent muslimisch, 2,3 Prozent orthodox, 0,9 Prozent protestantisch
 Politisches System: Parlamentarische Demokratie
 Parlament: Staatsversammlung (90 Sitze), Staatsrat (40 Sitze)
 Mitgliedschaften: UNO, OSZE, Europarat, EU, NATO
 Bruttoinlandsprodukt: 38,54 Mrd. Euro

Quellen: Auswärtiges Amt, Bundezentrale für politische Bildung



KRIEGSCHRONIK 1991-1999

Der Zerfall Jugoslawiens vollzieht sich in den 1990er Jahren in mehreren Kriegen, die oft von „ethnischen Säuberungen“, Massenvertreibungen und schweren Kriegsverbrechen geprägt sind.

Zehn-Tage-Krieg in Slowenien

1990 Bei einer Volksabstimmung votieren im Dezember in Slowenien knapp 90 Prozent für die Unabhängigkeit des Landes.

1991 Am 25. Juni erklärt Sloweniens Parlament die Unabhängigkeit des Landes. Ab dem 27. Juni kommt es zu Kampfhandlungen zwischen der slowenischen Territorialverteidigung und Polizisten Sloweniens auf der einen und der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) auf der anderen Seite. Am 7. Juli wird ein Waffenstillstand vereinbart, in dem Slowenien einem dreimonatigen Verzicht auf die Unabhängigkeit zustimmt. Sie wird am 8. Oktober in Kraft gesetzt.

Der Kroatienkrieg 1991 bis 1995

1991 Bei einer vom serbischen Bevölkerungsteil Kroatiens boykottierten Volksabstimmung sprechen sich im Mai mehr als 90 Prozent für die Unabhängigkeit aus. Wie in Slowenien verkündet auch das kroatische Parlament am 25. Juni die Unabhängigkeit des Landes, woraufhin die Kämpfe um serbisch besiedelte Gebiete eskalieren. Im weiteren Jahresverlauf erobern serbische Kräfte bis zu ein Drittel Kroatiens. Im Dezember wird die „Serbische Republik Krajina“ proklamiert, während Deutschland mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens vorsprengt.

1992 Im Januar wird ein von der UNO vermittelter Waffenstillstand zwischen der serbisch dominierten JVA und Kroatien unterzeichnet. Trotz grundsätzlichen Waffenstillstandes kommt es in der Folgezeit zu weiteren Kampfhandlungen.

1995 Im Mai erobert die kroatische Armee die serbisch kontrollierten Gebiete in Westlawonien zurück. Im August nimmt sie die „Republik Krajina“ ein. Mit den Abkommen von Erdut und Dayton im November findet der Kroatienkrieg sein Ende.

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina 1992 bis 1995

1992 Im Januar wird von bosnischen Serben die „Republik Srpska“ ausgerufen. Ende Februar/Anfang März votieren die muslimischen und kroatischen Bevölkerungsteile bei einem von den Serben boykottierten Referendum in Bosnien-Herzegowina für die Loslösung vom serbisch dominierten Rest-Jugoslawien; danach wird die Unabhängigkeit des Landes verkündet, gefolgt von Angriffen der serbischen Seite, die im April ihre fast vierjährige Belagerung Sarajevos beginnt. Im selben Monat schließt sich Serbien mit Montenegro zur Bundesrepublik Jugoslawien zusammen; im Mai zieht die JVA offiziell aus Bosnien-Herzegowina ab, wobei sie das Gros ihrer Ausrüstung den bosnischen Serben überlässt. Diese beherrschen seit dem Sommer mehr als zwei Drittel des Landes.

1993 Die schon im Vorjahr aufgeflamten Kämpfe zwischen kroatischen und bosniakischen Kräften eskalieren im Jahresverlauf; im November zerstört die kroatische Seite große Teile der Altstadt von Mostar.

1994 Im März verständigen sich Muslime und Kroaten auf eine bosniakisch-kroatische Föderation in Bosnien-Herzegowina.

1995 Im Juli fallen Tausende Muslime nach der serbischen Eroberung der UN-Schutzzone Srebrenica dem schlimmsten Massaker des Krieges zum Opfer. In den Folgemonaten erringen bosnische und kroatische Truppen bedeutende Geländegewinne. Im November wird der Krieg mit dem Abkommen von Dayton (USA) beendet; Bosnien-Herzegowina bleibt als Staat erhalten, bestehend aus einer bosniakisch-kroatischen Föderation und der Republika Srpska.

Der Kosovokrieg 1999

1996 Im zu Serbien gehörenden, mehrheitlich von Albanern bewohnten Kosovo verkündet die albanische Untergrundarmee UCK im November den bewaffneten Kampf gegen die Herrschaft Belgrads; in den Folgejahren eskaliert in der Region der gewaltsame Konflikt zwischen Kosovo-Albanern und Serben.

1999 Ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates führt die Nato mit deutscher Beteiligung von März bis Juni einen Luftkrieg gegen Serbien mit dem Ziel, Übergriffe und Vertreibungen im Kosovo zu beenden. Das Kosovo wird nach dem Krieg unter UN-Verwaltung gestellt.



Passanten fliehen im April 1993 im von serbischen Kräften belagerten Sarajevo vor Scharfschützen.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS / Michael Stravato

Blutiger Zerfall

EX-JUGOSLAWIEN Bei der Auflösung des Vielvölkerstaates kehrte der Krieg nach Europa zurück

Jahrzehntlang lebten die verschiedenen Volksgruppen in Jugoslawien friedlich miteinander: orthodoxe Serben, katholische Kroaten, muslimische Bosniaken und andere. Jugoslawien setzte sich aus sechs Teilrepubliken zusammen – Serbien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Slowenien und Montenegro. Doch mit dem Zusammenbruch des Sozialismus Ende der 1980er Jahre wurden nationalistische Strömungen stärker – und aus Nachbarn Feinde. Schließlich zerlegten mehrere Kriege – inklusive „ethnischer Säuberungen“ und Massenkriegsverbrechen – das frühere Jugoslawien in seine Einzelteile. Auch die internationale Gemeinschaft wurde in die Konflikte hineingezogen – Deutschland entschloss sich gar zu seinem ersten Kriegseinsatz seit 1945. Eigentlich hätte man erwarten können, dass Jugoslawien der Übergang zur Marktwirtschaft leichter fallen müsste als den harten Diktaturen in den sowjetisch gelenkten Staaten. Das kommunistisch regierte Land, das einen „dritten Weg“ zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus gehen wollte, war viel offener als seine unter Moskaus Kuratel stehenden Nachbarn: Es gewährte seinen mehr als 23 Millionen Einwohnern mehr Rechte, darunter die volle Reisefreiheit, viele Bürger hatten Auslandskontakte und sogar -erfahrung, wäh-

Ausgerechnet der Übergang zur Demokratie versetzte dem Land den Todesstoß.

rend die Privatwirtschaft einen größeren Freiraum genoss und seit langem westliches Kapital hierher floss. Aber es kam anders. Ausgerechnet das liberalste und am weitesten entwickelte sozialistische Land zerfiel in einem Jahrzehnt blutiger Kriege in sieben Einzelteile. Dass Jugoslawien am Ende des Ersten Weltkriegs „künstlich“ gebildet wurde, wie es die Propaganda der 1990er Jahre behauptete, weist die Fachwelt heute unisono zurück. Schon zur Kaiserzeit hatte es eine südslawische Bewegung gegeben, besonders stark war sie in Kroatien. Aber während die Kroaten sich das erträumte Jugoslawien als einen Vielvölkerstaat nach Art des Habsburgerreichs vorgestellt hatten, hatte man in der Hauptstadt Belgrad ein vergrößertes Königreich Serbien im Sinn. Schon früh kam es zu Konflikten. Im April 1940 schließlich überfiel Hitler mit seiner Wehrmacht das neutrale Land und teilte es auf. In der Mitte entstand der „Unabhängige Staat Kroatien“, der ungeachtet seines Namens ganz von Nazi-Deutschland abhängig war und dessen brutales Regime Juden, Serben und Roma ermordete oder in KZs schaffte.

Ethnische Quotierung Als gegen Kriegsende kommunistisch geführte Partisanen das Land von der Besatzung befreiten, sollten die Fehler der Vorkriegszeit nicht wie-

derholt werden. Kein Volk sollte dominieren, war die Devise. Der langjährige Staats- und Parteichef Josip Broz, genannt Tito, schuf ein sorgfältig austariertes System des ethnischen Gleichgewichts und reservierte für sich selbst die Rolle des Schiedsrichters. Jede „Nation“ bekam jetzt ihre eigene Republik; zusätzlich herrschte bis in die Teilstaaten, Gemeinden und sogar in die Betriebe vielerorts eine peinlich genaue ethnische Quotierung. Nach Titos Tod 1980 sollten die Präsidenten der sechs Teilrepubliken und beiden autonomen Provinzen das Land gemeinsam regieren. Einen Schiedsrichter gab es nicht mehr, aber die Konkurrenz zwischen den Republiken wurde während einer langen Wirtschaftskrise von Jahr zu Jahr schärfer. Als sich 1986 bei der Wahl zum kommunistischen Parteichef in der größten Republik Serbien Slobodan Milosevic durchsetzte, zog zusätzlich eine Welle nationalistischer Propaganda durchs Land. Den Todesstoß versetzte dem Vielvölkerstaat ausgerechnet der Übergang zur Demokratie: Auf freie Wahlen im ganzen Land konnten sich die streitenden Präsidenten nicht mehr einigen. So wurde in jeder Republik einzeln gewählt. Überall setzten sich die Kandidaten durch, von denen die eigene Volksgruppe sich den wirksamsten Schutz gegen die je andere erwartete.

Die Hälfte der Bevölkerung musste fliehen; mehr als 100.000 kamen zu Tode.

1991 erklärten sich Slowenien und Kroatien für unabhängig. Jugoslawien war zerfallen. Die formal noch gemeinsame, de facto aber schon serbisch dominierte „Volksarmee“ besetzte ein paar Tage die Grenzübergänge Sloweniens zu Österreich und Italien. Aber der eigentliche Krieg ging nicht um den Erhalt Jugoslawiens, sondern um die Verteilung seines Territoriums. Jugoslawische Armee und Freischärler besetzten die Teile Kroatiens, wo die serbische Minderheit lebte, und vertrieben die dort lebenden Kroaten. Am schlimmsten traf es Bosnien-Herzegowina. Dreieinhalb Jahre führten drei Armeen Krieg gegen einander: Die von den muslimischen Bosniaken dominierte wehrte sich gegen die Versuche einer serbischen und einer kroatischen Formation, ihre jeweiligen Siedlungsgebiete ethnisch zu „säubern“, so das Schlagwort dieser Jahre, und dann den neuen Nachbarstaaten Serbien und Kroatien anzuschließen. Auch eine Uno-Schutztruppe konnte nicht verhindern, dass mehr als 100.000 Menschen zu Tode kamen und die Hälfte der Bevölkerung flüchten musste. Nach jahrelangen erfolglosen Friedensverhandlungen erreichten die USA unter ihrem neuen Präsidenten Bill Clinton mit Druck und Hilfsversprechen, dass Bosniaken und Kroaten Frieden schlossen und sich gemeinsam gegen die serbische Partei

wandten. Von Milosevic in Belgrad, der die serbische Kriegspartei in Bosnien gestützt, finanziert und gelenkt hatte, erreichten die USA, dass er mit dem bosnisch-serbischen „Präsidenten“ Radovan Karadzic brach. Als dessen Armee weiterkämpfte, musste sie sich den von den USA aufgerüsteten und von Nato-Luftangriffen unterstützten Bosniaken und Kroaten geschlagen geben. 1995 schlossen die Präsidenten Serbiens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowina auf einem US-Luftwaffenstützpunkt in Dayton/Ohio Frieden und einigten sich auf eine Verfassung für Bosnien-Herzegowina. **Deutscher Kriegseinsatz** Dauerhafter Friede trat aber nicht ein. Die albanische Mehrheit im Kosovo – formal eine „autonome Provinz“ Serbiens, de facto aber von einem serbischen Polizeiregime beherrscht – wollte sich damit nicht abfinden. Als Belgrad gegen die albanische Untergrundarmee UCK losschlug, brach ein Volksaufstand aus; es drohte ein Bürgerkrieg. Nato-Luftschläge, an denen sich die Bundeswehr ungeachtet eines fehlenden UN-Mandats beteiligte, zwangen Serbien schließlich 1999 nach 78 Tagen zum Rückzug aus dem Kosovo. Nach einer UN-Übergangsverwaltung erklärte sich das Land 2008 mit westlicher Unterstützung für unabhängig, Serbien, aber auch fünf EU-Staaten und Russland mit seinem Veto-Recht im Welticherheitsrat erkennen das Land bis heute nicht an.

Norbert Mappes-Niediek ||
Der Autor arbeitet seit 1992 als freier Südosteuropa-Korrespondent.

Leugnen, verharmlosen, instrumentalisieren

AUFARBEITUNG Trotz der Urteile in Den Haag werden die Kriegsverbrechen in den involvierten Staaten gesellschaftlich nicht geächtet

Im Vorjahr wurden Radovan Karadzic, Biljana Plavsic und Momcilo Krajisnik vom Parlament des bosnischen Landesteils Republika Srpska (RS) offiziell geehrt. Es handelt sich um drei verurteilte Kriegsverbrecher. Karadzic war ein halbes Jahr zuvor, am 24. März 2016, vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (ICTY) für den Völkermord in Srebrenica zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Doch in der Republika Srpska ist der Revisionismus die vorherrschende Ideologie. RS-Präsident Milorad Dodik hat auch ein Studentenheim nach Karadzic benannt, dem einst wichtigsten bosnisch-serbischen Politiker – als wäre der Rassist und Vordenker der ethnischen Säuberungen und Massenmorde ein Vorbild für die Jugend.

160 Verfahren Das Kriegsverbrechertribunal hat seit seiner Gründung im Jahr 1993 bislang 83 Personen verurteilt, 19 wurden freigesprochen, sieben Prozesse sind noch im Gang. Insgesamt wurden 160 Verfahren geführt. Doch in keinem der vier involvierten Staaten – Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo – gelang es trotz der Arbeit des Jugoslawientribunals, eine tief gehende gesellschaftliche Debatte in Gang zu bringen, die zumindest zur Anerkennung der Fakten geführt hätte.

Der deutsch-französische Historiker Nicolas Moll, der in Sarajevo lebt, sieht unveränderte Diskurse der einzelnen nationalen Gruppen, sich jeweils selbst zum Opfer zu stilisieren. Die Kriegsverbrecher-Prozesse hätten „oftmals sogar dazu beigetragen, Leugnungs- und Selbstviktimsierungseinstellungen zu verstärken“. Dodik behauptet etwa, „die Idee“, es habe in Srebrenica einen Völkermord gegeben, werde von der internationalen Gemeinschaft verfolgt, um die verfassungsrechtliche Stellung der RS zu schwächen. Die Verbrechen in Srebrenica seien ein Schlag gegen das Serbentum gewesen, verdreht er die Fakten. Er ist einer von vielen Politikern in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die Kriegsverbrechen und Kriegsverbrecherprozesse instrumentalisieren. Beliebt sind neben der totalen oder teilweisen Leugnung von Verbrechen ihre Rechtfertigung oder Verharmlosung; sehr gängig ist auch das Aufrechnen. In vielen Fällen werden Verbrechen an den anderen Volksgruppen als weniger schlimm gewertet als Verbrechen an der eigenen. Häufig werden Zahlen aufgebauscht oder verringert, jeweils um das eigene Opferum zu betonen. Oft werden auch historische Vergleiche herangezogen und so getan, als wären die Verbrechen Ra- cheakte für andere Verbrechen.

Die große Mehrheit der heute agierenden Politiker nutzt die Kriegsverbrecherprozesse, um ihre eigenen nationalistischen Narrative zu wiederholen und zu bestätigen, wie die Historikerin Katarina Ristic kritisiert. So wird in Bosnien-Herzegowina der Völkermord von den Eliten in der RS ge- leugnet, aber von bosniakischen Politikern

zuweilen für ihren Machterhalt instrumentali- siert. „Auf der einen wie auf der anderen Seite gibt es eine Demütigung der Opfer aus der Ecke arroganter politischer Macht“, sagt der Schriftsteller Enver Kazaz. In ihrem Buch „Imaginary Trials“ (Imaginare Prozesse) spricht Ristic die Haltung der meisten Medien an, die Stereotype, Hass und Lügen unterstützten. Sie spricht von einer „negativen PR“ im Bezug auf das Tribunal, das als parteiisch verunglimpft wurde. Insbesondere in Bosnien-Herzegowina hängt die Zustimmung zum ICTY davon ab, mit welcher „ethnischen“ Gruppe man sich identifiziert. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2010 sehen Dreiviertel der Bosniaken und mehr als 70 Prozent der Kroaten das Gericht als positiv an, aber nur 15 Prozent der bosnischen Serben.

Wiedergewählt Einige jener, die angeklagt waren, wurden sogar als Politiker wieder gewählt, wie Nikola Šainovic, der eine 18-jährige Freiheitsstrafe wegen Kriegsverbrechen gegen Albaner im Kosovo verbüßte und seit 2016 im Vorstand der Sozialistischen Partei sitzt. Fikret Abdic, der wegen Kriegsverbrechen in Bosnien-Herzegowina zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war, ist seit 2016 wieder Bürgermeister von Velika Kladuša. Der kroatische

Ex-General Branimir Glavaš, wegen Kriegsverbrechen gegen Zivilisten verurteilt, sitzt wieder im kroatischen Parlament. Im Kosovo wurde der ehemalige Kämpfer der Kosovo-Befreiungsarmee UCK, Sami Lushtaku, zu zwölf Jahren Haft verurteilt, ist aber noch immer Bürgermeister von Skenderaj. Es gibt aber auch positive Beispiele. So wird mit dem regionalen Jugendwerk Rycos, das von der EU und sechs Balkan-Staaten unterstützt wird, versucht, Vorurteile in den Gesellschaften abzubauen. Auch im Umgang mit Kriegsverbrechen gibt es einige lokale Initiativen. In Kazani, oberhalb von Sarajevo, wurden 1992 und 1993 getötete Serben in eine Felspalte geworfen. 2011 legte der sozialdemokratische Politiker Svetozar Pudacic an der Felspalte Blumen nieder. Voriges Jahr ehrte der Chef der größten bosniakischen Partei, SDA, Bakir Izetbegovic, dort die serbischen Opfer. „Es ist ein Prüfstein für jede Gesellschaft, ob sie in der Lage ist, nicht nur auf die eigenen Opfer zu verweisen, sondern auch eigenes Fehlverhalten einzugestehen. Erst dann ist es möglich, über ein gemeinsames Gedenken nachzudenken“, sagt der Historiker Moll.

Die Autorin ist Südosteuropa-Korrespondentin der Wiener Zeitung „Der Standard“.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mitte Juli kam Aleksandar Vucic zum ersten Mal in seiner neuen Funktion als serbischer Präsident nach Brüssel. Er hoffte auf Zusagen, bekam stattdessen nur freundliche Worte. Niemand in Brüssel wollte sich darauf festlegen, dass die EU bei ihren Beitrittsverhandlungen mit Serbien schnell neue Kapitel eröffnet. Vucic, zuvor Ministerpräsident, wird sich gedulden müssen.

2003 hatte die EU allen Ländern des Westbalkans die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Doch nur Slowenien und Kroatien haben die EU-Aufnahme geschafft (siehe Beitrag unten). Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, der Kosovo und Albanien steht eine lange Wartezeit bevor. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat klargestellt, dass die EU bis 2019 kein neues Mitglied aufnehmen wird. EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn will sich auch für die Zeit danach nicht auf ein Beitrittsdatum festlegen lassen. „Es hat keinen Sinn, von einer Zeitperspektive zu reden“, sagt er.

Brüssel und die EU-Mitgliedsstaaten, die den Beitritt einstimmig absegnen müssen, pochen auf tiefgreifenden Wandel, ehe sie die Länder, die aus Jugoslawien hervorgegangen sind, sowie Albanien aufnehmen. Das hat seinen Grund: Bulgarien und Rumänien durften der EU 2007 beitreten, obwohl sie nicht reif dafür waren. Korruption durchzog das öffentliche Leben, die Justiz zeigte Defizite. Doch je weiter die Aussicht auf Beitritt für den Westbalkan in die Ferne rückt, desto mehr schwindet dort die Begeisterung für das europäische Projekt. In Serbien sprechen sich nur noch 43 Prozent der Bürger für einen Beitritt aus, 2009 waren es 67 Prozent. Vor allem junge Leute stehen der EU skeptisch gegenüber. Ein Teil der Bevölkerung des Westbalkans hat die Hoffnung ganz aufgegeben, dass ihr Land jemals der EU beitreten wird. 26 Prozent schließen das nach einer Umfrage des Balkan Barometers aus.

Fragile Lage Der Brexit hat in der Region die Befürchtung wachsen lassen, die EU könnte ihre Energie auf die komplizierten Trennungsgespräche konzentrieren, statt sich mit den Nachbarn im Südwesten zu beschäftigen. Finanz-, Euro- und Flüchtlingskrise hatten zuvor bereits viel Zeit des EU-Führungspersonals in Anspruch genommen. Im März haben sich die Staats- und Regierungschefs zum ersten Mal seit langem wieder mit dem Westbalkan beschäftigt und der Region ihre „eindeutige Unterstützung“ für eine „europäische Perspektive“ versichert. Auslöser dafür war die Einsicht, wie fragil die Region ist. „Frieden kann niemals als selbstverständlich angesehen werden“, warnt die Außenbeauftragte Federica Mogherini. „Der Balkan kann leicht ein Schachbrett werden, auf dem Machtspiele ausgetragen werden.“

So konnte im vergangenen Oktober in Montenegro ein Militärcoup verhindert werden. Es besteht der Verdacht, dass die Russen damit das Land davon abhalten wollten, der NATO beizutreten. Zwischen Serbien und Kosovo drohte ein Konflikt zu eskalieren, weil Serbien einen Zug mit der Aufschrift „Kosovo ist serbisch“ in den Kosovo schicken wollte. Und in Mazedonien ist die politische Dauerkrise gerade erst beendet worden, nachdem der nationalkonservative Nikola Gruevski, dem Korruption vorgeworfen wird, Anfang Juni den Weg frei machte für eine sozialdemokratische

Viel Geduld gefragt

EU-ERWEITERUNG Die Europäische Union stellt allen Westbalkan-Staaten einen Beitritt in Aussicht. Manche Länder tun sich mit der Demokratie aber noch schwer



Beim West-Balkan-Gipfel im Juli dieses Jahres in Triest verständigten sich die Regierungschefs der Region darauf, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu bilden. © picture-alliance/AA

Nachfolgerregierung. EU-Kommissar Hahn sagt über die Region: „Es reicht ein Streichholz – und alles steht in Flammen.“ Nicht nur die ethnischen Spannungen sind ein Problem. Beobachter sehen mit Sorge, dass sich in der Region autokratische Tendenzen ausbreiten. „Die Demokratie ist im westlichen Balkan seit einem Jahrzehnt auf dem Rückzug“, schreibt die „Balkans in Europe Policy Advisory Group“. In der aktuellen Studie heißt es: „Die Abwärtsspirale begann vor einem Jahrzehnt und beschleunigte sich mit der Wirtschaftskrise 2008

und den multiplen Krisen, die die Union von der Erweiterung abgelenkt haben.“ Die Länder des westlichen Balkans hätten sich davon entfernt, gefestigte Demokratien zu werden, heißt es in der Studie. Beim Bertelsmann Transformationsindex etwa rangiert das bestplatzierte Land, Montenegro, gleich hinter Brasilien. Viele Autokraten seien mit Hilfe des Westens an die Macht gekommen, weil sie sich wie Gruevski in Mazedonien oder Vucic in Serbien als Reformer ausgaben. „Alle haben sie westliche Unterstützung genutzt, um ins Amt zu ge-

langen, und die Spielanleitung des Autoritarismus benutzt, um an der Macht zu bleiben.“

Was kann der Westen tun? EU-Erweiterungskommissar Hahn setzt darauf, die Bedingungen für Wandel zu schaffen. Der friedliche Abgang von Gruevski in Mazedonien lässt ihn hoffen, dass dies möglich ist. Der Berlin-Prozess, den Bundeskanzlerin Angela Merkel 2014 initiiert hat, soll die Region stärken, in dem die Zusammenarbeit zwischen den Ländern angestoßen wird. Beim jüngsten Gipfel in Triest im Juli

beschlossen die sechs Regierungschefs der Region, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu bilden nach dem Vorbild des EU-Binnenmarkts. Bisher stagniert der Handel zwischen den Ländern. Eine Studie von Internationalem Währungsfonds und Weltbank verspricht sich von dem gemeinsamen Markt für 20 Millionen Einwohner ein jährliches Wachstum von über vier Prozent im Zeitraum 2018 bis 2022. Hahn prognostiziert 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze bis zum Jahr 2023. Bisher fließt der Handel zwischen den Ländern nicht, weil

es an Transportwegen fehlt. Umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur sollen die Länder enger aneinander rücken lassen. Die EU hat eine Milliarde Euro an Zuschüssen bereitgestellt, mit der sie drei Milliarden Euro an Investitionen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor auslösen will. Eine Brücke zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina soll die Fahrtzeit von Sarajevo nach Budapest um eine Stunde verkürzen. Ein Elektrizitätsnetz in der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica soll einen regionalen Strommarkt entstehen lassen.

Allerdings ist in der Region durchaus Skepsis gegenüber dem Projekt des Wirtschaftsraums verbreitet. Der Ministerpräsident des Kosovo, einem Land, das von Serbien nicht anerkannt wird, sieht darin eine Neuaufgabe von Jugoslawien ohne Kroatien und Slowenien, dafür mit Albanien. Die Angst, Serbien könnte als größtes Land der Region den Wirtschaftsraum beherrschen, ist auch anderswo groß.

Kleine Schritte Damit sich die Länder des westlichen Balkans näher kommen, setzt die EU auf kleine Schritte. Nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerks hat sie einen Austausch von Jugendlichen initiiert. Auch für Beamte gibt es solche Angebote, damit die Verwaltungen einen direkten Draht zueinander bekommen.

An dem Prinzip, dass Reformen die Grundlage für eine Annäherung sind, zweifelt niemand in Brüssel. In Albanien berät die EU die Regierung beim Umbau der Justiz. Wenn ein Richter seinen Reichtum nicht erklären kann, fliegt er aus dem Staatsdienst. Bringt die Justizreform den erhofften Erfolg, dann rückt Albanien näher an die EU. „Albanien steht an der Schwelle zur Öffnung von Beitrittsgesprächen“, heißt es in Brüssel.

Bei der langsamen Annäherung des Westbalkans an die EU gibt es bisher durchaus unterschiedliche Geschwindigkeiten. Montenegro ist Vorreiter mit bisher 24 eröffneten Verhandlungskapiteln, gefolgt von Serbien mit neun eröffneten Kapiteln. Die Empfehlung, Verhandlungen mit Mazedonien zu eröffnen, wurde bisher von Griechenland blockiert. Das südliche Nachbarland akzeptiert den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik nicht, da es eine Region gleichen Namens hat. Doch in Brüssel will man erste Bewegung in Athen ausmachen, die Syriza-Regierung zeigt sich für das Thema offener als die Vorgänger der konservativen Nea Dimokratia. Brüssel hofft, die Verhandlungen mit dem Kürzel FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) beginnen zu können und den Namen des Neumitglieds im Laufe der Gespräche festzulegen.

Als Sorgenkinder gelten der Kosovo sowie Bosnien-Herzegowina, die sich beide mit der Demokratie noch erkennbar schwer tun. In Bosnien-Herzegowina etwa sorgt eine Struktur, die eigentlich einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Ethnien schaffen sollte, für eine politische Blockade. Höchststrichterliche Urteile werden systematisch nicht umgesetzt. Gleichzeitig wissen die Verantwortlichen in Brüssel auch, dass sie die Region nicht ewig verwalten können. Die Außenbeauftragte Mogherini beiläufig zu versichern: „Den Westbalkan in die EU zu führen, ist eine Aufgabe unserer politischen Generation und nicht der nächsten.“ Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Manche Erwartungen haben sich nicht erfüllt

SLOWENIEN UND KROATIEN Die Skepsis gegenüber Brüssel hat zugenommen. Wirtschaftlich sind beide Staaten nach wie vor enorm unter Druck

Das Urteil war eindeutig. Ende Juni hat der Ständige Schiedshof in Den Haag über den Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien entschieden und den Großteil der Bucht von Piran Slowenien zugesprochen. Doch Kroatien kündigte schon vorher an, den Spruch zu ignorieren. „Kroatien wird das Ergebnis des Verfahrens weder akzeptieren noch zurückweisen, weil es für uns kein Schiedsverfahren gibt“, sagte Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic. In Brüssel ist der Ärger groß. Das jüngste Mitglied der EU hatte sich bei seiner Aufnahme 2013 verpflichtet, den Schiedsspruch zu akzeptieren. Slowenien hatte dem Beitritt gar nur zugestimmt unter der Voraussetzung, dass ein internationales Gericht sich des Grenzstreits annimmt, der seit der Unabhängigkeit 1991 schwelt. Slowenien hat nun sechs Monate Zeit, den Spruch umzusetzen. Parlamentspräsident Milan Brgrlec hat bereits angekündigt, den südlichen Nachbarn nicht provozieren zu wollen. Gleichzeitig liegen die Umfragergebnisse von Ministerpräsident Mircer Cerar bei mageren 30 Prozent und im kommenden Jahr stehen Wahlen an. Cerar hat kein Interesse, als schwach wahrgenommen zu werden.

Komplexe Fragen In Brüssel wird die Situation mit Sorge gesehen. „Es könnte ein Präzedenzfall entstehen“, sagt ein hoher EU-Beamter und verweist auf strittige Grenzen zwischen Kroatien und Serbien, zwischen Serbien und Montenegro sowie zwischen Montenegro und Kosovo. Der

Grenzstreit zwischen Slowenien und Kroatien zeigt, wie komplex der Balkan ist – und dass ein EU-Beitritt nicht alle alten Probleme löst. Beide Länder, erst seit gut einem Vierteljahrhundert unabhängig, haben einen weiten Weg hinter sich, von der Planwirtschaft zur Privatwirtschaft, vom Kommunismus zur Demokratie. Ihre Erfahrungen unterscheiden sich, weil Slowenien der EU als Teil der großen Erweiterungswelle 2004 mit neun anderen Staaten beitrug und Kroatien erst neun Jahre später als einzelner Nachzügler mitten in der Wirtschaftskrise.

EU-Skepsis Slowenien galt lange als Musterchüler, das Land führte als erster der Neuzugänge 2007 den Euro ein, vor den Slowaken, die die Gemeinschaftswährung 2009 übernahmen. Die Balten folgten erst im Jahrzehnt darauf. Slowenien hatte schon als jugoslawische Teilrepublik lebhaften Handel mit Europa betrieben, das Bruttoinlandsprodukt war mehr als doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt. Der EU-Beitritt brachte zusätzliches Wachstum. In den Jahren bis 2008 wuchs die Wirtschaft jeweils um vier bis sechs Prozent. Der Aufschwung kam jedoch mit der Finanzkrise Ende 2008 zu einem jähen Ende. 2009 sackte die Wirtschaftsleistung um fast acht Prozent ab, einer der stärksten Konjunkturreinbrüche in der westlichen Welt. 2013 stand das Land kurz davor, beim europäischen Rettungsschirm einen Hilfskredit zu beantragen, was die Regierung noch abwenden konnte. Die harten

Einschnitte im Haushalt haben die Slowenen der EU angekreidet, die Begeisterung sank. Während 2003 noch 57 Prozent die EU gut fanden, liegt der Anteil mittlerweile nur noch bei 45 Prozent.

Die Kroaten sind der EU gegenüber noch skeptischer eingestellt. Nur 36 Prozent können der Union aktuell etwas Positives abgewinnen, beim Beitritt war die Begeisterung marginal größer. Das Land hatte Jahre der Stagnation hinter sich, als es der EU beitrug, erst seit 2015 wächst die Wirtschaft wieder. Der Konjunkturreinbruch hat Spuren hinterlassen: Beinahe 30 Prozent der

Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Das Land ist weit vom Wohlstand entfernt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beläuft sich nur auf 59 Prozent des EU-Durchschnitts. In der EU sind nur Rumänien und Bulgarien ärmer. Slowenien verzeichnet dagegen 83 Prozent des EU-Mittels und rangiert damit vor Portugal und Griechenland und auch vor Polen und Estland.

Üppige Fördermittel Sowohl Slowenien als auch Kroatien sind Nettoempfänger in der EU, das heißt, sie bekommen mehr

Mittel aus dem EU-Haushalt, als sie einzahlen. Bei den Verhandlungen zur mittelfristigen Haushaltsplanung werden beide darauf dringen, dass weiter viel Geld aus Brüssel fließt. Vor allem Kroatien ist auf die Gelder angewiesen. Im Zeitraum 2015 bis 2017 werden annähernd 80 Prozent der öffentlichen Investitionen, etwa in die Infrastruktur, aus Brüssel finanziert, das ist Spitze in der EU. In Slowenien liegt der Anteil nur bei 30 Prozent.

In der Periode 2014 bis 2020 sind im EU-Haushalt 3,87 Milliarden Euro für Slowenien an Strukturmitteln vorgesehen. Für Kroatien stehen 10,74 Milliarden Euro bereit, damit es zum Rest der EU aufschließen kann. Allerdings fehlte es bisher in Kroatien an Projekten, die sich für die Förderung eignen, das Land konnte die Mittel nur zu weniger als einem Viertel abrufen.

Dies zeigt, dass Länder Zeit brauchen, funktionierende Verwaltungen aufzubauen. In beiden Ländern gibt es im Justizsystem Verbesserungsbedarf. Die EU-Kommission kritisiert, dass in Kroatien Gerichtsverfahren lange dauern. Umfragen der EU-Kommission zeigen zudem, dass sowohl die breite Öffentlichkeit als auch Unternehmen in beiden Ländern Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte haben.

Die EU-Kommission sieht außerdem sehr kritisch, dass der Staat in der Wirtschaft Sloweniens eine sehr große Rolle spielt – ein Erbe der Planwirtschaft. Trotz des 2014 initiierten Privatisierungsprogramms bleibt der Staat der größte Arbeitgeber, in vielen



Slowenien und Kroatien streiten um den Grenzverlauf bei Piran. © picture-alliance/dpa

der staatlichen Betriebe ist das Management schwach.

Wie viele postkommunistische Länder leiden Slowenien und Kroatien unter Vetterwirtschaft. Laut einer aktuellen Umfrage halten 79 Prozent der Kroaten Bestechung und Korruption für gängige Praxis, in Slowenien sind es 74 Prozent. Die EU-Kommission hatte in ihrem letzten Bericht vor dem Beitritt darauf hingewiesen, dass Kroatien gegen Korruption und organisiertes Verbrechen vorgehen müsse. Kroatien verliert schätzungsweise 15 Prozent seiner Wirtschaftsleistung wegen Korruption. Das ist Munition für jene, die den Beitritt weiterer Länder des Westbalkans verzögern wollen. Slowenien und Kroatien treten als Fürsprecher der Erweiterung auf, weil sie sich davon Stabilität in der Region versprechen. Kroatien hat an einer Erweiterung auch Interesse, weil es dann keine EU-Außengrenze mehr bewachen müsste, was mit einem höheren Aufwand verbunden ist. Kroatiens Präsidentin Grabar-Kitarovic und ihr slowenischer Kollege Borut Pahor haben unlängst betont, dass der Westbalkan nicht von der Prioritätenliste der EU rutschen dürfe. Pahor sagte: „Wir müssen alles tun, um Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu erhalten.“ tt



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Wie man einen Businessplan macht, weiß Ornela schon. Bald will sie dann ein „successful and innovative entrepreneur“ sein, sagt die 23-Jährige in flüssigem Englisch und streicht ihr faltenlos glattes Kleidchen noch ein bisschen glatter. Erst einmal will sie aber ihren Master in Betriebswirtschaft machen, sagt die zierliche Businessfrau der Zukunft, „am liebsten in Deutschland“, schlägt gemessen die Beine übereinander und reckt selbstbewusst das Kinn.

Wer glaubt, er wüsste etwas über den Balkan, war noch nicht in Bucimas. Am Rande des armseligen Dorfes im wilden Osten Albaniens steht die private Nehemiah Gateway University. Den Campus würde man eher in Kalifornien erwarten: Moderne Gebäude mit strahlend hellen Unterrichtsräumen und ebenso lässigen wie ambitionierten Studenten, Security an der Pforte, ein Rasen wie mit der Nagelschere geschritten. Ornela, die hier demnächst ihren Bachelor macht, kommt aus Pogradec, der nahen Kleinstadt mit ihren bröckelnden sozialistischen Wohnblöcken und metertiefen Schlaglöchern. Die Welt, die sie im Studium kennengelernt hat, wird sie kaum so leicht wieder verlassen.

Dass Ornela bald in Deutschland arbeitet, ist nach der Statistik sehr wahrscheinlich. Dass sie irgendwann zurückkehrt, dagegen nicht. Aus Albanien sind seit 1990 geschätzte 45 Prozent der Hochschulabsolventen ins Ausland gegangen und 65 Prozent der Promovierten.

Warten auf die Rückkehrer Alle Länder in Südosteuropa, ob EU-Mitglied oder nicht, kämpfen gegen einen gewaltigen Braindrain an. Aus Serbien, so der Belgrader Bevölkerungsforscher Vladimir Greic, sind in den letzten zwei Jahrzehnten 300.000 frisch ausgebildete junge Leute, darunter 40.000 Hochschulabsolventen, ins Ausland abgewandert – unter Mitnahme einer Qualifikation, die das verarmte Land rund 12 Milliarden Euro gekostet hat. In Kroatien hat der Bildungsminister vorgeschlagen, von auswandernden Medizinern einen Teil der Studienkosten zurückzuerlangen.

„Später“, sagt Ornela, ganz die künftige Unternehmerin, „will ich dann auch in mein eigenes Land investieren.“ Aber ihr Bildungsplan macht eine Rückkehr unwahrscheinlich. Schon bei der Wahl des Studienfachs orientieren sich junge Leute vom Balkan von vornherein an einem tatsächlichen oder bloß imaginierten westeuropäischen, aber nicht am heimischen Arbeitsmarkt. Die anglistischen, selbst die germanistischen Seminare sind voll – und das, obwohl der deutsche Bedarf an Deutschlehrern mit serbischer oder albanischer Muttersprache gegen null geht.

Die Hoffnung, dass die gebildeten Emigranten irgendwann ihr Wissen und ihre Erfahrung zurück in die Heimat tragen, hat sich nicht erfüllt. „Sie kommen zurück und merken: Ich bin dreimal so gut wie mein Chef“, beobachtet Frank Hantke, der sich für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana mit Arbeitskräften und Berufsausbildung beschäftigt. „Und dann gehen sie wieder.“ Dito in Kroatien: „Die jungen Leute haben begriffen, dass ihre Arbeitskraft auf dem Balkan nicht geschätzt wird“, so die Migrationsforscherin Silva Meznaric. „Deshalb organisieren sie sich ihr Leben woanders.“ Wie in allen Balkanländern gelten auch in

Fahrt ins Ungewisse

ARBEITSMARKT Eine ganze Generation verlässt den Balkan Richtung Deutschland – und findet dort kaum Chancen. Die Länder leiden unter dem Braindrain



Studenten rudern im kroatischen Rijeka. Kroatien mit seinen 1,2 Millionen Arbeitsplätzen verliert jährlich rund 25.000 Einwohner.

© picture-alliance/PIXSELL

Kroatien als wichtigste Qualifikationen Verwandtschaft und Parteibuch. Tatsächlich geht nicht nur eine Bildungsschicht, es geht eine ganze Generation. Zurück bleiben die Alten. Kroatien mit seinen 1,2 Millionen Arbeitsplätzen verliert seit dem EU-Beitritt 2013 jährlich rund 25.000 Einwohner, immer häufiger ganze Familien. Dabei schwindet in allen Ländern der Region schon seit der Wende um das Jahr 1990 die Bevölkerung, zum kleineren Teil wegen der sinkenden Geburtenrate. Zum größeren Teil wegen der Emigration: Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung von Rumänien und Mazedonien leben dauerhaft

im Ausland, von den Kosovaren lebt jeder zehnte allein in Deutschland.

Zerstörte Industrie Die Regierungen halten sich mit der Klage über den Exodus zurück. Heimlich freuen sie sich über die Entlastung für den Arbeitsmarkt und auf die Rücküberweisungen der Ausgewanderten nach Hause – in den Balkanländern machen sie zwischen 20 und 50 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus. Trotz der vielen Wegzüge aber bleibt die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern der Region hoch: Um die 25 Prozent liegt sie in Bosnien und Mazedonien, de facto bei

mehr als 50 Prozent im Kosovo und bei immer noch 15 Prozent in Serbien und Albanien. Auswanderung und Arbeitslosigkeit verhalten sich nicht wie in kommunizierenden Röhren. Sie sind vielmehr zwei Übel – mit derselben Ursache. Krieg und Sanktionen haben in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens die Industrie zerstört – direkt oder durch den Wegfall der Märkte. Selbst im EU-Land Kroatien hat die Industrieproduktion noch nicht einmal das Vorkriegsniveau wieder erreicht. In Serbien sind seit den 1990er-Jahren etwa eine Million Industriearbeitsplätze weggefallen – bei sieben Millionen Einwohnern.

Entsprechend schwach fällt die Qualifikation der nachwachsenden Arbeitnehmer aus. Eine duale Berufsausbildung gibt es nicht, schon mangels geeigneter Betriebe. Das Lehrpersonal in den Fachschulen ist überaltert, schlecht bezahlt und ohne eigene praktische Erfahrung. So bleibt für viele Junge aus den ärmeren Balkanländern als Alternative zur Arbeitslosigkeit zu Hause nur der Niedriglohnsektor in Deutschland. Dem Kosovo, Schlusslicht unter den Balkanstaaten, haben seit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 etwa eine Million Menschen den Rücken gekehrt – 1,7 Millionen leben noch dort. Nach Zahlen der Weltbank be-

suchen 35 Prozent der 15- bis 24-Jährigen weder eine Schule oder Universität, noch gehen sie einer Beschäftigung nach. Dabei hat das Land, ganz im Kontrast zu seinen vergreisenden Nachbarn, die jüngste Bevölkerung Europas. Jedes Jahr drängen bis zu 50.000 junge Schulabgänger auf einen kaum wahrnehmbaren Arbeitsmarkt. In Deutschland finden sie allenfalls illegal in Restaurantküchen Arbeit. Von Hochschulstipendien in Deutschland profitieren Kosovaren so gut wie gar nicht. Die Visumpflicht für die EU-Länder bleibt für die etwa 1,6 Millionen im Lande verbliebenen Kosovaren bestehen.

Dušan Reljic, Balkanexperte der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, bietet für die Auswanderung auch der Bessergestellten eine grundsätzliche Erklärung an: Die Osteuropäer befinden sich in der „Einkommensfalle“. Selbst in EU-Ländern mit ansehnlicher Industrie, etwa der Slowakei, komme man über 600 Euro im Monat kaum hinaus – für jemanden, der für das Auto oder das Handy Preise auf deutschem Niveau zahlt, ein trauriger Lohn. „Und“, folgert Reljic, „wenn der Euro nicht zu den Menschen kommt, gehen die Menschen eben zum Euro.“

Zugang zu EU-Strukturfonds Anders als die EU-Staaten haben die sechs armen Balkanländer, die der Union erst noch beitreten wollen, keinen Zugang zu den großen EU-Strukturfonds, die das Ungleichgewicht zwischen reichen und armen Ländern in Europa ausgleichen sollen. Zölle auf Waren aus der EU dürfen sie im Vorgriff auf den Beitritt keine erheben. So häufen sie gegenüber dem Westen, besonders gegenüber Deutschland, ein enormes Leistungsdefizit an. Sie importieren mangels eigener Produktion Waren so gut wie aller Art: von Autos und Handys bis hin zu Tomaten und Strohhalmen. Selbst haben sie aber kaum Güter und Dienstleistungen anzubieten, die sie in die reicheren EU-Staaten exportieren könnten.

Das Defizit wiederum können sie nur mit Krediten kompensieren. Kredite sind teuer, weil die Banken, zu 90 Prozent Tochterinstitute von EU-Banken, nicht über die gleichen Absicherungen verfügen wie die Mütter im Westen. Für Investitionen, mit denen die Balkanstaaten eines Tages konkurrenzfähig werden könnten, bleibt nichts übrig. Der Balkan sei „längst Teil des gemeinsamen Marktes“, sagt Reljic, nicht nur des Arbeitsmarktes. „Er hat nur nicht die gleichen Konditionen.“

Investitionen von westlichen Unternehmen in diese Billiglohnländer in oder am Rande der EU schaffen nur zeitweise Entlastung. Denn: „Die einzigen Konkurrenzvorteile der osteuropäischen Staaten im gemeinsamen Markt sind niedrige Steuern und billige Arbeitskräfte“, sagt Dušan Reljic. Wird die Arbeit zu teuer, gehen die Investoren weiter, meistens nach Asien. Damit das nicht passiert, bleiben die Löhne niedrig. Ein Teufelskreis. Die Europäer im Osten halten es, der Not gehorchend, mit Europa deshalb wie die Amerikaner mit ihren Vereinigten Staaten. Wie dort niemand etwas dabei findet, dass man in Kalifornien oder Colorado studiert, in Pennsylvania oder New York arbeitet und in Florida die Rente verzehrt, so blicken die Balkan-Bewohner auch auf sich und die weite, große Europäische Union.

Norbert Mappes-Niedieck

Der Autor berichtet als Korrespondent über Südosteuropa.

Neue Zäune im Osten Europas

BALKAN-ROUTE Vor zwei Jahren machten sich tausende Flüchtlinge über die Balkan-Staaten auf nach Westeuropa. Nun versperren viele Grenzzäune diesen Weg

Vor zwei Jahren hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel in Absprache mit ihrem österreichischen Amtskollegen Werner Faymann tausende am Budapester Ostbahnhof festsetzende Flüchtlinge unbürokratisch einreisen lassen. „Wir schaffen das“, lautete ihr historisches Motto kurz vor der Grenzöffnung in der Nacht vom 4. auf den 5. Sep-

tember 2015. Bis zum folgenden März zogen über eine Million Migranten – am Anfang meist syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, später auch viele aus Afghanistan, Iran und Pakistan – in Richtung Westeuropa. Vor allem Österreich und Deutschland waren ihre Wunschziele. Während sich die Bundesregierung in Berlin gegen die Schließung

dieses Transitweges aussprach, setzte Österreich unter Federführung seines Außenministers Sebastian Kurz die Blockade der Route durch. Sein Land lieferte Zäune und Überwachungstechnik an Mazedonien, das damit die Grenze zu Griechenland dicht machte. Zuvor hatte schon Ungarn unter dem rechtsnationalen Regierungschef Viktor Orban Grenzzäune zu Serbien und Kroatien aufstellen lassen. Bulgarien folgte mit Grenzbefestigungen zum Nachbar Türkei. Österreich, die Slowakei, Tschechien und Ungarn unterstützten Mazedonien auch mit Polizisten.

Nur 50 Flüchtlinge pro Tag Heute ergibt sich folgendes Bild: Ungarn hat seine Grenze zu Serbien auf der gesamten Länge von 160 Kilometern mit zum Teil doppelten Zäunen gesichert. Die Grenze zu Kroatien ist auf 120 Kilometer zaunbewehrt. Das entspricht einem Drittel des Grenzverlaufs. Auf den übrigen 240 Kilometern bilden die Flüsse Save und Mur natürliche Hindernisse. Bulgarien hat seine 260 Kilometer lange Grenze zur Türkei – bis auf fünf Kilometer – komplett mit Zäunen abgeriegelt. In Mazedonien misst der doppelte Grenzzaun zu Griechenland etwa 40 Kilometer.

In Griechenland sitzen seit Monaten 62.000 Migranten vor allem auf den ostägäischen Inseln und in Athen fest. In Serbien macht ihre Zahl nach Angaben westlicher Flüchtlingshelfer 4.500 aus. Während auf dem Höhepunkt des Flüchtlingsansturms über die Balkanroute täglich bis zu 12.000 Migranten gezählt wurden, kamen

in den letzten Monaten aus der Türkei nur täglich etwa 50 neue Flüchtlinge an. Im März 2016 einigten sich die EU und die Türkei auf einen Flüchtlingspakt. Danach nimmt Ankara jeden Flüchtling, der es von der Türkei übers Meer auf eine griechische Insel geschafft hat, wieder zurück. Im Gegenzug erklärt sich die EU bereit, einen der schätzungsweise drei Millionen Flüchtlinge aus der Türkei legal aufzunehmen. Daneben wurden Milliarden-Euro-Hilfszahlungen aus Brüssel vereinbart. Allerdings ist der Erfolg dieses Deals umstritten. Nach Angaben des griechischen Flüchtlingskrisenstabes und der örtlichen Polizei sind in diesem Rahmen bisher nur 1.307 Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei abgeschoben worden. Hinzu kommen knapp 1.500, die freiwillig in die Türkei zurückgekehrt sind. Offensichtlich sind die vielen Grenzzäune die Hauptursache für die Blockade der Balkanroute.

Hunderttausende Menschen wurden von Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien in enger Kooperation nach Österreich und weiter nach Deutschland geleitet. Zuerst in Bussen, später in Zügen fuhren die Migranten bis an die österreichische Grenze. Die Regierungen der Balkanstaaten führten im Hintergrund Regie und reichten die Flüchtlinge nur weiter. Denn praktisch niemand von ihnen wollte hier Asyl beantragen, alle strebten nach Westeuropa. Die Bevölkerung in Südosteuropa bemerkte die Flüchtlinge bis auf wenige Ausnahmen an einigen Brennpunkten gar nicht. Die gesperrte Balkanroute hat tiefe Spuren in der politischen Landschaft Europas hin-



Eine irakische Familie hängt zwischen Serbien und Ungarn fest.

© picture-alliance/ZUMA

terlassen. Gerade hat der fortwährend gegen die „Islamisierung des christlichen Europas“ wetternde ungarische Regierungschef Orban nach Brüssel eine Rechnung für seine Grenzzäune geschickt. Mit 440 Millionen Euro solle die Union die Hälfte der Kosten dafür übernehmen. Brüssel reagiert empört, schließlich sei Solidarität keine Einbahnstraße. Denn Orban hat sich wie die Slowakei, Polen oder Tschechien bis heute geweigert, nach einem EU-Schlüssel legale Migranten bei sich aufzunehmen. Das Flüchtlingsthema bildet den Ausgangspunkt für eine Sonderrolle dieser Staaten innerhalb der EU, die nicht nur bei diesem Thema aktiv Widerstand betreiben. Viele

Kritiker sprechen von einem regelrechten Rechtsruck, der sich in der Einschränkung von Justiz, Wissenschaft und Medien aus nationalistischen innenpolitischen Gründen manifestiere. In Österreich schwimmt Außenminister Kurz auf einer Erfolgswelle, die ihn noch vor seinem 31. Geburtstag zum Chef der österreichischen Volkspartei (ÖVP) gemacht hat. Und bei den Parlamentswahlen Mitte Oktober rechnen alle Meinungsforscher mit seinem Sieg, der ihn ins Kanzleramt trüge.

Thomas Brey
Der Autor arbeitet als dpa-Korrespondent in Belgrad.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Politik

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 30. September 2017 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 6. Oktober 2017. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt. Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten sowie ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag, Fachbereich WD 1, Medienpreis Politik
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis-politik@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis



Alles ist im Fluss

UFERGESCHICHTEN Lange galt die mittlere und untere Donau als balkanischer Strom, der negative Assoziationen erweckte. Mit neuen Bildern sollen nun mehr Touristen angelockt werden



Einer der imposantesten Taldurchbrüche Europas: Das Eiserne Tor an der Grenze zwischen Serbien und Rumänien.

© picture-alliance/Reinhard Koester

Balkan? Also bitte! Wer in Deutschland von der Donau spricht, denkt an die Altstadt von Regensburg, die der Donau ein römisches Element gibt, an Wien und Budapest, mithin an die Donau der Habsburger, und vielleicht noch ans Donaodelta. Unsere schöne, blaue Donau als „balkanischen Fluss“ zu bezeichnen, würde dagegen einen Sturm der Entrüstung auslösen. Also teilt man die Donau besser – in einen eigenen europäischen und einen fremden balkanischen Abschnitt.

Eine Art geografische Teufelsaustreibung, die freilich ihre Tücken hat. Der Balkan, das sind immer die Anderen, hat einmal der slowenische Philosoph Slavoj Žižek gesagt. Und wirklich: Für die Österreicher in der Donaustadt Wien war bis vor nicht allzu langer Zeit bereits die slowakische Nachbarstadt Bratislava balkanisch, für die Slowenen beginnt der Balkan in Kroatien, das zu Zeiten der Donaumonarchie zum ungarischen Reichsteil gehört hatte. Für die katholischen Kroaten wiederum ist das orthodoxe Serbien mit Belgrad balkanisch, das sich wiederum vom muslimischen Bosnien und Albanien abgrenzt. Und so geht es weiter bis Rumänien und Bulgarien. Letzterer gilt bis heute als das einzige Land in Europa, das stolz ist auf seine balkanische Herkunft.

So ist der Balkan also auch geokulturell die Zuschreibung der dunklen Seite unserer Geschichte, ganz weit weg, und da soll er auch bleiben. Humanistisch argumentiert

hingegen György Konrad. Der ungarische Schriftsteller, der in Budapest, wie er einmal verriet, am liebsten auf die Donau schaut, weiß zwar, dass dieser große Strom Europas zwei ganz verschiedene Gesichter hat. Er setzt aber dennoch stärker auf das Verbindende. „Man könnte sagen, dass die Donau der Strom Mitteleuropas sei“, schrieb Konrad in einem Essay über seinen Fluss, „die Hauptschlagader dieses bunten Gebiets.“ Aber daneben gibt es auch die Donau, die sich in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts plötzlich und unerwartet in Erinnerung gerufen hat, als Schlachtfeld: „Vom Ufer aus oder vom Rand des in das Eis gehauenen Lochs kann man auf Menschen ins Wasser hineinschießen, so dass der Leichnam und dessen mörderisches Spiegelbild in unbekannte Ferne hinweggetragen werden“, weiß Konrad. „Wenn wir versuchen, uns wechselseitig niederzuzumetzeln, dann stürzen die Brücken ein. Das erste Opfer des Krieges ist die Brücke.“

Festgeschriebene Bilder Ist die eine Donau, die friedliebende, also die mitteleuropäische während die andere, kriegerische und tödliche die des Balkans ist? Konrad würde das nicht unterschreiben. Für ihn teilen Österreich, Ungarn und Serben ein und das selbe Schicksal: europäische Binnenländer zu sein. „Seevölker sind immer wettloffen, wir aber haben kein Meer. Für uns ist die Donau die Verheißung des Meeres. Über sie können wir zu fernem Gestaden gelangen; sie durchquert uns und löst

unser Eingesperrtsein auf.“ Gleichwohl hat sich das Bild der mitteleuropäisch zivilisierten und balkanisch grobschlächtigen Donau bis heute fest- und fortgeschrieben, so dass wir sie von der Quelle bis Budapest gern und oft bereisen, während wir um den Fluss dahinter noch immer am liebsten einen Bogen machen. Und tatsächlich hat diese kulturelle Teilung der Donau auch einen historischen Kern, der weiter zurückreicht als bis zu den Balkankriegen, auf die sich György Konrad bezieht. Die Rede ist vom christlich-muslimischen Ringen um die Vorherrschaft auf dem Balkan. Symbolischer Endpunkt dieses Ringens war das Jahr 1683, in dem „die Türken vor



Donau-Romantik: Silhouette von Novi Sad

Wien“ standen und von einer christlichen Armee besiegt wurden. Das mitteleuropäische Habsburg blieb in seinem Selbstbild die „antemurale christianitatis“, ein Bollwerk der Christenheit gegen den Ansturm der Muslime. Den Türkenkriegen, die erst mit dem Friedensschluss von Karlowitz 1699 zu Ende waren, folgte die Besiedlung der wüst gewordenen Regionen an der mittleren Donau durch die „Donauschwaben“. Diese beispiellose Wanderungsbewegung auf einem Fluss, die im Mai 1712 in Ulm begann und auf den „Ulmer Schachteln“ die Donau hinunter führte, war ein groß angelegtes Konjunkturprogramm des Habsburgerreichs, das bis weit hinein ins 19. Jahrhundert reichen sollte. Etwa 150.000 Menschen haben sich damals auf den Weg gemacht. Sie ließen sich in Budapest nieder, in Mohacs oder in Neusatz, heute Novi Sad. Eigentlich könnten die Donauschwaben Botschafter eines positiven Bildes der balkanischen Donau sein und ein Lied singen von dem Zusammenleben der Kulturen, der Erweiterung der „zivilen“ Zone donauabwärts. So aber kamen mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ihrer Vertreibung zum balkanischen Image der Donau die Erzählungen von Gewalt und dem Verlust der Heimat hinzu.

Europäischer aller Flüsse Welches Bild aber könnte der Fluss heute, hervorbringen? Um sich dieser Frage zu nähern, lohnt ein Blick auf das Bild des Stroms in anderen Ländern. In seinem Essay „Der Donau

entkommt man nicht“, schildert etwa der polnische Autor Andrzej Stasiuk die Donau mitnichten als einen geteilten Fluss, wenn er schreibt: „So ist die Donau. Wenn wir an ihrer Quelle stehen, denken wir an ihre Mündung; während wir noch schauen, wie sie im Meer versinkt, gehen wir in Gedanken flussaufwärts.“ Für Stasiuk ist die Donau „der europäischste aller Flüsse, sie ist die tiefstnigste, klügste Erzählung, die uns die Geografie unseres Kontinents bietet“.

Aber auch im ehemaligen Jugoslawien ist die Donau heute eher mit Hoffnung als mit den bloßen Erinnerungen an den Krieg verbunden. So schreibt etwa der kroatische Schriftsteller Miljenko Jergovic über den Krieg in Vukovar, das an der Grenze zwischen Kroatien und Serbien liegt und im Krieg von 1992 bis 1995 größtenteils zerstört worden war. „Wann immer ich nach Vukovar komme, vergesse ich die Traurigkeit, Beklemmung und Übelkeit, die ich beim Anblick des zerstörten Stadt empfinde, sobald ich mich an den großen Fluss beuge.“ Die Donau, so Jergovic, „ist die Hoffnung Vukovars, das Versprechen der Zukunft, der Rettung und des Lebens.“ Dieses Bild der Donau als dem verbindenden Fluss, der fließenden Grenze zwischen Mitteleuropa und Balkan, hat sich auch die Gesellschaft für internationale Zusammen-

arbeit zu eigen gemacht. Seit 2015 fördert sie über das in Belgrad ansässige Donaukompetenzzentrum den grenzüberschreitenden Tourismus an der mittleren und unteren Donau. Inzwischen gibt es zwei regionale Kulturrouten, das „Römische Kaiserreich“ und „Wein an der Donau“. Über den sanften Tourismus soll der Aufschwung nicht nur in den Städten ankommen, sondern auch in ländlichen Regionen. Beispiele wie das Weinanbaugebiet von Ilok an der kroatisch-serbischen Grenze zeigen, dass dies möglich ist: Ferienhäuser in den Weinbergen hoch über dem Fluss erzeugen Bilder, die von einem neuen Kapitel in der Geschichte erzählen – einem Kapitel, in dem man sich von der Zukunft mehr verspricht als von der Vergangenheit.

Der Balkan, sagte Slavoj Žižek 2010, ist „kein fester Ort“. Er verschwinde sogar. Und wirklich. Wer mit einem Schiff zum Eisernen Tor fährt, vorbei an den Überresten der Trajansbrücke, der weiß, dass die Donau älter ist als das, was wir heute als balkanisch verstehen. Die mittlere Donau, aber auch die untere Donau sind mithin eine wunderbare Gelegenheit, alte Blicke auf Europa auf den Prüfstand zu stellen und neue Blicke einzutreiben. **Uwe Rada** ||

Der Autor ist Redakteur bei der taz.

»Wir haben kein Meer. Für uns ist die Donau die Verheißung des Meeres.«

György Konrad,
ungarischer Autor

Twelve Points for Serbia!

EUROVISION SONG CONTEST Politisch tüchtig zerstritten, halten die Balkan-Ländern beim europäischen Liederwettbewerb Jahr für Jahr eisern zusammen

Der letzte Seufzer der jugoslawischen Sektion liegt gut ein Vierteljahrhundert zurück: Das Kernland des Balkans war seit den 1950er Jahren Teil der TV-Senderkette „European Broadcasting Union“, war also am Netzwerk des eurovisionären Bilder- und Tonaustauschs beteiligt. Und durfte deshalb am Eurovision Song Contest teilnehmen: 1961 debütierte man – und erreichte nie wirklich gloriose Platzierungen. Bis auf 1989, im schweizerischen Lausanne siegte die Band Riva mit dem Titel „Rock Me“, der heute nur noch Experten bekannt ist, aber durch eine gewisse Munterkeit zum ersten und letzten jugoslawischen Sieg beim ESC beitrug.

Drei Jahre später hatte das Jugoslawische als Länderbund ein Ende. Eine Sängerin namens Extra Nena trat noch für Jugoslawien an, aber ihrer Delegation fehlte schon das Geld, um mit eigenem Dirigenten nach Malmö zum 37. Eurovision Song Contest zu reisen. Nach einem politischen Bann trat 2004 trat man erstmals wieder an, und zwar unter dem Namen Serbien und Montenegro an – und holte gleich den zweiten Rang durch den auf dem Balkan populären Sänger Zeljko Joksimovic mit seinem Lied „Lane moje“. Den zweiten Sieg schaffte ein Act aus diesem Teil Europas im Jahr 2007. In Helsinki

gewann die Serbin Marija Serifovic mit der Hymne „Molitva“ („Gebet“) überlegen vor allen anderen Beiträgen. Das war ein Zeichen auch insofern, als Serbien erstmals ohne das nun unabhängige Montenegro ins Rennen ging. Serifovic war in ihrer Heimat freilich keine besonders populäre Siegerin – sie, die wuchtig gebaute Sängerin, bediente kaum das Klischee der schlanken jugoslawischen Frau mit gewissem Sexappeal. Im Jahr darauf, 2008, war Belgrad ein eher erschöpfter Gastgeber des ESC, die serbische Hauptstadt wusste mit dem 10.000köpfigen ESC-Tross im Mai 2008 kaum etwas anzufangen: Man war auf Europafreundlichkeit noch nicht eingestellt. Dafür mehr aufeinander: Dass in den zwei Wochen, wenn bis zu vier Dutzend Länder an einem Ort in der Eurovisionszone – von Baku bis Lissabon, von Helsinki bis Jerusalem – zusammenkommen, immer eine gewisse Spannung in der Luft liegt, versteht sich von selbst: Es ist ja auch ein Wettbewerb. Aber bei den Ländern des früheren Jugoslawien ist das irgendwie anders: Jahr für Jahr, seit 1993, auch seit Serbien wieder mit im Spiel ist, sehen alle anderen, was Kroatien, Serbien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Slowenien leben – eine alte jugoslawische Verbundenheit nämlich.

Sie alle geben einander bei der Punktevergabe in der Regel regionale Bonuspunkte, sozusagen Nachbarschaftsfreundschaftsgaben. Okay, eine gewisse musikalische Qualität muss gegeben sein, sonst ignoriert man sich weitgehend. Die Serbin Marija Serifovic hat ja nicht gewonnen, weil ihr von Kroatien und den anderen Ländern der einstigen jugoslawischen Förderation so viel zählbare Sympathien übermittelt wurden, die meisten anderen Eurovisions Teilnehmer hörten das „Molitva“ der stimmstarken Sängerin ja auch. Aber wenn die Eurovisionsprobentage laufen, hocken sie alle beieinander.

Sichtbarer und hörbarer Ausdruck ist der genannte Komponist, Texter und Sänger Zeljko Joksimovic, der 2004 für Serbien und Montenegro den zweiten Platz schaffte. Er komponierte auch für Bosnien und Herzegowina einen ESC-Act, der vorzüglich abschnitt (2006), war für Serbien abermals am Start und hat Länder wie Kroatien und Mazedonien kollegial bei deren Eurovisionsauftritten beraten und unterstützt. Letztlich ist der Pop- und Entertainmentmarkt von Ljubljana bis Skopje nach wie vor eine Region – alle kennen sich aus langjährigen Kooperationen. Wobei die entscheidende Größe in diesem Teil Europas nicht Serbien ist – eher Kroa-



Einflussreicher Strippenzieher: Zeljko Joksimovic, hier 2012 in Baku

© picture-alliance/dpa

ten. Aber sie alle – ihre öffentlich-rechtlichen TV-Sender, und nur diese können Beiträge zum ESC schicken – leiden unter akuten Finanznöten. Bosnien-Herzegowina nimmt momentan nicht mehr am ESC teil, Kroatien und Serbien müssen sich dies Jahr für Jahr überlegen, ob sie sich nicht

nur eine Teilnahme leisten können – sondern auch die Verpflichtung eingehen, im Falle eines Sieges das teure Projekt (24 Millionen Euro) auch als Gastgeber ins Land zu holen. Zudem sind Kroatien und Slowenien ja inzwischen Mitglieder der EU – ihre Grenzen

zum restlichen Teil des früheren Jugoslawien sind dicht, die Märkte stärker denn je getrennt. Die alte, durch jugotypische Folklore geprägte Kultur blüht allmählich an Kraft ein. Sie binden nicht mehr, die Klänge, die sich nach Balkan anhören. Wobei Slowenien ohnehin – wie schon als Teil Jugoslawiens – eine Sonderrolle spielt. In Ljubljana fühlte man sich stets durch das serbische Belgrad übersehen. Dort orientiert man sich an Brüssel, nicht mehr an den ökonomisch und kulturell eher rückständigen Teilen, die zu Serbien zählen. Und doch: Beim ESC nächstes Jahr wird man wieder auf Parties gemeinsam feiern. Ob andere Länder mitmachen dürfen, wenn sie nicht auf dem Balkan liegen? Könnte gut sein – sie müssten nur von diesen kulturellen Wiedervereinigungen hören: Dann wird man sie nicht draußen vor der Tür stehen lassen. **Jan Feddersen** ||

Der Autor arbeitet als Redakteur bei der taz.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Keine Feierlaune

KOSOVO Im jüngsten Staat Europas läuft es nicht rund. Viele Kosovaren sitzen auf gepackten Koffern

Am 17. Februar feiert der jüngste Staat Europas seinen zehnten Geburtstag. Feierlaune kommt im Kosovo aber nicht auf. Trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, allen voran der EU, hat sich nur wenig zum Guten entwickelt. Selbst in der Hauptstadt Pristina fällt regelmäßig der Strom aus, und abends kommt kein Wasser aus den Hähnen. Das Kosovo konkurriert mit Moldawien um den wenig ruhmreichen Titel „Ärmstes Land Europas“. Zwar hält die EU an einer Beitrittsperspektive des Kosovo fest, doch weder in Brüssel noch in Pristina rechnet man damit, dass das Kosovo in den kommenden 20 Jahren die Bedingungen für einen EU-Beitritt erfüllen wird. Viele Bürger fragen zurecht, wo die Milliarden geblieben sind, welche die EU seit 1999 in das Land investiert hat, das gerade einmal so viele Einwohner wie Hamburg zählt. Unsummen verschwanden in den Taschen korrupter Politiker und ihrer jeweiligen Klientel.

Ob die neue Koalition vier Jahre hält, ist ungewiss. Experten halten sie für instabil.

Im Parlament läuft es ohnehin nicht rund: Oppositionelle Politiker werfen regelmäßig Tränengasgranaten, um die Verabschiedung von Gesetzen zu verhindern, die ihnen nicht genehm sind. So lief es über ein Jahr, bis die Regierungskoalition am 10. Mai dieses Jahres an einem Misstrauensvotum scheiterte. Für die lähmende Totalopposition im Parlament und auf der Straße ist die Partei Vetvendosje (VV/Selbstbestimmung) verantwortlich, die sich bei jungen Kosovaren größter Beliebtheit erfreut, weil sie nicht als korrupt gilt. Laut ihrem Selbstverständnis ist die VV eine linke Partei, die sich für soziale Gerechtigkeit und gegen Korruption einsetzt. In den Augen der EU ist es eine nationalistische Partei, welche die Grenzen auf dem Balkan nicht akzeptiert und einen Zusammenschluss mit Albanien fordert (siehe Text unten).

Auch nach den Neuwahlen ist die Situation im Kosovo nicht stabiler. Die stärkste Kraft wurde eine gemeinsame Liste um die UÇK-Parteien PDK, AAK und Nisma – der sogenannte Kriegsfügel – die 34,6 Prozent der Stimmen holen konnten. Zweitstärkste Kraft wurde die VV, die mit 26,7 Prozent ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte. Nach fünf Anläufen und drei Monaten konnte der sogenannte Kriegsfügel sich vergangene Woche mit kleineren Parteien einigen und hat voraussichtlich 63 der 120

Abgeordneten hinter sich. Ob die Koalition vier Jahre hält, steht in den Sternen. Experten halten das Zweckbündnis für denkbar instabil.

EU trägt eine Mitschuld Kritiker behaupten, dass die Situation auf dem Kosovo nicht trotz, sondern wegen der westlichen Politik so schlecht ist. Demnach sind USA und EU mit der Verwaltung des kleinen Territoriums gescheitert, weil sie ihre Politik auf bestehende Machtstrukturen und somit auf fragwürdigen UÇK-Warlords aufgebaut hatten, denen eine Nähe zum organisierten Verbrechen nachgesagt wird.

So gilt der Noch-Präsident Hashim Thaçi vielen Kosovaren mehr als Mafiaboss denn als Politiker. Ihm wird zudem vorgeworfen, als Führer der UÇK für schwere Kriegsverbrechen an Oppositionellen, Roma und Serben beteiligt gewesen zu sein. Obwohl die EU mit EULEX eine teure Rechtsstaatsmission im Land unterhält, wurden die Vorwürfe bislang nicht intensiv untersucht. Zeugen, die beim Kriegsverbrechertribunal gegen ranghohe UÇK-Mitglieder wie den Ex-Präsidenten Ramush Haradinaj aussagen sollten, starben mysteriöse Tode. Andere zogen ihre Aussagen daraufhin zurück. Zähneknirschend haben die Mächtigen im Kosovo kürzlich der Gründung eines internationalen

Gerichts zugestimmt, das die Verbrechen der UÇK, der selbsternannten Befreiungsarmee des Kosovo, während des Kosovokrieges untersuchen soll.

Konflikt mit Serbien Doch Probleme gibt es nicht nur in Pristina, sondern auch im Norden des Landes. Dort leben noch rund 60.000 Serben. Sie stellen die Bevölkerungsmehrheit auf rund 20 Prozent des kosovarischen Territoriums. Es ist ein gallisches Dorf, dessen Bewohner aus Belgrad alimentiert werden, das den Kosovo bis heute nicht anerkennt und weiterhin als sein Staatsgebiet betrachtet. Die meisten Serben im Nordkosovo streben nach einem Anschluss an Serbien oder zumindest nach Autonomie. Der serbische Außenminister Ivica Dacic sorgte bei vielen EU-Vertretern im August für Kopfschütteln, als er vorschlug, den hauptsächlich von Serben bewohnten Norden vom Rest des Landes zu trennen und im Gegenzug den Rest des Kosovo anzuerkennen. Doch nicht nur Serbien sieht das Kosovo weiterhin als sein Staatsgebiet an. Auch die EU-Staaten Spa-



Abstimmen unter erschwerten Bedingungen im Kosovo: Im Parlament in der Hauptstadt Pristina kommt es immer wieder zu Zwischenfällen wie diesem im Februar 2016. Die Opposition setzt Tränengas ein, um Sitzungen zu stören.

nien, Rumänien, Griechenland, die Slowakei und Zypern erkennen das Kosovo nicht an. Das beschädigt die Glaubwürdigkeit einer EU-Beitrittsperspektive für das Kosovo immens.

Die Kosovaren sitzen auf gepackten Koffern. Anfang 2015 gab es einen Massenexodus aus dem Land, als Zehntausende in Richtung Deutschland, Österreich und Schweiz aufbrachen und Asyl beantragten. Die meisten waren ethnische Albaner und keine Roma, die sonst die größte Gruppe an Asylantragstellern aus der Region bilden.

Nach wenigen Monaten sprach sich herum, dass Kosovaren kaum eine realistische Chance auf Asyl haben, die Bundesregierung verschärfte ihre Asylpolitik gegenüber dem Balkan, indem viele Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden, und die Asylgesuche aus dem Kosovo gin-

gen schlagartig wieder zurück. Wenig Verständnis haben die Kosovaren dafür, dass sie nicht visafrei in die EU einreisen dürfen, nachdem den Ukrainern dieses Recht kürzlich gewährt wurde.

Zulauf für Islamisten Während Zehntausende Kosovaren ihr Glück gerne im EU-Ausland versuchen wollen, gibt es auch einige hundert, die visafrei nach Istanbul geflohen sind und von dort aus weiter nach Syrien und in den Irak, um sich dschihadistischen Gruppen anzuschließen. Mittlerweile hält der Kosovo die höchste Pro-Kopf-Dichte an IS-Kämpfern in Europa: Es gibt 316 bestätigte Fälle von kosovarischen Staatsbürgern, die sich dschihadistischen Gruppen in Syrien und im Irak angeschlossen haben, bei gerade einmal 1,8 Millionen Einwohnern. Derzeit sollen sich noch 75 Dschihadisten

aus dem Kosovo im Irak und in Syrien befinden, 40 Frauen und 29 Kinder mit ihnen gegangen sein. Laut Angaben der Sicherheitsbehörden sind 57 Männer aus dem Kosovo als IS-Kämpfer gestorben. Der im Kosovo ausgebildete Imam Visar Duriqui hat selbst erlebt, wie Mitschüler radikalisiert wurden. Einige seiner Mitschüler schlossen sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ an und ließen ihr Leben für einen irren Traum vom Kalifat. Duriqui wählte einen anderen Weg, er wurde Journalist und berichtet heute in Pristina über Islamismus. Der 30-Jährige kritisiert: „Die Saudis brachten diese Ideologie hierher. Ohne sie hätte der IS hier nicht solche Rekrutierungserfolge feiern können.“

Das Kosovo ist ein säkulares Land und die meisten Bürger lehnen Salafismus und „Islamischen Staat“ entschieden ab. Aller-

dings konnten salafistische und wahabistische NGOs aus Saudi-Arabien lange Zeit recht problemlos für sich werben, und diese Saat ist nun aufgegangen.

Die meisten Bürger des Kosovo schwanken zwischen Resignation und Protest. Das Kosovo ist nicht nur der jüngste Staat Europas, es ist auch der Staat mit der jüngsten Bevölkerung und einer Jugendarbeitslosenquote von annähernd 60 Prozent. Die Jugend fordert Perspektiven und ist bereit, dafür wieder auf die Straße zu gehen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie wieder die Gasmasken hervorholt und die nächsten Massenproteste anstehen. Es sieht derzeit nämlich nicht so aus, als würde sich die Situation in naher Zukunft bessern.

Krsto Lazarevic

Der Autor arbeitet als freier Korrespondent für den westlichen Balkan.

Gefährliches Spiel mit großen Träumen

ALBANIEN Die Idee von einem »Großalbanien« sorgt für Unruhe in der Region

Auf den Märkten im albanischen Tirana, im kosovarischen Pristina und im mazedonischen Kumanovo bieten Händler kleine Souvenirs zum Verkauf an, die ein Land abbilden, das es nicht gibt, von dem sich manche aber wünschen würden, es existierte. Es sind die Grenzen eines „Großalbanien“, welches neben Albanien auch das Kosovo, weite Teile Mazedoniens sowie Teile Serbiens, Griechenlands und Montenegros umfasst. Historisch existierte dieses Land zwischen 1941 und 1944 als Satellitenstaat unter Mussolini und Hitler. Nachdem Tirana 1944 befreit wurde, einigten sich die Kommunistenführer Tito und Enver Hoxha auf die Vorkriegsgrenzen, in denen Albanien bis heute existiert. Doch über die Hälfte der albanischen Bevölkerung lebt außerhalb der Grenzen Albanien mit seinen 2,8 Millionen Einwohnern. Laut Verfassung ist das Kosovo zwar ein Vielvölkerstaat, aber de facto stellen die Albaner rund 90 Prozent der Bevölkerung. Auch im benachbarten Mazedonien stellen die Albaner fast ein Drittel der Bevölkerung.

Albanosphäre Der Historiker Oliver Schmitt spricht von einem „panalbanisch geprägten Kommunikationsraum“, der sich im vergangenen Vierteljahrhundert gebildet habe. Die Verbesserung der Verkehrswege, die Ausbildung eines grenzübergreifenden Mediensystems und die Zusammenarbeit zwischen politischen Akteuren hätten daraus eine „Albanosphäre“ werden lassen, zu der auch die Diasporagemeinschaften in Westeuropa und den USA zählen. Albanien, Mazedo-



Der albanische Premierminister Edi Rama bei einer Wahlkampfveranstaltung in Durrës im Juni dieses Jahres.

nien und das Kosovo gehören zu den wirtschaftlichen schwächsten Staaten Europas, die von politischer Instabilität geprägt sind. Die EU verspricht diesen Ländern zwar eine Beitrittsperspektive und mit Mazedonien und Albanien wird bereits verhandelt, doch die meisten Bürger glauben nicht an einen baldigen EU-Beitritt.

Der albanische Premierminister Edi Rama machte Druck und sagte kürzlich: „Sollte sich die EU einer Erweiterung auf dem Balkan verweigern, könnten sich die Albaner gezwungen sehen, ihre Vereinigung statt in der ‚Großen Union‘ (EU) in einer ‚Kleinen Union‘ zu vollziehen.“ Viele sahen darin eine Drohung, dass Rama die Grenzen auf dem westlichen Balkan zur Disposition stellt und auf „Großalbanien“ anspielt. Für Rama ging es dabei aber vor allem um Wahlkampf. Mit dieser Rhetorik konnte er einen klaren Sieg bei den Parlamentswahlen Ende Juni erzie-

len. Seine Sozialistische Partei (PS) konnte eine absolute Mehrheit erringen.

Mazedonien Edi Rama bestärkte auch die albanischen Parteien in Mazedonien, mehr zu fordern und beriet diese. Mazedonische Nationalisten behaupteten, die Albaner im Land wollten die Abspaltung, um ein „Großalbanien“ zu schaffen. Es waren Gerüchte, die von kremlnahen Medien und dem russischen Außenministerium gestützt wurden. Dabei hat keine einzige albanische Partei in Mazedonien ein „Großalbanien“ gefordert, und es sieht nicht so aus, als würden sie das in Zukunft tun. Vielmehr waren es die nationalkonservative VMRO-DPMNE, die das Thema setzte. Diese wollte sich trotz Wahlniederlage Ende 2016 an der Macht halten und war dafür bereit, einen ethnischen Konflikt zwischen Mazedonien und Albanern im Land zu schüren (siehe Seite 12). Inzwischen wurde der Sozialdemokrat Zoran Zaev mithilfe

von Parteien der albanischen Minderheit zum Premierminister gewählt. Die Sozialdemokratische Liga Mazedoniens (SDSM) erhielt viele Stimmen von mazedonischen Albanern und brach damit das zuvor ethnisch getrennte Parteiensystem auf. Die Sozialdemokraten sind die erste Partei im unabhängigen Mazedonien, die sowohl von der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung wie auch von der albanischen Minderheit gewählt wird.

Kosovo Im Kosovo ist die Situation eine andere (siehe auch Beitrag oben). Hier wird eine Vereinigung mit Albanien von der linksnationalistischen Vetvendosje (VV/Selbstbestimmung) gefordert. Mit 26,7 Prozent konnten sie ihre Stimmenanteile bei den jüngsten Wahlen verdoppeln. VV profitiert davon, dass sie den etablierten Parteien vorwirft, das Kosovo an den Westen zu „verkaufen“ und sich dabei zu bereichern. Sie bezeichnen die etablierten Parteien als Verräter an der „albanischen Sache“.

Die etablierten Parteien im Kosovo hielten sich von einer großalbanischen Rhetorik bislang fern, weil sie auf die Unterstützung von USA, EU und Nato angewiesen sind und diese es nicht dulden, dass auf dem westlichen Balkan wieder Staatsgrenzen zur Disposition gestellt werden. Die internationale Gemeinschaft hat großen Einfluss auf die Politik im Kosovo und wird eine Regierungsbeteiligung von VV diesmal noch zu verhindern wissen. Doch das stärkt die Position der Partei weiter. Im Kosovo hat sich in den zehn Jahren seit der Unabhängigkeit kein Nationalbewusstsein herausgebildet. Die kosovarische Flagge weht nur an Regierungsgebäuden, an den Häusern der Bürger hängt die Flagge Albanien. Die Nationalhymne kennen nur wenige Kosovo-Albaner. Im Kosovo ist „Großalbanien“ noch sehr präsent in den Köpfen. Krsto Lazarevic

Der längste Einsatz

BUNDESWEHR Seit 1999 ist die Truppe im Kosovo

Es ist der längste laufende Einsatz der Bundeswehr: Seit 12. Juni 1999 beteiligen sich deutsche Truppen an der KFOR (Kosovo Force) der Nato. Dem Einsatz, der auf der UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 basiert, ging ein deutscher Kampfeinsatz voraus. Die Bundeswehr beteiligte sich seit März 1999 im Rahmen einer Nato-Operation an völkerrechtlich umstrittenen Luftschlägen gegen das damalige Jugoslawien, um anhaltende Übergriffe serbischer Kräfte auf Kosovaren und ethnische Säuberungen zu unterbinden. Die KFOR sollte den Rückzug jugoslawischer Truppen, die Entmilitarisierung und die Rückkehr von Flüchtlingen überwachen sowie langfristig für Sicherheit und Ordnung in der dann unter UN-Kontrolle stehenden Region sorgen. Auch nach der Unabhängigkeitserklärung blieb die Truppe im Land. Aktuell sind 471 Bundeswehrsoldaten vor Ort, die Nato ist mit um die 4.600 Soldaten vertreten. Zu Höchstzeiten war das Kontingent der Nato mehr als 50.000 Soldaten, das der Bundeswehr über 4.000 stark. Der Bundestag hatte zuletzt Ende Juni 2017 einer Verlängerung des Einsatzes zugestimmt, dabei aber die Mandatsobergrenze auf 800 reduziert (18/12298). Die Bundesregierung begründet die Reduzierung mit der positiven Entwicklung in dem Land. „Die kosovarischen Sicherheitsorgane erweisen sich als zunehmend in der Lage, die öffentliche Sicherheit und Ordnung ohne Unterstützung der internationalen Sicherheitspräsenzen zu gewährleisten“. Allerdings brauche es die Truppe weiterhin, „um ein sicheres und stabiles Umfeld aufrechtzuerhalten“, begründet die Bundesregierung. Es bestehe weiterhin ein „Konflikt- und Eskalationspotenzial, insbesondere im Norden Kosovos“.

Dass die Lage schnell eskalieren kann, zeigte sich etwa im Juli 2011, als es im Norden des Landes zwischen Serben und Kosovaren zum Streit um Einfuhrverbote samt ge-



Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) 2014 bei einem Truppenbesuch im Kosovo

walttätiger Auseinandersetzungen kam. Die KFOR sah sich gezwungen, deutsche und österreichische Reservetruppen ins Land zu beordern. Einige Jahre früher, im März 2004, kam es zu schweren Übergriffen von Kosovo-Albanern auf die serbische Minderheit. Häuser und Klöster brannten, Serben und Roma wurden vertrieben.

Internationales Engagement Die KFOR-Mission ist Teil eines größeren Engagements der internationalen Gemeinschaft. Die Vereinten Nationen setzen mit der UNMIK eine Institution ein, um zunächst die zivile Verwaltung aufzubauen und später die Selbstverwaltung zu fördern. Teil der UNMIK ist eine Polizeimission, an der sich auch deutsche Polizisten beteiligen. Seit 2008 ist mit EULEX Kosovo zudem eine Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Land, die viele UNMIK-Aufgaben übernommen hat. Auch hieran sind deutsche Polizisten beteiligt. scr



Geteilter Staat

BOSNIEN-HERZEGOWINA Die Landesteile blockieren sich gegenseitig, die Lage der Menschen ist miserabel. Das Ziel einer Verfassungsänderung hat die EU aufgegeben. Sie setzt jetzt auf Wirtschaftsreformen und Finanzhilfen

Wir sind noch immer dabei uns selbst zu überzeugen, dass wir auf dem Europäischen Weg weiter gehen, (...), dass das unser strategisches Interesse ist (...).“ Dieses Zitat vom Juni 2017 von Dragan Covic, dem kroatischen Vertreter im bosnischen Staatspräsidium und Chef der bosnisch-kroatischen Partei HDZ, veranschaulicht die Unsicherheit vieler Bosnier: Kann der Staat mit 3,5 Millionen Einwohnern jemals in die EU aufgenommen werden? Die Parteien in dem kleinen Balkan-Staat vertreten seit Jahrzehnten völkische Ideologien und stellen klientelistische Ansprüche. Die Führung des Landesteils Republika Srpska (RS), die unter dem Einfluss Russlands steht, zielt auf eine Abspaltung vom Gesamtstaat.

Tiefe Auswirkungen Die Krise des Landes dauert nun fast 30 Jahre an, wobei der Krieg von 1992 bis 1995 mit 100.000 Toten und mehr als zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen, lange und tiefe Auswirkungen hat.

Nach dem Ukraine-Konflikt machte man sich in Brüssel Sorgen, dass die seit 1999 vorangetriebene Westanbindung in Gefahr sein könnte. Die EU entschied sich deshalb, das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), das zwischen der EU und Bosnien-Herzegowina bereits im Jahr 2008 unterschrieben wurde, im Juni 2015 in Kraft zu setzen, ohne dass der Bal-

kan-Staat die Voraussetzungen dafür erfüllt hat oder bis heute erfüllt. Die Verfassung, die 1995 im Friedensvertrag von Dayton festgeschrieben wurde, basiert auf der Zweiteilung des Landes. Einerseits gibt es die Föderation Bosnien-Herzegowina, die 51 Prozent des Landes umfasst, andererseits die Republika Srpska (RS). Zusätzlich gibt es noch die kleine Verwaltungseinheit Brcko. Die drei Landesteile verfügen über eine umfassende Autonomie, eigene Verfassungen, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen. Die Macht liegt in der RS auf Ebene der Entitätsregierung, in der Föderation, die in zehn Kantone geteilt ist, stark auf der Kantonebene. In der Verfassung verankert sind zudem die internationalen Vertreter im Land, etwa der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft, sowie drei Verfassungsrichter, die internationale Militärpräsenz und der Gouverneur der Zentralbank.

Die Verantwortlichkeiten für die diversen Politikfelder liegen entweder auf gesamtstaatlicher Ebene oder auf der Ebene der beiden Entitäten, beziehungsweise jener der Kantone. Der Gesamtstaat ist für den Außenhandel zuständig, die Entitäten für die Energiepolitik. Im Landesteil Föderation sind die zehn Bildungsministerien der Kantone für die Schulen und die Curricula verantwortlich. Die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung wird zwischen der Föderation und den Kantonen geteilt. Das bosnische Staatspräsidium besteht aus einem Bosniaken, einem Serben und einem Kroaten. Allerdings ist dieser Teil der Verfas-

sung gegenüber all jenen, die sich nicht zu diesen drei „Volkgruppen“ zählen, diskriminierend, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2009 festhielt. Das komplizierte Gefüge war notwendig, um nach dem Krieg einen Interessensausgleich und eine Balance zu schaffen. Es führt aber auch dazu, dass durch Vetomöglichkeiten viele Gesetzesinitiativen verlangsamt werden. So reichen im Parlament sieben Abgeordnete aus der RS, um ein Gesetz zu blockieren. Außerdem hat jede der drei „staatsbildenden Nationen“ – also Bosniaken, Serben und Kroaten – die Möglichkeit, eine Entscheidung aus „vitalem

STICHWORT

Beziehungen zur EU

> Finanzhilfen Die Europäische Union unterstützt Bosnien-Herzegowina in der Finanzperiode 2014 bis 2017 mit 253,8 Millionen Euro vor allem im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit. Seit dem Kriegsende 1996 hat die EU 3,5 Milliarden Euro an Finanzhilfe an den Balkanstaat gegeben.

> Handel Laut EU-Kommission exportierte Bosnien-Herzegowina im Jahr 2016 72 Prozent seiner Waren in die EU, 61 Prozent aller Importe kamen aus EU-Staaten. Die EU ist damit Bosnien-Herzegowinas größter Handelspartner.

Interesse“ zu blockieren. Insgesamt ist sowohl der stärksten serbischen Partei SNSD als auch der stärksten kroatischen Partei HDZ daran gelegen, mittels ihrer Veto- und Boykottpolitik zu veranschaulichen, dass der bosnische Staat nicht funktioniert. Dabei ist das politische System von Bosnien-Herzegowina in seiner Vielteiligkeit zwar nicht effizient, aber doch stabil. Genau das war auch das Ziel der Daytoner Verfassung: Stabilität in einem geteilten Land. Die Internationale Gemeinschaft und lokale Akteure versuchten unzählige Male, die Verfassung zu ändern, doch dies gelang nicht. Heute wollen die Vertreter der stärksten Parteien das ethno-nationalistische Grundkonzept gar nicht verändern, weil sie Vorteile darin sehen und es zugunsten ihrer Parteien nutzen.

2014 gab es deshalb einen Politikwechsel der EU in Bosnien-Herzegowina. Nicht mehr die Verfassungsänderung, sondern wirtschaftliche Reformen stehen seither ganz oben auf der Agenda. Deutschland und Großbritannien erstellten einen Maßnahmenkatalog, der zusammen mit den internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) eine enge Verbindung zwischen Finanzhilfen und Reformen vorsieht. Darüber hinaus trat das bereits erwähnte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen in Kraft. Wegen des Drucks des IWF konnte bislang wenigstens ein neues Arbeitsgesetz beschlossen werden. Außerdem wurden die öffentlichen Ausgaben reduziert und das Steuersystem effizienter gemacht. Grö-

ßere strukturelle Reformen bleiben aber aus. Große Schritte sind vor den Wahlen 2018 wohl auch nicht mehr zu erwarten.

Unbeliebte Reformen Für Bosnien-Herzegowina ist die Anbindung an die EU die interessanteste Option, schließlich ist sie größter Handelspartner (siehe Stichwortkasten). Bei den Bürgern des Landes sind die Wirtschaftsreformen dennoch unbeliebt – mit ihnen können die Parteien folglich keine Wählerstimmen generieren. Sie setzen deshalb weiter auf völkischen Nationalismus. Fast der gesamte innenpolitische Diskurs dreht sich darum, dass Vertreter einer Gruppe vorgeben, von der anderen überstimmt oder übervorteilt zu werden, und sie so tun, als würden sie in ihren Rechten bedroht sein. Mit viel Pathos wird zur Selbstverteidigung aufgerufen. Dieses politische Theater ist oft ohne großen substanzialen Inhalt und dient meist nur dem Machterhalt der Parteifunktionäre. Zwischen den Volksgruppen selbst gibt es kaum Spannungen – viele leben auch in ziemlich getrennten Welten. „In Bosnien-Herzegowina herrscht lärmender Stillstand, der die Zusammenarbeit der drei ethno-nationalen Lagen verdeckt“, urteilt etwa der Politikwissenschaftler Tobias Flessenkemper. Trotz der miserablen sozialen Lage – offiziell liegt die Arbeitslosigkeit

bei 28 Prozent und mehr als 17 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze – gibt es von der Bevölkerung oder Zivilgesellschaft wenig Druck auf die politischen Parteien, für wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen. Im Jahr 2014 gab es zwar Sozialproteste, doch die brachten kaum Veränderung. Denn in Erinnerung an die Kriegsjahre (1992-1995) haben immer noch viele Menschen Angst, dass es wieder zu Gewalt kommen könnte. In den vergangenen Jahren hat die Auswanderung wieder zugenommen, aber nicht aus Angst vor Gewaltausbrüchen, sondern wegen der wirtschaftlichen Situation. Viele wollen Richtung Deutschland, deshalb werden überall im Land Deutschkurse gebucht. Ob die Politik in Bosnien-Herzegowina in der Lage ist, die Lebenssituation ihrer Bürger zu verbessern, hängt nun maßgeblich davon ab, ob der Integrationsprozess der Europäischen Union weiter geht oder nicht. Ein „failed state“, wie manche annehmen, ist Bosnien-Herzegowina nicht. Der Begriff „boycottierter Staat“ ist angesichts des Handelns der politischen Akteure viel adäquater.

Das politische System ist zwar nicht effizient, aber erstaunlich stabil.

Adelheid Wölfl

Die Autorin ist Südosteuropa-Korrespondentin der in Wien erscheinenden Tageszeitung „Der Standard“.



Alljährliches Gedenken an das Massaker von Srebrenica: In der Stadt im Osten Bosnien-Herzegowinas wurden im Juli 1995 etwa 8.000 Muslime von bosnischen Serben verschleppt und ermordet. Bis heute werden immer wieder Opfer identifiziert und beigesetzt, die damals in Massengräbern verscharrt wurden. © picture-alliance/abaca

Zwischen Personenkult und Modernisierung

SERBIEN Der größte Balkanstaat drängt in die EU. Doch Präsident Vucic führt das Land zunehmend autoritärer, die Reformen lassen auf sich warten

Serbien als das mit Abstand größte und wichtigste Land des westlichen Balkans genießt besondere Aufmerksamkeit und finanzielle Zuwendung in Milliardenhöhe von Seiten der EU und der USA. Aber auch der historische Verbündete Russland und seit einigen Jahren auch wieder die Türkei wollen ihren Einfluss ausweiten. Zwar bemüht sich das Sieben-Millionen-Einwohner-Land seit langem um den EU-Beitritt. Auch sind bereits seit 2014 elf Beitrittskapitel eröffnet und zwei – Wissenschaft und Bildung – abgeschlossen. Doch die Kritik an mangelnden Reformschritten aus Brüssel und Washington wird immer lauter. Sie konzentriert sich auf diese Felder: Defizite der demokratischen Institutionen und beim Rechtsstaat allgemein, Gängelung der Justiz und der Medien, ungenügende Fortschritte bei der Aussöhnung mit der seit neun Jahren unabhängigen früheren Albaner-Provinz Kosovo (siehe Seite 10) sowie außenpolitische Äquidistanz zum Westen und zu Russland mit der Weigerung, sich den Brüsseler Sanktionen wegen der Ukraine und der Krim-Annexion anzuschließen. Organisationen der Zivilgesellschaft haben in vielen Umfragen nachgewiesen, dass die Bevölkerung keinerlei Vertrauen in die Justiz ihres Heimatlandes besitzt. Im Juli berichtigte die Präsidentin des Richterbundes,

Dragana Boljevic, nur die Hälfte aller Richter im Land fühlen sich unabhängig von der Politik. Viele beklagten massiven Druck. Daraus folgt, dass anders als in Kroatien oder Montenegro bisher nicht ein einziger führender Politiker oder Geschäftsmann wegen Korruption verurteilt worden ist – und dies, obwohl die Korruption in Serbien allgegenwärtig ist. Die Politik des Landes wird uneingeschränkt bestimmt vom früheren Regierungschef und heutigen Staatspräsidenten Aleksandar Vucic. Der frühere extremistische Nationalist sieht sich heute als glühenden Europäer, Demokraten und Modernisierer Serbiens. Er steht weiterhin an der Spitze seiner „Fortschrittspartei“, auch wenn die Verfassung das verbietet. Schließlich ist die Partei, in der zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Mitglieder sind, der alles beherrschende Machtfaktor im Land: Der überdimensionierte Staatssektor in der Wirtschaft wird von ihren Funktionären ebenso geleitet wie die staatlichen Institutionen sowie alle wichtigen Schalstellen in Wirtschaft, Gesellschaft

und Politik. Die Opposition ist teils wegen bitteren Streits, teils wegen der Diskreditierung ihrer Führer wie Vucic-Vorgänger Boris Tadic, vor allem aber durch eine geschickte Politik von Vucic atomisiert und ohne Einfluss. Auch die Medien hat das Vucic-Lager fest im Griff. Der nationale öffentliche Rundfunk, der größte private TV-Sender Pink, die Staatsagentur Tanjug, die Regierungszeitungen Novosti und Politika und vor allem das Boulevardblatt Informer: Sie alle üben sich tagtäglich in massiver Propaganda für das Vucic-Lager. Dabei wird nicht selten ein Personenkult gepflegt, der an absolutistische Monarchien vergangener Jahrhunderte erinnert. Vucic ist Dauergast bei allen Medien mit endlosen Interviews oder Artikeln in den Printtiteln.

Auf der anderen Seite setzt der Westen auf Vucic als Garant für Ruhe in Südosteuropa. Die regierungskritische Zivilgesellschaft wirft dem Westen seit langem vor, Vucic im Inneren freie Hand zu lassen, wenn er sich nur in den zahlreichen nationalen Konflikten der Region zurückhält und die Probleme nicht zusätzlich verschärft. Daher belasse es die EU bei Lippenbekenntnissen, wenn sie sich überhaupt einmal mit den zunehmend autoritären Tendenzen in diesem Balkanland beschäftige. Abschätzig sprechen sie nicht mehr von einer Demokratie, sondern von der „Stabilokratie“, von Realpolitik versus Wertegemeinschaft.



Der frühere Nationalist Aleksandar Vucic gibt sich heute als Pro-Europäer und Demokrat. Doch seine Partei ist der einzige Machtfaktor im Land. © picture-alliance/AP-Photo

die Regierung noch das Volk sind bereit, das Kosovo-Problem zu lösen“, sagte erst vor wenigen Tagen der frühere serbische US-Botschafter Milan St. Protic der Zeitung „Blic“. Jahrzehntlang war das Thema Kosovo der Treibstoff für die kriegerische großserbische Politik. Diese langjährige Indoktrinierung kann man nicht einfach wieder rückgängig machen. Das Thema bleibt auf beiden Seiten höchst emotional, so dass es wenige rationale Auswege gibt.

Die Situation kann mittelfristig nur zum Besseren gewendet werden, wenn in den Schulen die nationalistischen Kriege ebenso aufgearbeitet würden wie das Kosovo-Thema. Auch müsste das Interesse der jungen Menschen für demokratische Gesellschaften geweckt werden. Doch dies taucht in den Lehrplänen nicht auf. Stattdessen werden aus Spargründen gerade Hunderte Lehrer entlassen. Thomas Brey

Der Autor ist dpa-Korrespondent in Belgrad.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Zoran Zaev hat einen Plan. Er lautet „3-6-9“. Anfang Juli 2017 präsentierte Mazedoniens neuer Ministerpräsident ihn der Öffentlichkeit; seine Ziffern bezeichnen Zeitmarken, bis zu denen die „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ (EJRM) beziehungsweise die „Republik Mazedonien“ konkrete Fortschritte auf ihrem Weg in die Europäische Union (EU) erreicht haben soll. In drei Monaten, also bis Oktober 2017, will das Kabinett Zaev erste Resultate bei den vom Europäischen Rat geforderten Reformen vorweisen können, so etwa in der Staatsverwaltung, im Rechtswesen und bei der Medienfreiheit. Nach einem halben Jahr soll das Balkanland „die Wahrnehmung des Europäischen Rats gestärkt“ haben, „ein ernstzunehmender Kandidat für die EU-Mitgliedschaft“ zu sein. Nach neun Monaten will Zaevs Regierung bereit sein, mit den EU-Mitgliedstaaten über einen Termin für die Aufnahme von Verhandlungen zu sprechen. Den Status eines EU-Beitrittskandidaten hat Mazedonien zwar schon seit 2005 inne, Beitrittsverhandlungen werden aber durch ein Veto Griechenlands blockiert. Mazedoniens südöstlicher Nachbar hört im Staatsnamen Republik Mazedonien „irredentistische Aspirationen“ auf seine slawische Minderheit in der nordgriechischen Region Makedonien anklagen und fordert eine Namensänderung. Auf dem Nato-Gipfel 2008 in Bukarest vereitelte der Namensstreit letztlich Mazedoniens Beitritt zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis. Nach rund einem Jahrzehnt Stagnation mehren sich nun die Anzeichen, dass Bewegung in die verfahren Angelegenheit kommen könnte. Zwei Mal haben sich die Außenminister Mazedoniens und Griechenlands, Nikola Dimitrov und Nikos Kotzias, in den vergangenen Monaten in Athen und Skopje getroffen, um „vertrauensbildende Maßnahmen“ und Auswege aus der Sackgasse zu diskutieren. Bei seinem Besuch im Nato-Hauptquartier in Brüssel erklärte Regierungschef Zaev im Juni, sein Land könnte der Nato zur Not auch als „EJRM“ beitreten.

Sorge vor Bürgerkrieg Mazedoniens aktuelle Perspektiven waren vor einigen Monaten noch kaum absehbar. Von Ende Februar bis Mitte Mai 2017 war die politische Situation in dem Balkanland derart angespannt, dass manche Beobachter gar bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen für möglich hielten. Staatspräsident Gorge Ivanov – er steht der nationalistischen Partei VMRO-DPMNE nahe – verweigerte Zoran Zaevs „Sozialdemokratischer Union Mazedoniens“ (SDSM) den Auftrag zur Regierungsbildung, obwohl diese zusammen mit Parteien der albanischen Minderheit eine Parlamentsmehrheit vorweisen konnte. Als Grund für seine Weigerung nannte Ivanov die sogenannte Albanische Plattform, eine programmatische Vereinbarung, in der die Albaner-Parteien ihre Forderungen für eine Regierungsbeteiligung festgeschrieben haben. Rund ein Viertel der zwei Millionen mazedonischen Bürger sind Albaner.

Die Albaner-Parteien fordern darin, dass Albanische solle zur zweiten Amtssprache im ganzen Land werden. Staatliche Symbole wie Wappen, Flagge und Hymne sollten derart umgestaltet werden, dass sich die Albaner besser durch sie repräsentiert sehen könnten. Staatspräsident Ivanov und VMRO-DPMNE-Führer Nikola Gruevski schmähten das Forderungsprogramm als „Tirana-Plattform“, an der Albanien Ministerpräsident Edi Rama mitgeschrieben habe. Es sei ein Dokument der Einmischung eines fremden Staates in die inneren Angelegenheiten Mazedoniens, die Forderungen der Albaner gefährdeten die

Vorsichtige Schritte

MAZEDONIEN Das Land strebt in EU und Nato, doch das belastete Verhältnis zu den Nachbarn Bulgarien und Griechenland verhinderte eine Westintegration bisher. Nach einem Jahrzehnt der Stagnation öffnen sich Auswege aus der Sackgasse



Mazedoniens neuer Regierungschef Zoran Zaev (links) bei einem Treffen mit EU-Ratspräsident Donald Tusk (rechts) in Brüssel

© picture-alliance/abaca

Einheit des Landes und die nationale Souveränität. Viele slawische Mazedonier teilen ihre Befürchtung, Tausende zogen Abend für Abend durch die Straßen Skopjes und demonstrierten „Für ein einiges Mazedonien“. Im April 2017 eskalierte die politische Konfrontation. Bei einem gewaltsamen Parlamentssturm wurde SDSM-Führer Zaev der Kopf blutig geschlagen. Auf Druck der USA und der EU ließ Präsident Ivanov schließlich von seiner verfassungsrechtlich umstrittenen Verweigerungshaltung ab. Als Ende Mai 2017 eine knappe Mehrheit des Parlaments Zaevs Ko-

alitionsregierung mit den Albanerparteien DUI und „Allianz für die Albaner“ bestätigte, war die gut eine Dekade währende Ära der VMRO-DPMNE beendet. Deren Vorsitzender Gruevski hatte das Land mit harter Hand regiert; sein ausgeprägter Nationalismus polarisierte nicht nur die mazedonische Gesellschaft, sondern belastete auch das Verhältnis zu den Nachbarländern. Das war Mazedoniens euroatlantischen Beitrittsbemühungen abträglich. Heute legen hunderte Denkmäler historischer Persönlichkeiten und neoklassizistische Fassaden im Stadtzentrum Skopjes ein städtebauliches Zeugnis von Gruevskis

Herrschaft ab. Dessen Ambition, die nationale Identität der Mazedonier zu stärken, provozierte die Albaner im eigenen Land und verstörte Griechenland und Bulgarien. Als Skopje seinen Flughafen nach Alexander dem Großen benannte, protestierte Griechenland, das den Makedonier-König als Figur der eigenen Nationalgeschichte beansprucht. Ähnlich erhob Bulgarien wegen der Standbilder von Zar Samuil und den Slawenaposteln Kyrill und Method den Vorwurf der Geschichtsverfälschung. „Skopjes Weg in die EU führt über Sofia und Athen“, hat Zoran Zaev seit Beginn seiner Amtszeit mehrfach verlauten lassen.

Während Gruevskis Amtszeit verhiinderten Streitigkeiten um historische Themen jahrelang die Unterzeichnung eines Nachbarchaftsabkommens mit Bulgarien. Zaev brauchte nun gerade mal zwei Monate, um es mit seinem bulgarischen Amtskollegen Boiko Borissov Anfang August 2017 zu unterzeichnen. Bulgarien hat seine Unterstützung von Mazedoniens EU-Mitgliedschaft an dieses Abkommen geknüpft, eine erste Hürde auf dem Weg in die EU ist damit genommen. Bulgarien hat 1992 als erstes Land die unabhängige Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen aner-

kannt. Griechenland aber setzte im Jahr 1995 durch, dass Mazedonien nur unter dem vorläufigen Namen „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ (EJRM) in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde. Seitdem vermittelt der UN-Sondergesandte Matthew Nimetz im Namensstreit zwischen beiden Ländern. Seine Vorschläge, dem Namen Mazedonien geografische Präfixe wie „Nord-“ oder „Vardar-“ voranzustellen, brachten in 23 Jahren keine Lösung.

Bereits wenige Wochen nach Amtsantritt des Kabinetts Zaev reiste Mazedoniens Außenminister Nikola Dimitrov im Juni 2017 zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Nikola Kotzias nach Athen. Ende August 2017 erwiderte Kotzias den Besuch. Um nicht auf dem Flughafen „Alexander der Große“ landen zu müssen, fuhr er mit dem Auto nach Skopje. Außer Minister Dimitrov traf Kotzias die gesamte mazedonische Staatsführung zum Gespräch, vom Staatsoberhaupt Gorge Ivanov über Parlamentssprecher Talat Xhaferi und Ministerpräsident Zoran Zaev bis zu Oppositionsführer Nikola Gruevski. Aus fast allen Gesprächen ging eine Botschaft hervor: Mazedonien und Griechenland wünschen die Beilegung ihres jahrzehntelangen Streits.

»Wunsch nach Freundschaft« „Wir hoffen, Griechenland erkennt die neue Realität in Mazedonien und unseren ehrlichen Wunsch nach Freundschaft an. Wir erwarten und hoffen auf Hilfe und Unterstützung für die europäische Integration“, sagte Außenminister Dimitrov. Mazedonien verfolge keine „versteckte Agenda“ im irredentistischen Sinne, beteuerte er und spielte damit auf zwei Vorfälle an, die in den vergangenen Wochen in Griechenland für Empörung gesorgt hatten. So weigerte sich Anfang August 2017 das griechische U17-Handball-Damen-Nationalteam, bei der Europameisterschaft in Skopje gegen ihren mazedonischen Gegner anzutreten, weil die Mazedonierinnen Sportanzüge mit dem Schriftzug Makedonia trugen. Die „Europäische Handball-Föderation“ sprach daraufhin Mazedonien am grünen Tisch den Sieg zu und schloss Griechenland vom Turnier aus. Mitte August 2017 protestierte das griechische Außenministerium gegen die Teilnahme des mazedonischen Konsuls an einer Veranstaltung, weil Symbole wie eine Karte von Groß-Mazedonien mit eingeschlossenem griechischen Territorium gezeigt wurden.

„Wir sehen unseren geschätzten nördlichen Nachbarn sowohl in der Nato als auch in der Europäischen Union“, bestätigte der griechische Außenminister Nikos Kotzias, wies aber darauf hin, dafür müsse auf jegliche irredentistische Rhetorik verzichtet und der Namensstreit gelöst werden. „Die positive Atmosphäre zwischen Mazedonien und Griechenland wird den beiden Ländern erlauben, einen Schritt vorwärts zu tun“, kommentierte Ministerpräsident Zaev sein Treffen mit Minister Kotzias. Zaev erwartet, dass UN-Vermittler Nimetz im November oder Dezember neue Namensvorschläge unterbreiten wird. „Tirana, Athen, Sofia – Zaev verkauft die nationalen Interessen überall“, kritisierte das der VMRO-DPMNE nahestehende Politmagazin Republika Ende Juni 2016 Zoran Zaevs außenpolitische Offensive. Ob Zaevs Strategie gelingen kann, die euroatlantische Integration Mazedoniens durch Verbesserung der Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu beschleunigen, dürfte vom Ausgang der für Mitte Oktober 2017 angesetzten Kommunalwahlen abhängen. Ein gutes Ergebnis für seine SDSM würde Regierungschef Zaevs Politik stärken, die Wahlschlappe könnte die Existenz seiner Regierung gefährden. Frank Stier

Der Autor ist freier Journalist in Sofia.

»Mit diesen Leuten will ich nichts zu tun haben«

MONTENEGRO Seit dem Nato-Beitritt des Landes meiden Russen – bisher häufig Gäste – das Land. Auch die Bevölkerung ist gespalten angesichts des Westkurses von Premier Djukanovic

Montenegro im August: Sommer, Sonne, Balkan-Food und Balkan-Rhythmen – Hochsaison und volles Haus bei Branka und Dragan Petrovic im idyllischen Küstentort Petrovac. Die beiden Rentner vermieten ihre vier Appartements für gehobene Ansprüche, Meeresblick auf weitläufigen Terrassen inklusive. Von Mai bis Oktober kommen die Gäste, die meisten von ihnen seit Jahren – es sind vor allem Russen. Als Montenegro 2006 ein eigenständiger Staat wurde, entdeckten sie das Land. Russische Oligarchen investierten in die Wirtschaft, ihre Superyachten schaukelten in der mondänen Marina „Porto Montenegro“. Etwa 70.000 Grundstücke und Immobilien, vor allem an der Küste, wurden an russische Staatsbürger verkauft, bis zu 30.000 leben heute dauerhaft in Montenegro. In Budva gibt es russische Makler, Läden, Kindergärten und Schulen, Medien, sogar Yogastunden auf Russisch. Auf montenegrinischen Stränden war lange fast nur Russisch zu hören, das orthodoxe Monte-

negro war ein beliebtes Reiseziel. Seitdem die montenegrinische Regierung einen Westkurs ansteuert, und vor allem seit das Land im Juni in die Nato aufgenommen wurde, hat sich das geändert. „Unsere besten Gäste werden spürbar weniger“, beklagt sich Branka Petrovic. „Heute können wir nur davon träumen, dass das Haus vom Mai bis Oktober durchgehend vermietet ist.“ Weil die Touristen aus Russland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land sind, ließ Montenegros Außenminister Srdjan Darmanovic nach dem Nato-Beitritt offiziell verlauten, dass für russische Touristen keine Visumpflicht eingeführt wurde. Geholfen hat es nicht viel.

Ungebrochene Liebe Montenegro hat rund 620.000 Einwohner, die zweitgrößte Volksgruppe sind Serben. Seit den Montenegro-österreichischen Kriegen, die zur Unabhängigkeit führten, war „Mütterchen Russland“ die Schutzmacht, der sie blind vertraut haben. 1948 brach Tito mit Stalin und unzählige Serben aus Montenegro wanderten wegen ihrer Liebe zur Sowjetunion im Gefängnis. Als Montenegro 2009 Nato-Beitrittskandidat wurde, gab es heftige Proteste. Auch Branka Petrovic war dagegen, vor allem wegen der Bomben, die die Nato im Koso-



Fregatten im Hafen von Bar, dem „Tor der Adria“

© picture-alliance/AP Photo

vojkrieg 1999 auf Serbien und Montenegro – damals ein Staat – geworfen hat. „Ich war in Belgrad bei meinen Verwandten. Immer wenn die Sirenen heulten, rannten wir in den Keller und zitterten am ganzen Körper. Auf dem Weg sahen wir die Stadt brennen. Mit diesen Leuten will ich nichts zu tun haben.“ So wie Branka haben viele das nicht vergessen. So wie Branka haben viele das nicht vergessen. So wie Branka haben viele das nicht vergessen. So wie Branka haben viele das nicht vergessen.

Nato-Beitritt beschlossen. Im Parlament war die Mehrheit knapp: Von 81 Abgeordneten votierten 46 dafür, die Opposition boykottierte die Abstimmung. Lang anhaltende Demonstrationen nutzten nichts. Milo Djukanovic, der seit 25 Jahren als Premier, Präsident oder Parteichef an den Schalthebel der Macht sitzt, rudert unbeirrt weiter gen Westen. Das einstige Ziehkünder des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milošević

hat Montenegro nicht nur in die Nato geführt. Seit 2012 ist das Land auch EU-Beitrittskandidat.

Moskau ist um seine Sicherheit besorgt – die Westgrenzen Russlands sind von Nato-Staaten umringt und Montenegro ist von dieser Grenze nur 1.500 Kilometer entfernt. Russland hat Premierminister Duško Markovic und 46 Abgeordnete, die für den Nato-Beitritt gestimmt haben, inzwischen zu unerwünschten Personen erklärt, ein hoher Funktionär der Regierungspartei DPS wurde aus der Russischen Föderation ausgewiesen. Montenegro konterte und erklärte 149 Russen und Ukrainer zu unerwünschten Personen. Russland untersagte wiederum die Einfuhr montenegrinischen Weins. Doch darüber können die Montenegriner nur lachen: Das Weingut „Plantaze“, mit 2.300 Hektar und einer Produktion 17 Millionen Flaschen jährlich ein Weingigant, macht seit drei Jahren lukrative Geschäfte mit China.

Das für die Nato-Aufnahme entscheidende Zünglein an der Waage, geopolitisch und militärstrategisch gesehen, waren die Adria-Häfen in Montenegro. In Tivat, am Eingang der Kotorbucht, haben Österreicher im 19. Jahrhundert einen Kriegshafen gebaut, der später vom jugoslawischen Militär ausgebaut wurde. Bar, die Hafenstadt

gegenüber Bari, lebt vom Schiffs- und Containerverkehr, wird als das „Tor der Adria“ bezeichnet.

Die Gegner des Nato-Beitritts befürchten, dass die Häfen zu Allianz-Stützpunkten werden sollen. Eine andere Sorge ist, dass die mit der Rüstung zusammenhängenden Kosten in die Höhe schießen. Auch Branka Petrovic ist beunruhigt: „Jetzt können sie die Grenzen zu Serbien benutzen, um hier im Falle eines Falles westliche Truppen zu stationieren. Die ganze Adria ist sowieso unter Kontrolle der Nato.“ Tatsächlich sind nur 20 Kilometer der Adriaküste, die zu Bosnien und Herzegowina gehören, nicht in Nato-Hand.

Die Augusthitze hat sich verzogen, der September bringt kühlere Nächte. Auf der Terrasse von Branka und Dragan gibt es ein Gläschen Grappa, türkischen Kaffee und die Frage, was die Europäische Union Montenegro bringen soll. Branka ist skeptisch: „In Kroatien haben wir das schon gesehen. Seitdem die in der EU sind, brauchen Russen ein Visum und kommen gar nicht mehr. Das wird bei uns auch passieren und deshalb sind wir gar nicht so scharf auf die EU.“ Danja Antonovic

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Belgrad.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Fluch der Korruption

BULGARIEN I Im Kampf gegen den Filz kann Sofia so gut wie keine Fortschritte vermelden. Das Land gilt als Schlusslicht in der EU

Noch in diesem Herbst wird Bulgarien seinen „Jahrhundertprozess“ erleben, der den Bulgaren wie ein Spiegel die korrupte Verflechtung politischer, wirtschaftlicher und medialer Macht in ihrer Gesellschaft aufzeigen dürfte. Die bevorstehende juristische Verhandlung der Pleite der „Korporativna Targovska Banka“ (KTB) könnte ein Spiegel mit blinden Flecken sein. Die vom zuständigen Staatsanwalt Ivan Geshev im Juli 2017 vorgelegte vieltausendseitige Anklageschrift weist auffällige Leerstellen auf.

Zugriff entzogen Nach einem Banksturm im Juni 2014 war die KTB in Insolvenz gegangen, einen Gesamtschaden von rund vier Milliarden bulgarischen Lewa (zirka zwei Milliarden Euro) hinterlassend. Seitdem hält sich KTB-Mehrheitsbesitzer Tsvetan Vassilev im Ausland auf, entzieht sich derzeit in Belgrad dem Zugriff der bulgarischen Behörden. In Bulgarien fühle er sich seines Lebens nicht sicher und erwarte dort auch keinen fairen Prozess, begründet dies Vassilev. Er wurde 2011 noch zum „Mister Economy“ gekürt. Geschevs Anklageschrift porträtiert Tsvetan Vassilev als „Anführer einer kriminellen Vereinigung“. Er habe seine Bank wie sein persönliches Portemonnaie benutzt, um ungedeckte Kredite an von Strohmännern geführte Unternehmen ohne reale Geschäftstätigkeit zu vergeben, ein Unternehmenskonglomerat zusammenzukaufen, Medien und poli-

tische Parteien zu finanzieren und Politiker zu bestechen. Manche Beobachter bezweifeln, dass Geschevs Anklageschrift zur Wahrheitsfindung im Fall KTB dienen kann. Prominente Akteure der KTB-Affäre fehlen in ihr, kritisieren sie. „Warum findet Deljan Peevski in der Anklageschrift keine Erwähnung?“, fragten Journalisten Geshev bei ihrer Präsentation. Schließlich waren es Kredite von Vassilevs KTB, die Peevski den Aufbau eines Medienkonzerns mit Tages- und Wochenzeitungen, TV-Sendern und Onlineportalen finanzierten. „Weil wir keine Hinweise auf Peevskis Verwicklung ermitteln konnten“, antwortete der Staatsanwalt und fügte hinzu, „auch Obama und Putin kommen in der Anklageschrift nicht vor“. Im Juni 2013 löste die Ernennung des Parlamentsabgeordneten und Medienmagnaten Deljan Peevski zum Chef des wichtigsten Geheimdienstes des Landes eine massive und andauernde Protestbewegung gegen Bulgariens mafios-korrupten Status quo aus. Die Protesten trugen schließlich zum Sturz der sozialistisch geführten Koalitionsregierung ein knappes Jahr später bei. Bis zum heutigen Tag bieten Deljan Peevskis Medien ungeachtet aller Standards journalis-



Anleger der Pleite gegangenen KTB-Bank protestieren im Juni 2015 in Sofia gegen den damaligen bulgarischen Zentralbankchef Ivan Iskrov.

© picture-alliance/AA

Der Politiker und Oligarch Deljan Peevski fehlt seltsamerweise in der Anklageschrift.

tischer Ethik der jeweils herrschenden Regierung Medienkomfort und diskreditieren politische, wirtschaftliche und mediale Gegner erbarmungslos. Im Fadenkreuz ihrer medialen Kampagnen stehen insbesondere auch Aktivisten der kritischen Zivilgesellschaft, die sich für eine Reform des Rechtssystems und gegen Korruption engagieren. Tsvetan Vassilev ist inzwischen selbst ein Opfer der noch vor einigen Jahren von ihm finanzierten Peevskischen Medien. Wenige Monate vor der Pleite seiner Bank überwarf er sich mit seinem langjährigen Geschäftspartner Peevski. Dessen Medien nennen ihn nur noch den „Banker-Flüchtling“. Bereits seit 2009 berichtet die bulgarische Wirtschaftszeitung Kapital in vielen Artikeln über das zweifelhafte Geschäftsgebaren der zunächst kleinen Handelsbank KTB. Sie problematisierte nicht nur deren ungewöhnlich hohes Zinsniveau für Einlagen, sondern auch die Tatsache, dass staatliche Unternehmen vor allem der Energiewirtschaft auf KTB-Konten hohe Summen deponiert hatten. Die von Kapital publizistisch in detail ausgeführten Hinweise auf korrupte Verflechtungen zwischen Bank, Politik und Medien veranlassten die Staatsanwaltschaft und die anderen „kompetenten Behörden“ aber nicht, tätig zu werden. Erst eine im Februar 2014 von dem früheren Ka-

pital-Redakteur und prominenten Bürgerrechtsaktivisten Nikolay Staykov gemeinsam mit Mitstreitern erstattete Anzeige gegen KTB-Chef Vassilev und dessen Geschäftspartner Peevski nötigte die Staatsanwaltschaft dazu, sich mit dem Fall KTB zu beschäftigen. Als Boiko Borissov im Juli 2009 mit seiner rechtsgerichteten Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) zum ersten Mal die Regierungsgeschäfte übernahm, erklärte er den Kampf gegen Korruption und Organisiertes Verbrechen zu einer Priorität seines Regierungshandelns neben dem Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur. Anfang Mai 2017 hat Borissov nun zum dritten Mal das Amt des bulgarischen Regierungschefs angetreten. Er regiert das Balkanland mit Unterbrechungen seit acht Jahren. Bei der Korruptions- und Verbrechenbekämpfung fällt die Bilanz seiner Regierungstätigkeit indes schlecht aus. „Die gesamte institutionelle Struktur zum Kampf gegen Korruption ist unzulänglich und deshalb in weiten Teilen ineffektiv“, urteilte die Europäische Kommission in ihrem letzten Evaluationsbericht zum Stand Inneres im Juli 2017. Während sie dem zeitgleich mit Bulgarien 2007 der EU beigetretenen Rumänien tatsächliche Fortschritte zugesteh, bescheinigt sie Bulgarien „weiterhin eines der höchsten Korruptionsniveaus aller EU-Länder“.

Beim aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International hat Bulgarien mit Rang 75 von 176 Staaten die rote Laterne aller EU-Staaten inne und rangiert noch hinter Serbien. Und die amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House klassifiziert Bulgarien als „halb-konsolidierte Demokratie“. Bei ihrem Parameter „Korruption“ hat sich das Balkanland von 3,50 im Jahr 2008 auf aktuell 4,25 kontinuierlich verschlechtert. Pläne zur Reformierung des Rechtswesens und der Effizienzsteigerung im Kampf gegen Korruption und Verbrechen gehören seit Jahren zum Standardrepertoire bulgarischer Politiker. Im Herbst 2015 ließ die Regierungsfraktion GERB die Justizreform des vom traditionell-konservativen Reformerblock (RB) nominierten Justizministers Hristo Ivanov in der Bulgarischen Volksversammlung aber scheitern. Ivanov trat von seinem Ministeramt zurück. Ein Jahr später fiel auch die von Ex-EU-Kommissarin Meglena Kuneva eingebrachte Novelle eines Antikorruptionsgesetzes im Parlament durch. Dieser Tage steht nun das Gesetzesprojekt zur Korruptionsbekämpfung der neuen Justizministerin Tsetska Tsatscheva (GERB) zur Debatte. Kernstück ist die Schaffung einer einzi-

gen Antikorruptionsbehörde, die eine Handvoll bisher wenig erfolgreicher Institutionen in sich vereinigen soll. Justizministerin Tsatscheva verspricht sich von ihrer Gesetzesnovelle eine „Garantie für eine effektive, schnelle und gerechte Rechtsprechung und die Schaffung einer institutionellen Ordnung im Kampf gegen Korruption und für den Entzug unrechtmäßig erworbenen Eigentums“.

Nicht mehr anonym Journalist Nikolay Staykov hält Tsatschevas Antikorruptionsgesetz aber für einen Rückschritt gegenüber Kunevas Reformprojekt, sieht es doch keine Möglichkeit anonymer Korruptionsanzeigen mehr vor. „Wer aber wird schon einen Korruptionsverdacht signalisieren, wenn er dazu seine vollständigen Kontaktdaten preisgeben muss und sich damit möglicherweise ernsthafte Schwierigkeiten einhandelt“, kritisiert Staykov. Mit Gleichgesinnten und finanzieller Unterstützung der Stiftung „America for Bulgaria“ hat er einen „Antikorruptions-Fonds“ (AF) gegründet, der in die Lücke springen soll. Über das AF-Webportal können Korruptionshinweise auch anonym übermittelt werden. AF-Mitarbeiter recherchieren sie nach und übergeben Erkenntnisse der Staatsanwaltschaft. „Wir haben natürlich niemanden anderes, dem wir unsere Hinweise übergeben können“, sagt Staykov und deutet damit an, wie begrenzt sein Vertrauen in die bulgarische Staatsanwaltschaft ist.

Frank Stier II

Der Autor ist freier Journalist in Sofia.

Den Kritikern gilt das Antikorruptionsgesetz der neuen Justizministerin als Rückschritt.

Gefangen im Teufelskreis der Armut

BULGARIEN II Trotz vieler Förderprogramme leben die Roma weiter am Rand der Gesellschaft. Viele wohnen in illegalen Siedlungen, wo nicht investiert wird

Auf einer Anhöhe über dem Sofioter Stadtbezirk Ovtitscha Kuppel liegt Fakulteta, mit geschätzten 30.000 Bewohnern das größte Romaviertel der bulgarischen Hauptstadt und eines der größten auf der Balkanhalbinsel. In der „Machala“ (Siedlung) gibt es zugeborene Bretterverschläge und windschiefe Bruchbuden direkt an Müllhalden, aber auch stattliche Einfamilienhäuser, in denen Hausfrauen den Hof feigen und Männer das Auto waschen. Aus Wohnungsfenstern und vorbeifahrenden Autos dröhnt „Chalga“. Bulgarische Bildungsbürger halten den orientalischemutenden Pop-Folk mit Bauchtanzrhythmen für den Inbegriff der Unkultur.

Kaum Abgeordnete Rund 325.000 Bürger identifizierten sich bei der letzten Volkszählung 2011 als Roma, Schätzungen besagen aber, dass gut zehn Prozent der 7,1 Millionen Bulgaren Roma sind, das Balkanland damit den größten Roma-Anteil aller EU-Staaten hat. „Sollten wir politisch wirklich repräsentiert sein, müssten wir mehr als 20 der 240 Sitze im Parlament besetzen“, sagt Ognjan Isaev. Der diplomierte Psychologe arbeitet beim „Roma Education Fund“ (REF) für den Abbau der Segregation im Bildungswesen. „Tatsächlich haben wir so gut wie keine Abgeordneten in nationalen und kommunalen Parlamenten und auch keine Minister und Richter“, klagt er. Der REF ist ein Produkt der von der George

Soros-Stiftung initiierten „Dekade der Roma-Inklusion 2005–2015“. In unmittelbarer Nachbarschaft zur Schule von Fakulteta betreibt er eine Spielzeug-Bibliothek. In ihr können sich Kinder pädagogisch sinnvolle und die Motorik fördernde Spielzeuge ausleihen. Ognjan Isaev kann viele positive Resultate der Arbeit seiner Organisation nennen. Schüler wurden aus segregierten Roma-Schulen mit äußerst niedrigem Bildungsniveau in gemischten Schulen untergebracht, Erwachsenen die Möglichkeit zum Nachholen ihres versäumten Schulabschlusses gegeben und einigen hundert jungen Roma Stipendien für das Studium gewährt. Trotz dieser Erfolge beurteilt Isaev die Resultate der Roma Inklusions-Dekade skeptisch. „Sie hat an der Marginalisierung der Roma nichts Wesentliches geändert, in der bulgarischen Gesellschaft herrscht weiter Rassismus und in den Behörden institutioneller Antiziganismus“, sagt er. Tatsächlich halten viele Bulgaren die Minderheit der Roma für integrationsunwillig und arbeitsscheu. „Ziganite“ (die Zigeuner) zahlten weder Strom noch Wasser und stellten das kleinkriminelle Kontingent des Landes, lauten gängige Vorurteile. „Die we-

nigsten Insassen der Haftanstalten sind Roma“, erwidert Ognjan Isaev darauf. Ethnische Bulgaren haben im Alltag kaum Kontakt zu Roma; sie gehen nicht in ihre Wohnviertel an den Stadträndern und in den Zentren der Städte trifft man Roma selten. Zuweilen sieht man sie dort als verelendete Individuen Mülltonnen nach Wertbarem durchsuchen, als geringfügig Beschäftigte Straßen kehren und in Grünflächen Unkraut jäten oder als Kleinunternehmer mit Pferdekarren Altmüll transportieren. Im öffentlichen Diskurs spielen die Roma kaum eine Rolle; in Sonntagsreden zum Tag der Roma am 8. April betonen Politiker stets die Wichtigkeit ihrer Integration, im Umfeld von Wahlen wird der massenhafte Kauf ihrer Stimmen problematisiert. Immer wieder entstehen aber wie zuletzt Ende Juni 2017 in der Rhodopenstadt Assenovgrad aus persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Roma und Bulgaren ethnische Konflikte und antiziganistische Demonstrationen. Politiker reagieren auf sie für gewöhnlich mit dem Versprechen, „illegale Wohnbehausungen“ der Roma abzureißen. Mehrfach hat der Europäische Gerichtshof



Kinder spielen im Sofioter Roma-Viertel Fakulteta.

© picture-alliance/dpa

für Menschenrechte in Straßburg Bulgarien verurteilt, weil Wohngebäude von Roma abgerissen wurden, ohne alternative Wohnmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. „Zum Glück verstehen immer mehr Bürgermeister, dass etwas getan werden muss, wenn bei ihnen 500 Leute vor der Tür stehen, die keinen Platz zum Leben haben“, hofft Isaev auf ein Umdenken. Nicht so sehr in der Bildung, eher in den miserablen Lebensverhältnissen in den Roma-Vierteln sieht Ognjan Isaev das grund-

gende Problem. Zunächst müssten Nahrung, Wärme und existenzielle Sicherheit gewährleistet sein, damit Menschen ein Sozialbedürfnis nach Anerkennung und Wertschätzung entwickeln und sich selbst verwirklichen könnten, argumentiert er mit Verweis auf die Bedürfnispyramide des amerikanischen Psychologen Abraham Maslow. „Ohne Arbeit sind die Roma kaum für Bildung zu motivieren, ohne Bildung aber fehlt ihnen das Bewusstsein für die Wichtigkeit von Gesundheitsvorsorge“.

In kommunistischer Zeit hatte es keine Bedeutung, dass die wenigsten Roma Dokumente hatten für die Häuser, in denen sie leben. Nach der Wende aber machte die Restitution der Grundstücke die auf ihnen stehenden Gebäude illegal. Die meisten Machalas befinden sich auf Gebieten ohne gültige Bebauungspläne. „Kommunen dürfen öffentliche Gelder gar nicht in Infrastrukturprojekte in unregulierten Gebieten investieren“, beschreibt Isaev einen Teufelskreis. Warum die Dekade der Roma-Inklusion in Bulgarien und anderen Ländern kaum sicht- und greifbare Resultate gebracht hat? „Die verantwortlichen Regierungen haben erwartet, George Soros werde ihnen Geld zur Durchführung notwendiger Maßnahmen geben“, antwortet Isaev. „Die Soros-Stiftung hat ihnen aber nur aufgezeigt, wo die Probleme liegen und wie sie zu beheben seien. Alles, was in Bulgarien zur Integration der Roma getan wird, geschieht auf Druck von außen, von der Europäischen Union oder Sponsoren. Im Land selber fehlt der Wille, bei Politikern und in der Bevölkerung“, bedauert Ognjan Isaev.

frms II



Im Herz der Demokratie

WAHLKAMPF In der letzten Plenarsitzung vor der Wahl ziehen die Abgeordneten Bilanz und schenken sich dabei nichts

Der Wahlkampf erleben will, mit Prominenz und Polemik, Humor und Gefühl, der ist bisweilen im Bundestag besser aufgehoben als bei sogenannten TV-Duellen im Fernsehen, die sich den Ruf erarbeiten haben, noch langweiliger zu sein als eine Harley mit Elektroantrieb. In der voraussichtlich letzten Sitzung der 18. Legislaturperiode ging es vergangene Woche unter der Reichstagskuppel jedenfalls so lebhaft und streitlustig zu wie lange nicht. Die Abgeordneten und Regierungsvertreter bewiesen bei der Gelegenheit auch, was die politische und parlamentarische Kultur ausmacht: Hart und kontrovers in der Sache, aber höflich und respektvoll im Umgang.

Mit dem Abschluss der Wahlperiode endet für viele Abgeordnete, die von ihren Parteien nicht wieder aufgestellt werden, die nicht mehr antreten wollen oder nicht gewählt werden, ein Lebensabschnitt. Und so wundert es nicht, dass sich an diesem Tag in die pointierte Wahlkampfrhetorik auch öfter Wehmut, Nostalgie und Nachdenklichkeit mischten. Das lag vor allem an jenem Mann, der nach 37 Jahren im Bundestag und nach zwölf Jahren als Parlamentspräsident aus dem politischen Betrieb ausscheidet. Norbert Lammert (CDU) erhielt zu seinem Abschied überschwängliches Lob von rechts bis links, von Weggefährten wie politischen Gegnern.

Ein Abschied Als Vizepräsident Johannes Singhammer (CSU) kurz vor Schluss der dreistündigen Debatte Gregor Gysi (Linke) mit einer Kurzzintervention ans Mikrofon ließ, waren viele Abgeordnete überrascht. Der frühere Linksfraktionschef wollte diesmal keine Wahlkampfrede halten, sondern Lammert würdigen. Gysi (69) und Lammert (68) sind, was ihre politischen Ansichten betrifft, nicht unbedingt benachbart. Was sie eint, ist die Freude an rhetorisch elegant verpackter Kritik. Die beiden gelten als die wohl besten Redner des Parlaments, die in den Jahren einige legendäre Auftritte hinlegten. Die oft urkomischen Hakeleien zwischen den älteren Herren wurden deshalb schon wohlwollend verglichen mit dem berühmten Duett von Waldorf und Statler in der Muppet-Show. Gysi stand also am Mikrofon und erklärte gewollt steif in Loriot-Manier: „Aufgrund des Verhältnisses zwischen dem Herrn Bundespräsidenten und mir finde ich, dass ein paar persönliche Worte zum Abschied vielleicht doch angebracht sind.“ Dann attestierte er Lammert, mutig und notfalls unbequem zu sein und stets die Rechte der Minderheiten zu wahren. Gysi befand: „Sie haben Reden gehalten, die auch mich erstaunt haben. Sie konnten von der CDU bis zur Linken akzeptiert werden. Das muss man erst einmal hinkriegen.“ Auch die anderen Fraktionen ließen es sich nicht nehmen, Lammert für dessen scharfsichtige Beiträge und auf Ausgleich bedachte

Amtsführung zu loben. Norbert Lammert selbst nutzte die Sitzung für ein persönliches Resümee und appellierte zugleich an die Abgeordneten, auch in der neuen Wahlperiode „den Konsens der Demokraten gegen Fanatiker und Fundamentalisten“ zu bewahren. Er tat das, ohne die AfD zu nennen, die nach den aktuellen Umfragen in den neuen Bundestag einzuziehen wird.

Der CDU-Politiker erklärte, der Bundestag sei angesichts seiner verfassungsmäßigen Aufgaben, seiner Zusammensetzung und Ausstattung im internationalen Vergleich ausgesprochen einflussreich, hier schlage „das Herz der Demokratie“, er sei jedoch im parlamentarischen Alltag „nicht immer so gut, wie er sein könnte und vielleicht auch sein sollte“. So sei die Aufgabe des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren, oft zu gering ausgeprägt. Lammert benannte zugleich als vornehmste Aufgabe des Präsidenten, den Minderheiten im Parlament zu ihrem Recht zu verhelfen, das zeichne eine „vitale Demokratie“ aus.

»Eine schönere Aufgabe hätte es für mich nicht geben können.«

Norbert Lammert (CDU), Bundestagspräsident

Ein Fazit In der anschließenden Debatte zur „Situation in Deutschland“ ging es ausgesprochen angriffslustig zur Sache. So mangelte es nicht an schroffen Vorwürfen, steilen Forderungen, Eigenwerbung und lautstarken Zwischenrufen.

Neben innenpolitischen Themen spielten auch internationale Entwicklungen eine Rolle, vor allem die Spannungen mit der Türkei und Russland, die schwelende Korea-Krise, die Zusammenarbeit mit den USA unter Präsident Donald Trump sowie die Rüstungspolitik.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zog erwartungsgemäß ein positives Fazit der Regierungspolitik. Deutschland stehe gut da, dürfe sich jedoch auf den Erfolgen nicht ausruhen. Das Land stehe an der Schwelle zu einer neuen Etappe, die vor allem mit dem digitalen Fortschritt zu tun habe. Als Beispiel nannte sie die Automobilindustrie, wo sich „wie in einem Brennglas die Summe der neuen Herausforderungen“ zeigten. Mit Blick auf den Dieselskandal um geschönte Abgaswerte hielt die Kanzlerin der Autoindustrie „unverzeihliche Fehler“ vor. Darunter dürften aber nicht die Mitarbeiter leiden, auch dürfe die Branche, die in Deutschland eine Schlüsselposition einnehme, nicht um ihre Zukunft gebracht werden. Sie fügte hinzu, Verbrennungsmotoren würden noch „auf Jahre und Jahrzehnte“ gebraucht, gleichzeitig müsse in neue Technologien investiert werden. Die nötigen Übergänge müssten vernünftig, aber nicht mit Verboten geregelt werden. Merkel mahnte, die Welt entwickle sich in einem rasanten Tempo, Deutschland wolle „nicht im Technikmuseum enden“, sondern weiter vorne mit dabei sein.

Im außenpolitischen Teil ihrer Rede macht Merkel erneut deutlich, dass es für den Korea-Konflikt aus ihrer Sicht nur eine friedliche, diplomatische Lösung geben könne. Die Entwicklung in der Türkei nannte die Regierungschefin „mehr als besorgniserregend“.



Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) gab den Abgeordneten einige Ratschläge mit auf den Weg und räumte dann seinen Platz am Pult.

© picture-alliance/Soeren Stache/epa

gend“. Das Land verlasse immer mehr den Weg der Rechtsstaatlichkeit. Keiner der zu Unrecht inhaftierten Deutschen dürfe vergessen werden. Es werde alles versucht, die Bürger freizubekommen. Derzeit werde darüber nachgedacht, die Beziehung zur Türkei neu zu ordnen, das schließe die Möglichkeit ein, die EU-Beitrittsgespräche zu suspendieren oder zu beenden.

Ein Lapsus Merkel war schon fast durch mit ihrer forschenden Regierungserklärung, da unterließ ihr ein Lapsus, der in Wahlkampfzeiten ähnlich desaströs sein kann wie eine Sonnenallergie am Mittelmeer. „Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich nur noch kurz darauf hinweisen, weil meine Zeit nämlich so gut wie vorbei ist, dass wir...“ Weiter kam sie nicht, da brandete auf den Oppositionsbänken sowie bei der SPD schon Applaus auf, die Leute johlten. Merkel verkündet höchst selbst, dass ihre Zeit bald vorbei ist? Schöner geht es ja nicht! Merkels Mundwinkel sackten kurz durch auf Tischplattenniveau, bevor sie schnell hinzufügte: „Ich meine meine Redezeit hier.“ Das halbe Haus feixte, während Merkel angegriffen wenigstens die SPD rasch zur Raison bringen wollte. „Leute, kommt, es sind noch wenige Tage bis zur Wahl. Lassen Sie uns diese erfolgreiche

Regierungsarbeit wenigstens am heutigen Tage einigermaßen gelten lassen.“ Politische Beobachter hatten erwartet, dass Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) an diesem Tag persönlich die CDU-Chefin attackieren würde und täuschten sich. Der Außenminister gab sich staatsmännisch und dankte Merkel für die Zusammenarbeit, die er als fair und belastbar erlebt habe. Gabriel betonte: „Es gibt Grund zu sagen, dass wir gut regiert haben.“ Ganz unbeschadet kam die Regierungschefin aber nicht weg, denn Gabriel relativierte ihre Darstellung der Machtverhältnisse. Merkel hatte gesagt, gegen ihren Willen und den der Unionsfraktion habe die SPD „echt nichts durchsetzen können“. Gabriel konkretisierte, die SPD habe öfter helfen müssen, „dass Sie gegen Seehofer und Schäuble einen Willen haben durften. Von daher: Ich finde, wir haben gut auf Sie aufgepasst.“ Der Minister erinnerte aber vor allem an die zahlreichen internationalen Probleme, etwa die Ukraine-Krise, die Griechenland-Krise, die Flüchtlingskrise sowie an den Terror und Rechtspopulismus. In dieser „rauen See“ habe die Regierung das Land auf Kurs gehalten. Das sei „der eigentliche Erfolg“ der Koalition. Gabriel ging auch auf die Rüstungsausgaben ein, die deutlich erhöht werden sollen, und forderte eine

neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Es sei aber richtig, in die Ausrüstung der Truppe zu investieren. Für gezielte Attacken stand SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann, der beklagte, viele Fortschritte hätten gegen die Union und Merkel „hart erkämpft“ werden müssen. Zudem sei die Mietpreisbremse von Merkel selbst „bis zur Unkenntlichkeit beschädigt“ worden. Viele Frauen säßen weiter in der Teilzeitarbeit, weil ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit verhindert worden sei. Auch wolle die Union über ein Einwanderungsgesetz nicht einmal verhandeln. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) ermahnte die SPD daraufhin, man könne nicht gleichzeitig Regierung und Opposition sein.

Eine Warnung Auch die Opposition von Grünen und Linken zog mit erprobten Streichern in der Redeschlacht. Sahra Wagenknecht (Linke) monierte fehlenden Aufbruchswillen und einen „Schönwetter-Wohlfühl-Wahlkampf“ der Union. Unzählige ungelöste Probleme gefährdeten derweil den Wohlstand. Viele Bürger verdienten heute weniger als in den 1990er Jahren, im Wirtschaftsboom seien etliche niedrig bezahlte Jobs entstanden. Der Mindestlohn müsse mehr sein als ein Armut-

lohn. Die Mieten seien für viele Menschen kaum bezahlbar, Kinder ein Armutrisiko, derweil würden Konzerne und Superreiche steuerlich verschont. Die Wähler hätten die Hoffnung auf einen echten Politikwechsel aufgegeben. Die Unterschiede zwischen SPD und Union müsse man „mit der Lupe suchen“. An die SPD gerichtet sagte Wagenknecht, wer an Leiharbeit und Hartz-4 nichts ändern und die Vermögenssteuer nicht einführen wolle, dürfe nicht von sozialer Gerechtigkeit reden. Ähnlich kritisch äußerte sich Cem Özdemir (Grüne), der insbesondere Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorhielt, versagt zu haben. Angesichts des Dieselskandals müsse mit den Konzernführern mal „Klartext“ gesprochen werden. Deutschland müsse Elektroautos bauen und ein Autostandort bleiben. Özdemir ging auch den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan hart an und nannte ihn einen „Geiselnehmer“. Er sagte mit Blick auf die Bundestagswahl: „Der lange Arm Erdogans hat in der deutschen Innenpolitik nichts zu suchen.“ Katrin Göring-Eckardt (Grüne) sagte in Anspielung auf die AfD, Deutschland stehe vor einer historischen Wahl. Die faire Auseinandersetzung und das Streben nach Interessenausgleich stünden auf dem Spiel. Claus Peter Kosfeld

Hauchdünne Mehrheiten

NORWEGEN Die Wiederwahl ist Amtsinhaberin Solberg trotz vieler Erfolge nicht sicher

Die Wirtschaftsdaten stehen auf Wiederwahl. Gemäß der Theorie, dass in stabilen ökonomischen Zeiten eine Regierung bestätigt wird, dürfte Erna Solberg sich mit Blick auf die Parlamentswahl am 11. September eigentlich keine Sorgen machen. „Unsere Partei hat Norwegen durch den schlimmsten Ölpreisfall in 30 Jahren gesteuert. Nun ist es wichtig, dass die Modernisierung Norwegens nicht stoppt“, sagt die Ministerpräsidentin des Landes, das für Deutschland einer der wichtigsten Energielieferanten ist.

Tatsächlich kann die Regierungschefin von der konservativen Partei Høyre darauf verweisen, dass das ohnehin wohlhabende Norwegen dabei ist, die leichte ölpreisbedingte Krise hinter sich zu lassen. Seit einem Jahr fällt die Arbeitslosigkeit wieder und hat zuletzt 4,3 Prozent erreicht. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt in Kaufkraft berechnet 50 Prozent über dem EU-Schnitt. Doch trotz dieser Daten liegen die Parteien des „Blauen Blocks“ rechts der Mitte unter Führung von Solberg in den

Umfragen etwa gleichauf mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und deren Partnern. Bisher koalierte Solbergs Høyre in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode nur mit der rechtsliberalen bis rechtspopulistischen Fortschrittspartei (FrP). Beide ließen sich von der christlichen Volkspartei KrF und der sozialliberalen Venstre V stützen. Jetzt kommen sie gemeinsam allenfalls auf eine hauchdünne Mehrheit – und dabei ist noch nicht einmal sicher, ob KrF und V den Sprung über die Sperrgrenze von vier Prozent schaffen. Offiziell koalieren wollen die beiden mit der derzeitigen Regierung ohnehin nicht. Sie stören sich an der FrP und vor allem deren Einwanderungs- und Integrationsministerin Sylvi Listhaug, die dafür bekannt ist, gegen Migranten zu polemisieren.

Aufholjagd Lange sah es so aus, als würde die FrP darunter leiden, an die Regierung gekommen zu sein. In den meisten Umfragen seit der Wahl vor vier Jahren lag die Partei weit unter dem Wahlergebnis von 16,3 Prozent. Es sah also aus, als habe sich einmal mehr bewahrheitet, dass populistische Oppositionsparteien an Unterstützung verlieren, wenn sie eingebunden werden und Verantwortung übernehmen müssen. Doch zuletzt hat die FrP wieder aufge-

schlossen und könnte das Ergebnis von vier Jahren sogar gar knapp übertreffen – während Høyre voraussichtlich etwas auf um 25 Prozent abfällt.

Nicht nur bei den Grundlinien der Integrationspolitik, auch bei den Themen Öl und Klima herrscht unter den vier Parteien des „Blauen Blocks“ Uneinigkeit. So fordern KrF und V, dass vor den Lofoten-Inseln auch in Zukunft nicht nach Öl gebohrt wird. Weil sowohl die Natur als auch die Ressourcenwirtschaft in Norwegen besonders wichtig sind, ist dies seit Jahren ein zentraler Streitpunkt, der immer dringlicher wird. Denn mit der Erschließung neuer Gebiete steigt die Chance, länger eine reiche Ölnation zu bleiben.

Links der Mitte gibt es denselben Streit. Dort steht die Arbeiterpartei Ölböhrungen vor den Lofoten am offensten gegenüber. Dennoch dürfte die Partei vermutlich eines der schlechtesten Wahlergebnisse ihrer Geschichte erzielen. Ein Problem für die Sozialdemokraten ist, das deren Lieblingsthema Beschäftigung für die Wähler angesichts der guten Arbeitsmarktlage nicht nur nicht so relevant ist. Sie trauen Høyre Umfragen zufolge in dieser Frage auch mehr zu.

Clemens Bomsdorf

Der Autor ist freier Skandinavien-Korrespondent.

Wahlfavorit verliert Immunität

TSSCHECHIEN Gegen den Unternehmer und Politiker Babis wird wegen Betrugs ermittelt

Vor der tschechischen Parlamentswahl am 20. und 21. Oktober 2017 wirbelt eine staatsanwaltliche Ermittlung den Wahlkampf auf: Die Prager Abgeordneten haben in der vergangenen Woche die Immunität von Andrej Babis aufgehoben, dem Chef der Bewegung ANO, die in allen Umfragen zur Wahlgunst mit großem Abstand an erster Stelle liegt. Gegen den als künftigen Premierminister gehandelten Babis wird jetzt wegen Betrugsverdachts ermittelt. Er soll vor seinem Einstieg in die Politik mit falschen Angaben EU-Fördergeldern zustanden haben, die ihm nicht zugestanden haben sollen.

Alte Skandale Babis, dessen zentrales Wahlversprechen eine effizientere Staatsverwaltung ist, gilt als schillernde Figur: Er ist der zweitreichste Tscheche, sein Milliardenvermögen machte er in der Chemie-, Agrar- und Lebensmittelbranche. Ein Konglomerat von Dutzenden Firmen gehört zu seiner Konzern-Holding Agrofert, die er nach seinem Einstieg in die Politik an eine Stiftung übertragen hat. Seine liberalpopulistische Bewegung ANO begann als Protestbewegung. Kritiker werfen ihr aber vor, das wenig binnendemokratische Projekt ihres Vorsitzenden zu sein, bei dem alle Fäden zusammenlaufen. Skandale um Babis, der in einer Koalition mit Sozialdemokra-

ten und den kleinen Christdemokraten zum Vizepremier und Finanzminister aufstieg, gab es schon zuvor. Gegner werfen ihm vor, als Finanzminister für sich selbst unmoralische Steuersparmodelle genutzt zu haben. Auch steht der Verdacht im Raum, dass er als Minister seine Untergebenen angewiesen haben könnte, ein unliebsames Unternehmen durch Buchprüfungen und unverhältnismäßige Steuernachzahlungen in den Ruin zu treiben. Zu-

dem wird seine Rolle als Besitzer von zwei der einflussreichsten Zeitungen des Landes in Tschechien kritisiert. Als vor wenigen Monaten heimliche Mitschnitte die Runde machten, auf denen Babis einen Redakteur zu bestimmten Beiträgen instruierte, gab er sein Amt als Finanzminister auf. Seine Immunität hat das Prager Abgeordnetenhaus jetzt aufgehoben, weil er für ein luxuriöses Anwesen, zu dem auch ein Hotel gehört, umgerechnet zwei Millionen Euro aus EU-Mitteln erhalten hat – aus Töpfen, die dezidiert für die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen gedacht sind.

Derzeit sieht es in den Umfragen so aus, als sähen seine Anhänger Babis auch diese Turbulenzen nach. Sein Abstand zu den zweitplatzierten Sozialdemokraten bleibt deutlich. Die etablierten Parteien sind im Wahlkampf ohnehin in die Defensive geraten. Die sozialdemokratische Partei CSSD des amtierenden Premierministers Bohuslav Sobotka liegt in den Umfragen abgeschlagen an zweiter Stelle, die Bürgerdemokraten von der ODS, einst stärkste konservative Kraft, liegen bei nur noch etwa zehn Prozent.

Kilian Kirchgöner

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Prag.



Andrej Babis (63) hat gute Chancen, Ende Oktober Premierminister zu werden.

© picture-alliance/Novotnaek/CTV/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Große Koalition will, dass im kommenden Jahr der Verteidigungshaushalt weiter wächst. So sieht es der Etatentwurf für 2018 vor.

© picture-alliance/Bildagentur-online/Ohde

Eine Null geht noch

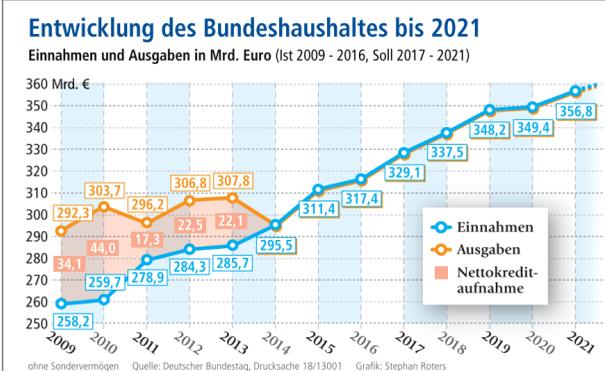
HAUSHALT Bundesregierung legt Etat-Entwurf für 2018 vor – verabschiedet wird dieser aber nicht mehr

Der Paragraph 125 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages ist eindeutig. „Am Ende der Wahlperiode des Bundestages gelten alle Vorlagen als erledigt“, heißt es dort – und im Klartext bedeutet das, dass alle Vorlagen, die die Abgeordneten bis vergangene Woche nicht abgestimmt oder zur Kenntnis genommen haben, in den großen imaginären Parlamentspapierkorb wandern. Der nächste Bundestag soll ein leeres Tableau vorfinden. Diesem Schicksal der Diskontinuität wird auch der Haushaltsentwurf 2018 der Bundesregierung (18/13000) anheimfallen.

Auf 75 Seiten legt die Große Koalition darin dar, in welchen Bereichen sie im kommenden Jahr wie viel Geld einnehmen, aber vor allem ausgeben will. So wie aufgeschrieben wird das aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht passieren. Die nächste Bundesregierung wird dem Etat 2018 noch ihren Stempel mit einem eigenen Entwurf aufdrücken – auch wenn das einige Zeit dauern kann. Die Große Koalition verabschiedete den Haushalt 2014 etwa erst Ende Juni desselben Jahres. Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist der nun vorgelegte Entwurf eine gute Grundlage dafür. „In der nächsten Legislaturperiode kann auf Basis

dieses Entwurfs unmittelbar weitergearbeitet werden“, sagte Schäuble. Der Etatentwurf sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 337,5 Milliarden Euro vor. 2017 waren es jeweils 329,1 Milliarden Euro. Eine Neuverschuldung ist nicht vorgesehen. Damit wird die Politik der sogenannten schwarzen Null fortgesetzt. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sollen 2018 309 Milliarden Euro betragen (2017: 301 Milliarden Euro). Rund 8,1 Milliarden Euro sollen zudem aus der in den vergangenen Haushaltsjahren gebildeten Rücklage für Kosten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise entnommen werden. Die Flüchtlingsrücklage soll 2019 vollständig aufgebraucht werden.

Mehr für Verteidigung Größere Etatzuwächse sind in den Haushalten der Bundesministerien für Arbeit und Soziales (+3,4 Milliarden Euro auf 140,9 Milliarden Euro), Verteidigung (+1,5 Milliarden Euro auf 38,5 Milliarden Euro) sowie Wirtschaft und Energie (+252 Millionen Euro auf 7,9 Milliarden Euro) eingeplant. Größere Kürzungen im Vergleich zu 2017 sieht der Entwurf für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (-195 Millionen Euro auf 5,8 Milliarden Euro) und das Auswärtige Amt (-209 Millionen Euro auf 5,0 Milliarden Euro) vor. Im Etatentwurf



sind 36,4 Milliarden Euro für Investitionen eingeplant (2017: 36,1 Milliarden). Neben den Ansätzen für den Haushaltsentwurf 2018 hat die Bundesregierung auch den Finanzplan bis 2021 (18/13001) vorgelegt. Ausgaben und Einnahmen sollen demnach von den aktuellen 329,1 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 356,8 Milliarden Euro im Jahr 2021 steigen. Besonders interessant für die Wahlkämpfer: Die Bundesregierung geht für 2019 bis 2021 von insgesamt 14,8 Milliarden Euro

an frei einsetzbaren Haushaltsmitteln aus – was damit geschieht, können die nächste Bundesregierung und Koalition entscheiden. Eine Neuverschuldung ist in dem Finanzplan weiterhin nicht vorgesehen. Das hat positive Folgen: Die Schuldenstandsquote soll von 66,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP, Soll 2017) auf 57 Prozent im Jahr 2021 fallen. Die Unterschreitung des Maastricht-Referenzwertes von 60 Prozent soll 2020 erreicht werden – zwei Jahre

früher als es die Bundesregierung eigentlich geplant hatte. Größter Ausgabeposten in den kommenden Jahren sind laut Finanzplan Rentenversicherungsleistungen des Bundes. Sie steigen demnach von 91 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 103,3 Milliarden Euro im Jahr 2021. Die Steuereinnahmen des Bundes sollen von 308 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 341,6 Milliarden Euro steigen. Das staatliche Gesamteinkommen im selben Zeitraum wird laut Steuerschätzung aus dem Mai 2017 von 732,4 Milliarden Euro auf 852,2 Milliarden Euro wachsen. Dem Bund stünden davon rechnerisch im Jahr 2021 353 Milliarden Euro zu, die Differenz zu den 341,6 Milliarden Euro ergebe sich aus in der Steuerschätzung nicht berücksichtigten Steuerrechtsänderungen, schreibt die Bundesregierung. Die Bundesregierung geht in dem Finanzplan von einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung aus. Das BIP wird nach ihrer Prognose im Schnitt bis 2021 um jährlich real 1,5 Prozent wachsen, der Arbeitsmarkt in guter Verfassung bleiben. „Das Wirtschaftswachstum wird im gesamten mittelfristigen Vorausschätzungszeitraum rein rechnerisch von der Inlandsnachfrage getragen“, schreibt die Bundesregierung. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird nach der Prognose um jährlich 3,2 Prozent wachsen. **Sören Christian Reimer** ■

Schäuble ist fast Rekordhalter

PARLAMENT Einen Tag vor Vollendung seines 75. Lebensjahrs am 18. September wartet Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit einem seltenen Jubiläum auf. Am kommenden Sonntag wird er derjenige Abgeordnete sein, der auf die längste Mitgliedschaft in einem deutschen Nationalparlament zurückblickt. Er überholt damit den Reichstagsabgeordneten Albert Horn, der vom 5. Februar 1874, dem Tag der Konstituierung des zweiten Deutschen Reichstags, bis zum Ende des Kaiserreichs am 9. November 1918 ununterbrochen dem Parlament angehörte. Der Zentrumspolitiker aus Neisse in Oberschlesien vertrat stets den Wahlkreis Oppeln 12. Horn, 1840 geboren und 1921 gestorben, war seit 1866 Jurist im Kirchendienst, zuletzt Fürstbischöflicher Stiftsrat. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Vertreter des Wahlkreises Offenburg seit der Konstituierung des siebten Deutschen Bundestags am 13. Dezember 1972, „überholt“ ihn am 17. September. Horn kommt auf 44 Jahre und 277 Tage, Schäuble auf einen Tag mehr. Wie oftmals bei solchen Vergleichen der Fall, sind die Angaben ergänzungs- und erklärungsbedürftig. So bestand etwa der kaiserliche Reichstag de facto auch noch nach der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 fort und wurde, obwohl politisch bedeutungslos, erst am 2. Februar 1919 für aufgelöst erklärt. Gewichtiger nimmt sich jedoch ein Vergleich von Schäubles politischer Vita mit derjenigen des bekannten SPD-Politikers August Bebel aus. Unter Berücksichtigung seiner Zugehörigkeit im Reichstag des Norddeutschen Bundes von 1867 bis 1871 – ihm gehörten mit Ausnahme Bayerns, Badens, Württemberg und des südlichen Hessen-Darmstadt alle anderen deutschen Staaten an – kommt Bebel auf eine noch geringfügig höhere parlamentarische Dienstzeit, auf insgesamt 44 Jahre und 311 Tage. Er gehörte von 1871 bis 1881 sowie von 1883 – nachgewählt am 29. Juni – bis zu seinem Tod am 13. August 1913 dem Deutschen Reichstag an. Eingerechnet sind dabei auch jene Jahre, in denen Bebel Freiheitsstrafen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und Majestätsbeleidigung“ absaß. Streng genommen gebührt also der parlamentarische Ehrenkranz noch für einige Wochen dem berühmten Sozialdemokraten. Einmalig dürfte jedoch sein, dass mit Wolfgang Schäuble vermutlich derjenige Abgeordnete den nächsten Deutschen Bundestag als Alterspräsident eröffnen wird, der auf eine fast 45-jährige parlamentarische Laufbahn zurückblicken kann. Damit dürfte er eindrucksvoll die kürzlich vorgenommene Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags bestätigen, wonach der dienstälteste Abgeordnete dieses Ehrenamt übernimmt. **Bernd Haunfelder** ■



Albert Horn (1840-1921) war 44 Jahre und 277 Tage Parlamentarier.

Neuer Richter für Karlsruhe

VERFASSUNGSGERICHT Der Bundestag hat am vergangenen Dienstag Josef Christ zum Richter des Bundesverfassungsgerichtes gewählt. Damit folgten die Abgeordneten dem Wahlvorschlag des Wahlausschusses für die Richter des Bundesverfassungsgerichtes (18/12822). Die Wahl fand geheim mit Stimmkarte und Wahlausweis statt. Insgesamt wurden 586 Stimmzettel abgegeben. Es votierten 455 Abgeordnete für und 57 gegen Josef Christ, 74 Parlamentarier enthielten sich ihrer Stimme. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit von 316 Stimmen wurde erreicht. Josef Christ folgt Wilhelm Schluckebier, Richter des Bundesverfassungsgerichts im Ersten Senat. Der Bundestag wählte den Richter dabei erstmals im Plenum. Bis zur Reform der Richterwahl 2015 (18/2737) wählten die zwölf Mitglieder des Wahlausschusses des Bundestages die Richter. Der Ausschuss ist nun für die Vorbereitung der Wahlvorschläge zuständig. Bundesrat und Bundestag wählen jeweils die Hälfte der Karlsruher Richter. **eis/scr** ■

Ja zu Air-Berlin-Stütze

STAATSHILFE Bund rechtfertigt Kredit für insolvente Airline

Die Bundesregierung hat einen 150 Millionen Euro schweren Kredit für die insolvente Fluggesellschaft Air Berlin gegen Kritik aus der Flugbranche verteidigt. Unmittelbar nach einer Genehmigung der EU-Kommission für die Finanzhilfe erklärte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD), sie hoffe dank des Vorgehens auf abgemilderte Folgen für Kunden und Personal. Ziel sei es, einen „geordneten Marktaustritt“ möglich zu machen, so die Ministerin am Dienstag bei einer außerordentlichen Sitzung des Wirtschaftsausschusses im Bundestag. „Die Arbeitnehmer sind in einer besseren Lage, wenn man einen normalen Übergang ermöglicht.“ Zudem sei es um eine sichere und zügige Rückkehr von Urlaubern aus ihren Ferienorten gegangen. Für die Zeit der Unternehmensabwicklung rechnet die Bundesregierung mit dem Verkauf der begehrten Slots an Mitbewerber von Air Berlin, womit der Kredit zurückgezahlt werden könnte. Zypries begründete die Hoffnung auf ein Begleichen der Leihgabe zudem mit der Tatsache, dass die Forderungen der Bundesregierung Vorrang vor denen anderer Gläubiger hätten. Zur Höhe des Zinssatzes äußerte sie sich unter Verweis auf das Bankgeheimnis nicht. Die Ministerin betonte, dass die Bundesregierung nicht an den Verhandlungen um einen Ver-



Nur noch vereinzelt am Himmel: Air-Berlin

kauf der insolventen Fluggesellschaft beteiligt sei. Gegenstand eines Gesprächs mit Lufthansa sei lediglich die Situation von Air-Berlin-Beschäftigten gewesen. Air Berlin mit seinen 8.000 Mitarbeitern hatte im August einen Insolvenzantrag gestellt. Das Unternehmen hatte zuvor jahrelang Verluste eingefahren. Noch bis Ende nächster Woche können Interessenten Kaufangebote für Air Berlin oder Teile davon abgeben. Zu ihnen zählen die Lufthansa, Condor und Easyjet. **pez** ■

Subventionen steigen an

FINANZEN Die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes werden bis 2018 stark ansteigen. Wie aus dem von der Bundesregierung als Unterrichtung (18/13456) vorgelegten Bericht über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2015 bis 2018 hervorgeht, wird mit einem Anstieg der Gesamtsumme von 20,9 Milliarden im Jahr 2015 auf 25,2 Milliarden 2018 gerechnet. Insgesamt seien elf Finanzhilfen neu eingeführt worden. Das Anwachsen der Subventionssumme beruhe auf Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Breitbandausbau, energetische Gebäudesanierung und Energieeffizienz, schreibt die Regierung. Größte Finanzhilfe des Bundes ist die Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung der KfW-Förderbank, die von 1,48 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 1,794 Milliarden im kommenden Jahr steigen soll. Im Erbd- oder Schenkungsfall profitieren Erwerber von Betrieben und Anteilen an Kapitalgesellschaften von der Steuervergünstigung nach Paragraph 13a Erbschaftsteuergesetz. Diese allerdings nur die Länderkassen belastende Steuervergünstigung hat ein Volumen von 5,7 Milliarden Euro und ist damit die größte Steuervergünstigung. **hle** ■



Anzeige

Der vergessene Wähler
 Manfred Güllner
Der vergessene Wähler
 Vom Aufstieg und Fall der Volksparteien
 2017, 232 S., brosch., 19,95 €
 ISBN 978-3-8288-3927-4

Irgendwann – lange bevor es die AfD gab – sind den großen Volksparteien in Deutschland die Wähler abhandengekommen. Die Schrumpfkur für CDU/CSU und SPD war allerdings weitgehend selbstverschuldet. Die Gründe analysiert fors-a-Chef **Prof. Manfred Güllner**.

www.tectumverlag.de
 email@tectumverlag.de
 Tel.: +49 72 21.21 04-310

Tectum Verlag

AUFGEKEHRT

Erst denken, dann wählen

Mit Wahlkampfparolen ist es so eine Sache – die gehen gerne nach hinten los. Diese Erfahrung musste schon die Piratenpartei machen, als sie auf Wahlplakaten verkündete: „Wir sind die mit den Fragen. Ihr seid die mit den Antworten.“ Seitdem haben die Piraten von den Wählern eine Menge Antworten bekommen – allerdings waren die alles andere als hochprozentig. Auch der aktuelle Wahlslogan „Digital first. Bedenken second“ von FDP-Frontmann Christian Lindner hat so seine Tücken. Früher oder später sehen sich Eltern ja dazu veranlasst, ihren Kindern den wohlgemeinten Rat „Erst denken, dann reden“ auf den Weg zu geben. Aber mit einer solch autoritären Erziehung mögen sich echte Liberale eben nicht anfreunden. Welch verheerende Wirkung eine dermaßen digital-liberale Geisteshaltung jedoch entfalten kann, lässt sich seit geraumer Zeit an den täglichen Twitter-Einträgen des amerikanischen Präsidenten Donald Trump ablesen. Oder an diversen Facebook-Einträgen, die unter der Kategorie „hate speech“ laufen. Ein paar Bedenken vor der digitalen Freisetzung wären da schon wünschenswert gewesen. Ganz zu schweigen von der meist reichlich bedenklichen Rechtschreibung. Eines sollten die Freunde der liberalen Digitalisierung in jedem Fall aber bedenken. Gewählt wird in Deutschland – ganz last century – noch immer analog. Bevor die Wähler ihr Kreuz auf dem Wahlzettel aus Papier mit einem klassischen Stift machen, werden sie ihre Entscheidung gründlich bedenken. Sollten sie zumindest. Wie formulierte es der französische Philosoph René Descartes doch so schön? „Ich denke, also bin ich.“ *Alexander Weinlein*

VOR 40 JAHREN...

Verhüllter Reichstag

14.9.1977: Christo präsentiert sein Projekt in Bonn Sein aktuelles Projekt heißt „Mastaba“ und soll in der Wüste von Abu Dhabi entstehen: eine riesige Skulptur aus Ölfässern. Die ersten Skizzen entstanden 1977. Dass es bis zur Verwirklichung seiner Ideen oft Jahre dauert, ist dem Künstler Christo nicht fremd. Auch sein wohl bekanntestes Projekt nahm langen Anlauf. Am



Der Künstler Christo mit dem Reichstagsmodell bei einer Ausstellung 1978

14. September 1977 stellte der damals 42-Jährige seinen „Wrapped Reichstag“ im Rheinischen Landesmuseum Bonn vor. Doch bis das Parlamentsgebäude verhüllt war, sollte es bis 1995 dauern. Die Idee stammte schon aus dem Jahr 1971. Ein Freund schickte dem Künstler damals eine Postkarte des Reichstags. Christo war von der Symbolik des Gebäudes in Mauernähe begeistert. Begeisterung entfachte er 1977 aber nicht bei allen. Während Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz und Ex-Kanzler Willy Brandt (beide SPD) das Projekt unterstützten, lehnte Bundestagspräsident Karl Carstens (CDU) die Idee ab. Er fürchtete um den Symbolcharakter des Reichstags. „Stinksauer“ sei er damals gewesen, erzählte Christo später. Auch als Carstens' Nachfolger Richard Stücklen (CSU) sich 1981 gegen die Verhüllung aussprach. Einige Jahre fertigte Christo keine Reichstags-Skizzen mehr an – bis Willy Brandt den Künstler und dessen inzwischen verstorbene Frau Jeanne-Claude ermuntert habe, ihr Projekt nicht fallen zu lassen. In einem Interview mit der „Hannoverschen Allgemeinen“ erklärte Christo kürzlich, für die Verwirklichung des „Wrapped Reichstag“ habe erst die Mauer fallen müssen. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: EINGANGSHALLE DES REICHSTAGSGEBÄUDES



Der Künstler Gerhard Richter bei der Übergabe seines Bilderzyklus „Birkenau“ im Reichstagsgebäude

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

»Vor den Erinnerungen nicht wegducken«

Schwarz, Rot, Gold – hinter Glas leuchten die Nationalfarben an der Wand in der Eingangshalle des Reichstagsgebäudes. Auf 21 mal drei Metern, monumental, durch das Glas aber zugleich an die Zerbrechlichkeit eines demokratischen Gemeinwesens erinnernd – so prägt die Installation des Künstlers Gerhard Richter die Eingangshalle des Parlaments seit 1999. Seit vergangener Woche wird sie durch ein weiteres Werk des weltbekannten Malers ergänzt: den vierteiligen Bilderzyklus „Birkenau“. Schwarz und Grautöne, unterbrochen von Tiefrot, Dunkelgrün und stechendem Weiß hängen der schwarz-rot-goldenen Komposition nun gegenüber. Düster, beklemmend wirken die vier ungenständlichen Gemälde. Und diesen Effekt sollen sie haben: Hinter den abstrakten Farbkompositionen verbergen sich konkrete Gräueltaten der deutschen Geschichte. „Birkenau“ ist eine Auseinandersetzung Richters mit dem nationalsozialistischen Massenmord. Ausgangspunkt des Zyklus waren Fotografien, die ein Häftling im August 1944 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau heimlich aufgenommen hatte. Fotograf und Abgebildete gehörten zum sogenannten Sonderkommando, einer isolierten Gruppe von Häftlingen, die die

Exekution der anderen Gefangenen vorbereiten und Leichen verbrennen mussten. Anschließend wurden auch sie ermordet. Im Jahr 2008 wird eine der historischen Aufnahmen zur Buchbesprechung von „Bilder trotz allem“ des französischen Kunsthistorikers Georges Didi-Huberman in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ abgedruckt. Die Fotografie lässt Richter nicht los. „Wie Gartenarbeiter, die Abfälle verbrennen“, hätten die Häftlinge gewirkt, sagte der Künstler einmal in einem Interview. „Das stand in so einem erschreckenden Gegensatz zum tatsächlichen Geschehen.“ Richter liest das Buch, das sich mit den vier Fotografien aus dem größten NS-Vernichtungslager auseinandersetzt. Bald darauf beginnt er mit der Arbeit an dem Bilderzyklus. Zunächst überträgt er die Fotos auf Leinwand. Doch schnell merkt er, dass das Konzept nicht aufgeht. Es gebe Fotos, die er durchs Abmalen nur zu schlechten Bildern machen könnte, sagte er dazu vor Jahren. Man könne diese beschreiben, ihnen eine Musik oder ein abstraktes Bild widmen. Abkratzen, Übermalen, Bearbeiten mit der Rakel folgen, bis die vier abstrakten Bilder entstehen. Es handle sich

um „eine sehr konkrete Auseinandersetzung mit einer sehr konkreten, nicht löschbaren, nicht verdrängbaren Phase der deutschen Geschichte“, betonte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bei der Übergabe des Werks in der vergangenen Woche. Der „Birkenau“-Zyklus sei Ergebnis eines langen Prozesses der Auseinandersetzung mit den großen traumatischen Erfahrungen der deutschen Geschichte. Der 1932 in Dresden geborene Richter sucht seit den 1960er Jahren künstlerische Ausdrucksformen für das Erinnern an Nationalsozialismus und die Opfer des Holocausts. Er malte seinen Onkel Rudi in Wehrmachtsuniform ebenso wie seine in der „Euthanasie“-Anstalt Großschweidnitz ermordete Tante Marianne. 2014 folgte die Birkenau-Serie, deren fotografische Reproduktionen nun im Reichstagsgebäude zu sehen sind. Parlamentspräsident Lammert kann sich keinen besseren Ort für das Werk vorstellen. „Jeder, der jetzt an diesen Platz der deutschen Demokratie will, muss hier hindurch – zwischen Birkenau und Nationalflagge“, sagte er. „Das sind Erinnerungen, vor denen wir uns nicht wegducken dürfen, sondern die wir im Bewusstsein behalten müssen.“ *Eva Bräth*

LESERPOST

Zur Ausgabe 34-36 vom 21. August 2017, »Stadt mit Natur« auf Seite 5:

Frau Hendricks wird mit den Worten zitiert: „Wo Verdichtung Prinzip ist, wird Freiraum zum knappen Gut“. Durch einen Beitrag des niederländischen Professors Brömmelstroet wurde mir dagegen klar, dass Verdichtung eine wichtige Vorbedingung für ein fahrradfreundliches Stadtmilieu ist. Am Beispiel Amsterdams schildert Brömmelstroet, dass der Radverkehr beste Chancen hat, wenn die durchschnittliche Entfernungen für alltägliche Erledigungen einige Kilometer nicht überschreiten. Außenbezirke sind zu großflächig, weshalb dort eher das Auto für tägliche Erledigungen genutzt wird. Deshalb spielt das Fahrrad in den USA kaum eine Rolle. Das gilt auch für viele andere Städte, wo Hochbau „un-

ten“ Platz für eine großflächig dimensionierte Infrastruktur schafft. Der dänische Architekt Jan Gehl, Vater des Kopenhagener Fahrraderfolges, argumentiert zudem, dass die empfundene Lebensqualität einer Stadt mit ihrer Verdichtung zunimmt. Menschen fühlen sich in kleinräumigen Strukturen wohler.

Robbert Maris Kreuzau

Zur Ausgabe 34-36 vom 21. August 2017, »Das Versprechen der Stadt« auf Seite 1:

Die Analyse der beschleunigten Urbanisierung greift zu kurz. Eine Hauptgefahr ist, dass bei diesem Prozess die Lebensqualität im erheblichen Maße verloren geht. Schließlich gibt es Städte wie etwa Hamburg, wo eine starke Verdichtung

stattfindet, durch die selbst Hinterhöfe verschwinden sollen, die bislang von Kindern zum Spielen benutzt wurden. Oder auch historisch bedeutsame Orte wie das alte, noch zum Teil aus der Kaiserzeit stammende Stadion des Fußballklubs Altona 93. Deshalb muss die Politik bei der Steuerung dieser Entwicklung sensibler agieren, wobei die Maxime nicht nur darauf liegen sollte, möglichst viele neue Wohnungen zu bauen, sondern das Gemeinwohl als solches im Blick zu behalten.

Rasmus Ph. Helt Hamburg

Zur Ausgabe 32-34, Gastkommentare zum Ehegattensplitting auf Seite 2:

Keiner der beiden Kommentatoren würdigt ein Wort der Altersversorgung des

Partners, der beim Ehegattensplitting das Einkommen in der höheren Steuerklasse versteuert. Damit fehlt ein wesentlicher Aspekt der Betrachtung pro oder contra Ehegattensplitting. Denn die Rente bemisst sich am Netto-Einkommen. Ja, man kann sich auch auf eine gleiche Steuerklasse einigen, es liegt am „Steuer-Tarif“. Diese Feinheit, auf die Herr Schäfers verweist, ist wenig hilfreich, wenn sich im Steuertarif dann nicht abbildet, dass die Ehepartner Kinder versorgen. Hier muss das Steuerrecht angepasst werden. Über das Faktorverfahren, das Herr Schäfers erwähnt, sollte es mehr Informationen geben. Es bleibt die schale Erkenntnis, dass das Steuerrecht diejenigen mit dem höheren Einkommen in die mächtigere Position setzt.

Die wirklich gute Themenausgabe gibt keinen Hinweis, ob das Elterngeld sich auf die Bereitschaft auswirkt, ein zweites oder gar drittes Kind zu bekommen. Das Elterngeld wird nach dem Einkommen vor der ersten Niederkunft berechnet. Wenn die Familie weitere Kinder bekommt, gibt es nur das Mindest-Elterngeld. Diese Eltern bekommen vom Staat gezeigt, dass er daran nicht gedacht hat. Im besten Fall ist das die Deutung. Die meisten fühlen sich vom Staat im Stich gelassen und wenden sich von der Politik ab. Dass das Thema in der Ausgabe nicht behandelt wird, scheint mir Ausdruck dieser inzwischen üblichen „Ein-Kind“-Mentalität zu sein.

Karen Lill Schifferstadt

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 18. September.

PERSONALIA

>Fritz Gautier † Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD

Fritz Gautier starb am 10. August im Alter von 67 Jahren. Der promovierte Chemiker und Manager in der Energiewirtschaft trat 1973 der Sozialdemokratischen Partei bei. Er war zeitweise im Bezirksvorstand Braunschweig sowie im Landesvorstand Niedersachsen aktiv. Von 1980 bis 1987 gehörte er dem Europäischen Parlament an. Im Bundestag wirkte Gautier im Wirtschaftsausschuss mit.

>Gerhard Heimann † Bundestagsabgeordneter 1983-1990, SPD

Am 10. August starb Gerhard Heimann im Alter von 83 Jahren. Der Jurist und Hochschullehrer aus Berlin, SPD-Mitglied seit 1959, gehörte von 1967 bis 1971 dem dortigen Abgeordnetenhaus an. 1971 wurde er Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst, leitete von 1977 bis 1979 die Senatskanzlei und amtierte von 1979 bis 1981 als Senator für Bundesangelegenheiten. Im Bundestag war Heimann im innerdeutschen Ausschuss tätig.

>Carola von Braun Bundestagsabgeordnete 1980-1983, FDP

Carola von Braun wird am 12. September 75 Jahre alt. Die Redakteurin trat 1974 der FDP bei und stand von 1990 bis 1994 an der Spitze ihrer Partei in Berlin. Von 1986 bis 1994 gehörte sie dem Bundesvorstand und von 1991 bis 1994 dem FDP-Präsidium an. Im Bundestag arbeitete von Braun im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit. Von 1990 bis 1994 gehörte sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an.

>Adolf Roth Bundestagsabgeordneter 1983-2002, CDU

Am 15. September vollendet Adolf Roth sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Volkswirt und Kaufmann aus Gießen trat 1957 den Christdemokraten bei und stand von 1975 bis 1996 an der Spitze des CDU-Kreisverbandes Vogelsberg. Von 1968 bis 1975 war er Stadtverordneter in Gießen und gehörte von 1970 bis 1983 dem hessischen Landtag an. Roth, von 1993 bis 1998 Mitglied des Vorstands seiner Bundestagsfraktion, engagierte sich seit 1983 im Haushaltsausschuss, dessen Vorsitz er von 1998 bis 2002 inne hatte.

>Wilfried Lorenz Bundestagsabgeordneter seit 2013, CDU

Am 17. September wird Wilfried Lorenz 75 Jahre alt. Der ehemalige Oberstleutnant und Kaufmann aus Hannover schloss sich 1975 der CDU an und amtierte dort zwölf Jahre als stellvertretender Kreisvorsitzender seiner Partei. Von 1986 bis 2016 war er hannoverscher Stadtverordneter und gehörte von 1996 bis 2004 der Regionsversammlung Hannover an. Im Bundestag ist Lorenz im Verteidigungsausschuss tätig.

>Petra Merkel Bundestagsabgeordnete 2002-2013, SPD

Petra Merkel vollendet am 18. September ihr 70. Lebensjahr. Die kaufmännische Angestellte aus Berlin wurde 1974 Mitglied der SPD. Von 1981 bis 1989 gehörte sie der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg und von 1989 bis 2001 dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Charlottenburg-Wilmersdorf, seit 2005 Mitglied im Vorstand ihrer Bundestagsfraktion, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Haushaltsausschuss. Von 2009 bis 2013 stand sie als erste Frau an der Spitze des Ausschusses.

>Cornelia Christiane von Teichman Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP

Am 18. September wird Cornelia Christiane von Teichman 70 Jahre alt. Die Ärztin aus Hamburg trat 1969 der CDU bei und wurde 1989 in den Landesvorstand der Partei gewählt. Im Bundestag engagierte sie sich im Auswärtigen Ausschuss sowie im EG-Ausschuss.

>Wolfgang Schäuble Bundestagsabgeordneter seit 1972, CDU

Am 18. September vollendet Wolfgang Schäuble sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Offenburg trat 1965 der CDU bei. 1990 wurde er Mitglied des Bundesvorstands und amtierte von 1998 bis 2000 als CDU-Vorsitzender. Seit 2000 ist er Mitglied des Präsidiums seiner Partei. Schäubles politische Karriere war stets eng mit Bundeskanzler Helmut Kohl verbunden. 1984 berief Kohl ihn zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Bundeskanzleramts und übertrug ihm 1989 das Bundesinnenministerium. Von 1991 bis 2000 stand er an der Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2005 übernahm Schäuble abermals das Innenministerium und 2009 das Finanzministerium. Schäuble, der seit 1972 den Wahlkreis Offenburg vertritt, ist seit Gründung der Bundesrepublik mit Ausnahme des von 1949 bis 1955 amtierenden Außenministers Konrad Adenauer der einzige Minister, der noch im Alter von 75 Jahren im Amt ist. *bmh*

SEITENBLICKE



Prof. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Im Deutschen Bundestag schlägt das Herz der Demokratie



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Ich begrüße Sie alle herzlich zur letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in der 18. Wahlperiode. Für viele Kolleginnen und Kollegen – auch für mich – ist dies zugleich die letzte Sitzung als gewählte Abgeordnete hier im Hohen Haus. Nicht wenige von uns haben in der Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag mit der Überwindung der Teilung unseres Landes die größte, spektakulärste und zugleich friedliche Veränderung in der jüngeren Geschichte unseres Landes nicht nur miterlebt, sondern auch aktiv mitgestaltet.

Um zu würdigen, was wir heute längst für selbstverständlich halten, muss man gelegentlich daran erinnern, wie es vorher war. Als ich 1980 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, war Deutschland geteilt und Europa auch, in zwei rivalisierenden Militärbündnissen organisiert, die sich bis an die Zähne bewaffnet an einer durch Mauer und Stacheldrahtzäune befestigten deutsch-deutschen Grenze gegenüberstanden. Damals, Anfang der 1980er-Jahre – Bundeskanzler war Helmut Schmidt –, wurde innerhalb und außerhalb des Parlamentes leidenschaftlich über den sogenannten NATO-Doppelbeschluss gestritten, den die einen für den

Anfang vom Ende der westlichen Zivilisation hielten und bekämpften und die anderen für die Voraussetzung der territorialen Integrität der westlichen Staatengemeinschaft.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges und – wie fast alle glaubten – den damit verbundenen unverrückbaren Verhältnissen im eigenen Land wie in Europa haben wir in den 1980er-Jahren im Deutschen Bundestag vorsichtig damit begonnen, dem zunächst in einer ehemaligen Pädagogischen Akademie provisorisch untergebrachten Deutschen Bundestag angemessene Arbeitsbedingungen zu verschaffen, und haben schließlich den Bau eines neuen Plenarsaales beschlossen, der, als er fertig war, nicht mehr gebraucht wurde. Denn inzwischen war die Mauer in Berlin gefallen und mit der Mauer zugleich die Verhältnisse, die scheinbar ein für alle Mal in Beton gegossen waren. Wenn wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr, wie in jedem Jahr, am 9. November an den Fall der Mauer 1989 erinnern, dann ist seitdem so viel Zeit vergangen, wie die Mauer überhaupt gestanden hat: 28 Jahre.

Der Bau wie der Fall der Mauer waren das Symbol der politischen Kräfteverhältnisse in Europa und ihrer Veränderungen.

Auch der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Zeit, vor und nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit und nach dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin, natürlich immer wieder verändert, sich immer wieder neu zusammengesetzt; aber im Wesentlichen arbeitet er in Berlin ganz genau so, wie es in Bonn eingeübt worden war. Vieles hat sich verändert, vieles hat sich bewährt und ist geblieben.

Der Deutsche Bundestag ist im Vergleich zu anderen Parlamenten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union in seinen verfassungsmäßigen Aufgaben, in sei-

ner Zusammensetzung und in seiner Ausstattung stärker und einflussreicher als die meisten Parlamente auf diesem Globus. Für Minderwertigkeitskomplexe besteht kein Anlass. Aber der Deutsche Bundestag ist nicht immer so gut, wie er sein könnte und vielleicht auch sein sollte. Dass Parlamente Regierungen nicht nur bestellen, sondern auch kontrollieren, ist im Allgemeinen unbestritten; im konkreten parlamentarischen Alltag ist der Eifer bei der zweiten Aufgabe nicht immer so ausgeprägt wie bei der ersten.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

So steht es im Grundgesetz. Und ganz genau so ist es auch gemeint.

Dass die Regierungsbefragung in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages noch immer zu den Themen stattfindet, die die Regierung vorgibt und nicht das Parlament, ist unter den Mindestansprüchen, die ein selbstbewusstes Parlament für sich gelten lassen muss. Das wird auch dadurch nicht völlig ausgeglichen, dass es inzwischen immerhin gelungen ist, sicherzustellen, dass leibhaftige Mitglieder der Bundesregierung an der Regierungsbefragung teilnehmen.

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haus zweifellos immer wieder herausragende Debatten erlebt; aber bei selbstkritischer Betrachtung sollten wir einräumen, dass in der Regel hier im Hause immer noch zu häufig geredet und zu wenig debattiert wird.

Wir beraten in jeder Legislaturperiode einige Hundert Gesetzentwürfe; ich glaube, eher zu viele als zu wenige.

Dass wir gelegentlich offensichtlich Dringliches vertagen und dafür weniger Wichtiges für dringlich erklären, dazu fällt mir mindestens ein prominentes Beispiel ein, das ich jetzt nicht mehr ausdrücklich vortrage.

Wir haben uns, meine Damen

und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, von der Asylgesetzgebung in den 1990er-Jahren über die Föderalismusreformen bis hin zum kürzlich verabschiedeten neuen Länderfinanzausgleich einen allzu großzügigen Umgang mit unserer Verfassung angewöhnt und sie häufiger und immer umfangreicher, regelmäßig auch komplizierter verändert, als es ihrem überragenden Rang und dem Respekt entspricht, den wir dem Gestaltungsanspruch künftiger Parlamente und ihrer Mehrheiten schulden.

Hier im Deutschen Bundestag schlägt das Herz der Demokratie, und hier im Bundestag heißt auch hier im Bundestag, nicht in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages.

Verlässlich kann und muss es in dem gemeinsamen, aber nicht immer präsenten Bewusstsein schlagen, dass eine vitale Demokratie nicht daran zu erkennen ist, dass am Ende Mehrheiten entscheiden, sondern daran, dass auf dem Weg bis zur Entscheidung Minderheiten ihre Rechte wahrnehmen können.

Dafür zu sorgen, ist die nicht immer einfache, aber nach meinem Verständnis vornehmste Aufgabe des Parlamentspräsidenten.

Umso dankbarer bin ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen dieser wie der beiden vorhergehenden Legislaturperioden, dass Sie mich gleich dreimal, für insgesamt zwölf Jahre, in dieses Amt gewählt haben. Ich habe es gerne, nach besten Kräften und gelegentlich auch mit einem gewissen Vergnügen ausgeübt, und ich empfinde es als Privileg meiner Biografie – neben dem Glück, in einem freien Lande zu leben –, meinem Land an dieser prominenten Stelle dienen zu können.

Eine schönere, anspruchsvollere Aufgabe hätte es für mich nicht geben können. Deswegen möchte ich mich bei allen bedanken, die mich dabei in diesen Jahren begleitet und unterstützt haben: bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Fraktionen, bei den Parteien, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundestagsverwaltung, den vielen Unsichtbaren, ohne die dieses Parlament nicht so leistungsfähig sein könnte, wie es glücklicherweise ist,

bei den Medien für mal diese und mal andere Berichterstattungen und insbesondere bei den Wählerinnen und Wählern.

Vieles aus diesen Jahren wird mir und vermutlich all denen, die dabei gewesen sind, ganz gewiss in Erinnerung bleiben: die erste Rede eines deutschen Papstes vor einem gewählten deutschen Parlament, die denkwürdige gemeinsame Sitzung des Deutschen Bundestages mit der französischen

Nationalversammlung hier im Reichstagsgebäude aus Anlass des 50. Jahrestages des Élysée-Vertrages – damals konnte man gewissermaßen besichtigen, wie nahe wir uns inzwischen sind und wie gründlich sich dieses Europa

verändert hat –, die großen Ansprachen zum Beispiel des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres oder des damaligen polnischen Staatspräsidenten Bronislaw Komorowski zur Erinnerung an traumatische Ereignisse unserer gemeinsamen Geschichte, aber auch die Auftritte von Navid Kermani und Wolf Biermann zum Geburtstag des Grundgesetzes und zum Jahrestag des Mauerfalls, die sich jeweils auf ihre Weise von dem bei solchen Gelegenheiten im Hohen Haus Erwarteten und Üblichen deutlich unterschieden.

Und dass mal den einen dies und mal den anderen jenes nicht nur gefallen hat, das war zugegebenermaßen eingepreist.

Ich weiß nicht, ob es kühn ist, nach dem Dank zum Schluss noch eine Bitte vorzutragen – oder am liebsten gleich zwei.

Zunächst an die Mitglieder des nächsten und künftiger Bundestage: Bewahren Sie sich bitte, wenn eben möglich, die nach den Abstürzen unserer Geschichte müh-

Die Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Eine schönere, anspruchsvollere Aufgabe hätte es für mich nicht geben können.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

sam errungene Fähigkeit und Bereitschaft, über den Wettbewerb der Parteien und Gruppen hinweg den Konsens der Demokraten gegen Fanatiker und Fundamentalisten für noch wichtiger zu halten.

Ich habe in den vergangenen Jahren viele, viele Parlamente kennengelernt und erlebt, und wenn ich auf irgendetwas tatsächlich stolz bin, dann darauf, dass dieses Parlament, mehr als irgendein anderes, das ich je erlebt habe, bereit und in der Lage ist, wenn es wirklich wichtig ist, das gemeinsame

Suchen und Vertreten gemeinsamer Lösungen für noch wichtiger zu halten als den üblichen Konkurrenzreflex. Es muss auch in Zukunft möglich sein, bei den ganz großen Problemen und Streitfragen, die polarisieren und das Land zu spalten drohen, Mehrheiten in diesem Parlament zu suchen und zu finden, die größer oder anders sind als die Mehrheiten, über die eine jeweilige Koalition ohnehin verfügt.

Dann habe ich eine Bitte an die Wählerinnen und Wähler: Neh-

men Sie bitte das Königsrecht aller Demokraten, in regelmäßigen Abständen selbst darüber befinden zu können, von wem sie regiert werden wollen, so ernst, wie es ist.

Das ist für uns heute scheinbar eine Selbstverständlichkeit; aber dieser Zustand ist, wie wir alle wissen, weder der Normalzustand der deutschen Geschichte, noch ist es die Regel für die ganz große Mehrheit der heute auf diesem Globus lebenden Menschen. Viele Millionen Menschen in aller Welt beneiden uns um die Einfluss-

möglichkeiten, die wir haben und die ihnen vorenthalten sind.

Autoritäre Regime brauchen kein bürgerschaftliches Engagement. Sie mögen es nicht, sie behindern es, und wenn es nicht anders geht, verbieten sie es. Die Demokratie braucht es.

Und wir wissen aus noch nicht ganz so lange zurückliegenden Phasen der deutschen Geschichte, dass auch Demokratien ausbluten können, dass sie ihre innere Kraft verlieren, wenn sie die Unterstützung der Menschen verlieren, für

die es sie gibt. Die Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Das ist die wichtigste Lektion, die ich in meinem politischen Leben gelernt habe, und dieser Einsicht und dieser Verantwortung werde ich verpflichtet bleiben. In diesem Sinne bleiben wir ganz sicher miteinander verbunden.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Anwesenden erheben sich)

Debatte zur Situation in Deutschland / 245. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 5. September 2017

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Wir wollen nicht im Technikmuseum enden



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Gestatten Sie, lieber Herr Präsident, dass ich Ihnen zu Beginn im Namen der Bundesregierung meinen herzlichen Dank übermittle; das ist mit dem Vizekanzler abgestimmt. Wir haben Ihre Arbeit immer geschätzt. Wenn nötig, haben Sie uns den im Grundgesetz festgelegten Platz zugewiesen, und wir haben nach bestem Wissen und Gewissen versucht, uns daran zu halten.

Ich erinnere mich in den letzten drei Legislaturperioden an dramatische Situationen, etwa in der weltweiten Finanzkrise, in der Euro-Krise und in der Flüchtlingskrise, als viele Flüchtlinge zu uns kamen. In diesen Krisen ist es Regierung und Parlament trotz großer Zeitnot und trotz drängendster Entscheidungen immer gelungen, in einem guten Einvernehmen und bei einer schrittweisen Stärkung der Rolle des Parlaments Lösungen zu finden, die, glaube ich, für uns als Bundesrepublik Deutschland richtig und gut waren, aber auch Lösungen zu finden, die uns als verlässlichen Part-

ner in Europa und in der Welt dargestellt haben. Dafür möchte ich von Herzen danken.

Für mich war eine der emotionalsten Situationen, als wir vor kurzem über den Bund-Länder-Finanzausgleich abgestimmt haben; im Gegensatz zum heutigen Tag war auch die Bundesratsbank gut besetzt. Das waren wirklich schwierigste Verhandlungen, in denen es um die Fragen ging: Welche Rolle spielt der Bund? Welche Rolle spielen die Länder? Dass dies trotz aller Kontroversen in einer so guten Atmosphäre verhandelt werden konnte, spricht für unser Land. Daran haben Sie, lieber Herr Lammert, lieber Norbert, einen ganz entscheidenden Anteil. Danke dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir haben in den letzten vier Jahren vieles erreicht. Unbestritten geht es Deutschland in vielen Bereichen gut. Aber wir dürfen uns auf diesen Erfolgen keinesfalls ausruhen.

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir an der Schwelle zu einer neuen Entwicklungsetappe stehen. Wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland auch in 10 oder 15 Jahren wirtschaftlich erfolgreich und sozial gerecht ist und noch mehr Menschen eine gute und sichere Arbeit haben.

Wir haben eben den Blick auf die Zeit der deutschen Einheit zurückschweifen lassen. Seitdem sind 27 Jahre vergangen. Deutschland hatte Anfang der 90er-Jahre die Kraft, die deutsche Einheit gut zu bewältigen. Ein Jahrzehnt später waren wir der kranke Mann

Europas. Es ist uns dann gelungen – ganz wesentlich mit der Agenda 2010, die wir von CDU/CSU immer unterstützt haben –, wieder die Kraft zu finden, aufzuholen. Wir sind heute Wachstumsmotor. Wir sind heute ein Land mit der höchsten Beschäftigungsquote, die wir jemals hatten, und in Europa erfahren wir dafür sehr viel Anerkennung.

Aber ich habe das Gefühl, dass wir wieder an einer Schwelle zu einer neuen Etappe stehen. Diese hat ganz wesentlich mit dem Treiber unserer heutigen Entwicklung zu tun: mit dem digitalen Fortschritt.

Das, was wir zurzeit in der Automobilindustrie erleben, zeigt – wie in einem Brennglas – die Summe der neuen Herausforderungen. Die Automobilindustrie ist eine der Säulen des deutschen wirtschaftlichen Erfolgs. Die deutsche Automobilindustrie ist weltweit anerkannt. Die Produkte der deutschen Automobilindustrie verkörpern das, was weltweit unter „Made in Germany“ verstanden wird. In der Automobilindustrie haben im Übrigen 800 000 Menschen und mehr ihren Arbeitsplatz. Diese Menschen haben sich nichts zuschulden kommen lassen; sie haben gut, sehr gut oder gar hervorragend gearbeitet. Aber sie sind jetzt in der Gefahr, dass das, was an Vertrauensverlust durch die Führung von Automobilkonzernen entstanden ist, auf sie zurückschlägt.

Wir haben hier eine gesamtge-

sellschaftliche Aufgabe, Fehler beim Namen zu nennen, aber auch gleichzeitig die Zukunft der deutschen Automobilindustrie sichern zu helfen.

Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen – durch vernünftige Rahmenbedingungen, wie wir das auch mit der Industrie 4.0 in unserer Digitalen Agenda getan haben –, dass die Voraussetzungen für den Übergang der Produktion in ein digitales Zeitalter geschaffen werden, in dem nicht nur die Menschen durch Smartphones vernetzt sind, sondern in dem alle Gegenstände miteinander vernetzt werden – das ist das Internet der Dinge –, damit die Produktion auch weiter erfolgreich erfolgen kann.

Wir werden noch auf Jahre und Jahrzehnte Verbrennungsmotoren brauchen, und trotzdem werden wir gleichzeitig den Weg in eine neue Mobilität mit neuen Antrieben gehen müssen. Wir von der Christlich-Demokratischen Union und von der CSU sagen:

Deutschland geht es in vielen Bereichen gut. Aber wir dürfen uns auf den Erfolgen nicht ausruhen.

Wir arbeiten nicht mit Verboten, sondern wir wollen solche Übergänge vernünftig ermöglichen, mit Blick auf die Beschäftigten und auf den technologischen Wandel.

Ich bin überzeugt, dass dies auch der Ansatz der gesamten Bundesregierung ist.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern seitens der Bundesregierung ein Gespräch mit den Kommunen gehabt, die unter Grenzwertüberschreitungen leiden und die von Fahrverboten bedroht sind. Ich sage ausdrücklich für die ganze Regierung: Wir werden alle Kraft darauf lenken, dass es zu solchen Verboten nicht kommt.

Wir müssen den Menschen, die sich im Übrigen im guten Glauben und von uns auch ermuntert Dieselautos gekauft haben, die

Möglichkeit geben, dass sie diese Autos auch nutzen können. Im Übrigen ist es so, dass wir den Kauf von Dieselaautos – davon gibt es etwa 15 Millionen in Deutschland – deshalb empfohlen haben, weil dadurch CO₂-Emissionen eingespart wurden. Gegen den Diesel vorzugehen, bedeutet gleichermaßen auch, gegen die CO₂-Ziele, die wir uns gesetzt haben, vorzugehen. Und das darf nicht passieren.

Deshalb brauchen wir saubere Dieselaautos, und wir brauchen den Übergang zu einer modernen Mobilität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht nicht wieder gut, dass in der Automobilindustrie unverzeihliche Fehler vorgefallen sind. Deshalb können wir auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Aber das berechtigt uns nicht, sozusagen die gesamte Branche ihrer Zukunft zu berauben.

Jetzt geht es darum, mit Maß und Mitte die richtigen Wege zu finden. Und dafür steht diese Bundesregierung, meine Damen und Herren, mit Blick auf die Beschäftigten und die Wirtschaftskraft Deutschlands.

Beim Thema Auto zeigen sich die großen Herausforderungen, denen wir entgegensehen. Ich nenne stichwortartig nur die Bereiche „autonomes Fahren“ und „neue Antriebe“, die wir technologiefördernd fördern sollten. Gleichzeitig gibt es große Herausforderungen hinsichtlich des Klimaschutzes.

Wir werden dies alles natürlich auch mit Blick auf das Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 umzusetzen haben. Deshalb hat die Bundesregierung einen Klimaschutzplan vorgelegt. Es ist schon absehbar, dass in der nächsten Legislaturperiode, gleich im Jahre 2018, dieser Klimaschutzplan spezifiziert werden muss. Wieder wollen wir das nicht gegen die Betroffenen machen,

sondern im Gespräch mit den Betroffenen. Wenn wir zum Beispiel über Braunkohlegebiete sprechen und den Ausstieg fordern, ohne den Menschen in irgendeiner Weise eine Perspektive zu geben, dann fördert das nicht die Bereitschaft, sich für den Klimaschutz einzusetzen, sondern verhindert sie. Deshalb sind wir dafür, mit den Betroffenen Alternativen zu erarbeiten und erst dann Entscheidungen zu treffen. Ich finde, das sind wir den Menschen schuldig. So haben wir es im Übrigen auch bei der Steinkohle gemacht, um es einmal ganz klar zu sagen.

Wir haben mit der Digitalen Agenda vieles vorangebracht. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode da ansetzen müssen und manches noch beschleunigen und straffen müssen. Wir sind nicht in allen Bereichen Spitze weltweit, was den digitalen Fortschritt und die Einführung entsprechender Maßnahmen anbelangt. Wir haben im Bereich der Wirtschaft vieles erreicht, insbesondere bei den großen Unternehmen. Die Bundesregierung hat mittelständischen Unternehmen viel Hilfestellung gegeben. Sie hat in dieser Legislaturperiode die Start-ups gefördert, sodass wir sagen können: Wir stehen deutlich besser da als vor vier Jahren. Aber die Welt schläft nicht. Die Welt entwickelt sich in rasantem Tempo. Deshalb wird es notwendig sein, hier weiterzuarbeiten. Wir haben früher das MP3-Format erfunden. Wir haben den ersten Computer gebaut. Aber wir wollen als Deutschland nicht im Technikmuseum enden, sondern wir wollen vorne dabei sein, wenn es um die Entwicklung neuer Güter und neuer Produktionsmöglichkeiten geht. Da haben wir viel zu tun.

Das bedeutet auch, dass wir seitens des Staates und seitens der Verwaltung vorangehen müssen. Ich bin sehr dankbar, dass es im Rahmen der Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen möglich war, sich zu einigen und das Grundgesetz so zu ändern, dass Bund, Länder und Kommunen ein gemeinsames Bürgerportal erarbeiten werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen, um das umzusetzen, sind von der Bundesregierung geschaffen worden. Wir haben uns einen Zeitraum von fünf Jahren vorgenommen, in dem wir das erreichen wollen. Wenn es zum Ende der nächsten Legislaturperiode geschafft ist, wäre es noch besser. Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, dass auch ihre Beziehung zum Staat endlich dem digitalen Fortschritt entspricht. Da haben wir gemeinsam noch sehr viel vor uns.

Wenn wir Hochtechnologieland bleiben wollen, haben wir die Aufgabe, Forschung und Entwick-

lung weiter zu fördern. Die europäischen Staaten haben sich noch in der Zeit von Bundeskanzler Schröder im Jahr 2000 vorgenommen, dass jedes europäische Land 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgibt.

Wir freuen uns, dass wir 17 Jahre später dies erreicht haben und eines der wenigen Länder in der Europäischen Union sind, die das geschafft haben. Allerdings müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es skandinavische Länder gibt, die bereits 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben, genauso wie Südkorea und Israel. Deshalb dürfen wir uns auch hier nicht ausruhen, sondern müssen das weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass der Bund – die Bundesregierung und das Parlament haben dem zugestimmt – die BAföG-Zahlungen voll übernimmt.

Hier haben wir viel Wert darauf gelegt, dass möglichst alle Länder die freiwerdenden Mittel anschließend wieder für Bildung in den Hochschulen eingesetzt haben. Da waren wir nicht vollständig erfolgreich. Aber für die unionsregierten Länder kann ich sagen: Da hat es so stattgefunden, und darauf sind wir stolz.

Meine Damen und Herren, wir haben durch gute Wirtschaftspolitik, auch durch die Tatsache, dass wir vier Jahre lang keine Schulden gemacht haben, zeigen können, dass solide Haushaltspolitik und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen können, dass dadurch nachhaltiges Wirtschaftswachstum entstehen kann. Die letzten vier Jahre sind dadurch gekennzeichnet, dass der Wachstumsmotor in Deutschland nicht mehr der Export ist, sondern der Binnenkonsum. Das sieht man auch an den Lohnsteigerungen.

Ich glaube, darüber freuen sich viele Menschen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, die vernetzte Welt, die sich im digitalen Fortschritt zeigt, spiegelt sich natürlich auch in der Außenpolitik wider. Die Grenzen von Wirtschafts-, Finanz-, Handels- und Sicherheitspolitik verschwimmen immer mehr; das sehen wir an vielen Krisenherden dieser Welt. Deshalb beschäftigt uns im Augenblick leider natürlich in ganz besonderer Weise die Situation im asiatischen Raum, wo die Nukleartests Nordkoreas eine flagrante Verletzung aller internationalen Gegebenheiten sind. Es ist richtig, dass der UN-Sicherheitsrat klare Positionen bezieht. Ich sage ausdrücklich, auch im Namen der

ganzen Bundesregierung: Hier kann es nur eine friedliche diplomatische Lösung geben, für die wir allerdings mit allen Kräften eintreten müssen.

Deshalb, meine Damen und Herren, habe ich am Sonntag mit dem französischen Präsidenten telefoniert. Der Bundesaußenminister ist im Kontakt mit seinem Kollegen. Es wird am Wochenende ein Außenministertreffen in Gynich geben, wo wir über weitere Sanktionen von europäischer Seite gegenüber Nordkorea beraten werden; das ist auch dringend erforderlich. Ich habe darüber gestern mit dem südkoreanischen Präsidenten und auch mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump gesprochen. Beide unterstützen diese europäischen Bemühungen außerordentlich. Die Tatsache, dass Nordkorea eine gewisse Entfernung zu uns hat, sollte uns nicht davon abhalten, mit aller Entschiedenheit hier für eine diplomatische Lösung einzutreten. Europa hat eine wichtige Stimme in der Welt und muss diese Stimme in dieser Situation nutzen.

Wir brauchen saubere Dieselsautos und den Übergang zu einer modernen Mobilität.

Meine Damen und Herren, uns beschäftigt aus traurigem Anlass – zwölf deutsche Staatsbürger befinden sich aus politischen Gründen in der Türkei in Haft – die Entwicklung in der Türkei in ganz besonderer Weise. Diese Entwicklung ist mehr als besorgniserregend. Die Türkei verlässt immer mehr den Weg der Rechtsstaatlichkeit, und das zum Teil in einem sehr schnellen Tempo. Wir haben die Aufgabe – das Auswärtige Amt und wir alle tun alles dafür –, die deutschen Staatsbürger freizubekommen.

Ich will exemplarisch Frau Tolu nennen, die mit einem zweijährigen Kind im Gefängnis sitzt; auch ihr Mann befindet sich in Untersuchungshaft. Ich kann genauso

Deniz Yücel und Herrn Steudtner und andere nennen. Erstens sollten wir niemanden von ihnen vermissen. Zweitens sollten wir allen die bestmögliche Betreuung zukommen lassen. Drittens sollten wir auf allen Ebenen alles in unserer Macht Stehende versuchen – und zwar Tag für Tag –, um diese Menschen, die nach unserer Überzeugung unschuldig in Untersuchungshaft sitzen, freizubekommen. Ich glaube, das ist unser aller Anliegen.

Dieser Umgang mit deutschen Staatsbürgern, aber auch die Gesamtsituation in der Türkei veranlassen uns natürlich, darüber nachzudenken, wie wir die Beziehungen zur Türkei neu ordnen. Die Bundesregierung hat erste Schritte unternommen; das hat der Bundesaußenminister anlässlich der Verhaftung von Herrn Steudtner ausführlich dargelegt. Wir haben die estnische Präsidentschaft gebeten, in den nächsten Monaten, solange die Situation so ist, keinerlei Verhandlungen über eine Erweiterung der Zollunion auf die Tagesordnung zu setzen; das schließt sich aus. Wir werden auch über die zukünftigen Beziehungen zur Türkei beraten – ich werde dazu vorschlagen, dass das im Oktober auf dem Europäischen Rat stattfindet –, eingeschlossen auch die Frage, die Verhandlungen zu suspendieren oder zu beenden. Hierzu braucht man Mehrheiten in Europa. Dies ist ein Vorgang, der natürlich entschieden, aber auch wohlbedacht durchgeführt werden sollte.

Die Beziehungen zur Türkei sind strategischer Natur. Wenige Tage bevor ich Bundeskanzlerin wurde, am 3./4. Oktober 2005, sind durch meinen Vorgänger Gerhard Schröder die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen worden. Dem ging ein langer Diskussionsprozess voraus; die Grundentscheidung war schon Ende 2004 gefallen. Wir von der Unionsfraktion waren immer skeptisch oder dagegen, diese Bei-

trittsverhandlungen aufzunehmen.

Ich habe dennoch im Sinne einer großen außenpolitischen Kontinuität – *pacta sunt servanda* – immer diese Verhandlungen geführt. Wir haben Kapitel eröffnet. Wir haben seit langem keine Kapitel mehr geschlossen. Die Beziehungen zur Türkei sind von großer Bedeutung.

Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass wir entschieden vorgehen, dass wir aber mit unseren europäischen Partnern vorgehen und darüber sprechen; denn nichts wäre erstaunlicher, als wenn wir uns in Europa über die Frage des zukünftigen Umgangs mit der Türkei vor den Augen des Präsidenten Erdogan öffentlich zerstreiten. Das würde Europas Position dramatisch schwächen. Davon kann ich uns nur abraten.

Die gleiche Entschiedenheit, die wir im Umgang mit der türkischen Regierung, mit dem Präsidenten haben, müssen wir auch haben, wenn es darum geht, den Blick auf die vielen zu haben, die in der Türkei mit der augenblicklichen politischen Entwicklung nicht zufrieden sind. Wir müssen den Blick auch auf die vielen türkischstämmigen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben, weil es unsere Bürgerinnen und Bürger sind, auch auf diejenigen, die mit türkischer Staatsbürgerschaft seit langem hier leben. Sie tragen zum Wohlstand unseres Landes bei. Wir dürfen sie nicht vor den Kopf stoßen. Wir müssen auch mit ihnen das Gespräch über die weiteren Entwicklungen führen; denn sie sind Teil unseres Landes, und das sollten wir ihnen auch deutlich machen. Insofern ist es eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die vor uns liegt und der wir uns natürlich stellen werden.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres, in dem sich auch wieder

Fortsetzung auf nächster Seite



„An der Schwelle einer neuen Entwicklungsetappe“: Begüßung zwischen humanoidem Roboter und einem Mensch auf der CeBIT 2017.

symbolhaft die Situation, die globalen Herausforderungen spiegeln, das ist die Lage der Flüchtlinge weltweit. Hier haben wir vieles unternommen. Ich will darauf heute im Einzelfall nicht eingehen, will allerdings sagen, dass mir die Partnerschaft mit Afrika besonders wichtig ist. Wir haben jüngst mit dem italienischen und dem spanischen Premierminister sowie dem französischen Präsidenten über die Partnerschaft mit der Einheitsregierung in Libyen, über die Partnerschaft mit Niger, über die Zusammenarbeit mit Tschad und anderen afrikanischen Ländern gesprochen.

Ich habe nicht behauptet, dass es sich um eine Demokratie nach unserem Vorbild handelt. Trotzdem müssen wir mit diesen Ländern reden.

Es hat keinen Sinn, zu glauben, dass durch simple Verurteilung im Deutschen Bundestag die Welt sich zum Besseren ändert, sondern wir müssen Menschen im Blick haben:

Menschen, die durch die Sahara fliehen, Menschen, die durch Niger gehen, Menschen, die nach Libyen kommen. All diese Länder sind sicherlich nicht Demokratien, wie wir sie uns vorstellen, und trotzdem müssen wir mit diesen Ländern reden und Partner-

schaft mit ihnen aufbauen.

Meine Damen und Herren, wir werden am Jahresende einen EU-Afrika-Gipfel haben, und auf diesem EU-Afrika-Gipfel werden die Weichen für mehr fairen Handel mit Afrika und für mehr wirtschaftliche Entwicklung in Afrika gestellt werden müssen – so wie Wolfgang Schäuble das mit seinem Compact with Africa im Rahmen der G-20-Präsidentschaft vorgeschlagen hat; darauf zielen auch viele Initiativen der Wirtschaftsministerin und anderer Minister, die von uns eingeleitet wurden. Insofern gibt es in der gesamten Bundesregierung eine sehr vernetzte Zusammenarbeit, um diesen afrikanischen Ländern zu helfen.

Meine Damen und Herren, wenn es um Sicherheit in der Welt geht, dann spielt natürlich auch das Thema Verteidigung eine Rolle. Wir hatten hierzu heute Morgen ja schon eine bemerkenswerte Diskussion. Deshalb möchte ich dazu auch etwas sagen.

Im Jahre 2002 hat die NATO beschlossen, dass neue Mitgliedstaaten nur dann in die NATO aufgenommen werden, wenn sie sich vorher verpflichten, bereits im Zuge des Membership Action Plans, also vor dem eigentlichen Beitritt, 2 Prozent ihres Budgets für die Verteidigung auszugeben. Dies

blieb natürlich nicht ohne Folgen für die Diskussion über die Höhe der Verteidigungsausgaben der bereits langjährig der NATO angehörenden Mitgliedstaaten. Deshalb haben die Verteidigungsminister 2006 diesen Beschluss wiederholt, deshalb spielt es seitdem eine zentrale Rolle. Und in der gesamten Amtszeit des amerikanischen Präsidenten Barack Obama gab es ein immer wiederkehrendes Thema, und das hieß: Ihr Deutsche könnt nicht davon ausgehen, dass auf Dauer andere für euch ein Stück Sicherheit schaffen, ohne dass ihr den Anstrengungen, zu denen wir uns gemeinsam verpflichtet haben, folgt.

Daraufhin hat man sich dann in Wales – auch sehr stark unter dem Eindruck des Ukraine-Konflikts – entschieden, zu sagen – und diese Position hat die Bundesregierung gemeinsam getragen –: Auch die Länder, die das 2-Prozent-Ziel heute noch nicht einhalten – die neuen Mitgliedstaaten tun das ja weitestgehend –, sollen den Richtwert 2 Prozent in Betracht ziehen und sollen sich deshalb bis 2024 in Richtung von Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des Budgets entwickeln.

Dieses wiederum spiegelt sich wider in dem Weißbuch, das von der gesamten Bundesregierung

verabschiedet wurde, und zwar im Juli 2016. Das sind alles Beschlüsse, die vor der Wahl in den USA gefasst wurden, in der Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurde.

Meine Damen und Herren, wir haben dann moderate Erhöhungen des Verteidigungsetats vorgenommen, regelmäßig begleitet von Kommentaren unserer Verteidigungsexperten sowohl aus der Fraktion der CDU/CSU als auch aus der Fraktion der SPD, dass dies dringendst notwendige Erhöhungen seien, allerdings immer noch nicht ausreichende Erhöhungen, weil uns alleine schon die Ausrüstung der Bundeswehr in vielerlei Hinsicht fordert. Da rede ich noch gar nicht über Blauhelmeinsätze und Hilfe für andere Länder, zum Beispiel bei der Ausrüstung und beim Training von Soldatinnen und Soldaten.

Dann habe ich zu meiner Nicht-Freude gehört, dass dieses Ziel nicht mehr akzeptiert wird. Dann habe ich, diesmal zu meiner Freude, gehört, dass der Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei sich bei seinen Experten für Verteidigung Rat gesucht hat, zum Beispiel bei Rainer Arnold, und dass der ihm empfohlen hat, dass man pro Jahr 3 bis 5 Milliarden

Euro mehr für die Bundeswehr einsetzen sollte. Da habe ich meine mathematischen Fähigkeiten zusammengenommen und habe mir gedacht: Wenn es 3 Milliarden sind, bewegen wir uns schnell in Richtung 2-Prozent-Ziel. Wenn es 5 Milliarden sind, haben wir das 2-Prozent-Ziel wahrscheinlich 2024 erreicht. – Also: kein Problem, kein Dissens. Ich bin froh und hoffe, dass das Wort des Kanzlerkandidaten Martin Schulz gilt.

Um die Quelle zu nennen, Herr Heil: Es war beim Forum von Deutschlandfunk und Phoenix. – Da wurde darüber hinaus noch behauptet, ich wolle 30 Milliarden Euro mehr einsetzen, was von einem Jahr aufs andere ergeben hätte, dass wir das 2-Prozent-Ziel erfüllt hätten, was ja nun – – Nur, damit alles klar ist.

Wir haben eine Menge Unterschiede; das ist überhaupt keine Frage. Diese zeigen sich auch in den Regierungsprogrammen; das ist auch keine Frage. Aber das, was wir geschafft haben, sollten wir den Menschen schon sagen. Und damit schließe ich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

Zukunftssorgen der Bürger sind erheblich gestiegen



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Lieber Herr Dr. Lammert, als Erstes möchte ich Ihnen, natürlich auch im Namen meiner Fraktion, unsere Anerkennung und unseren Dank für Ihre faire Amtsführung aussprechen. Wir wünschen Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute.

Der französische Präsident Macron ist bekanntlich mit der Bewegung La République en Marche an die Macht gekommen. Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, eine Wahlplattform gründen würden, müsste die wohl eher „La République

en transe“ heißen. Wer in Trance ist, der nimmt bekanntlich die Realität nur noch sehr eingeschränkt wahr, und der neigt ab und an zu anlassloser Euphorie.

Einlullend, inhaltsleer, demobilisierend – so beschreiben viele Journalisten Ihren Wahlkampf, Frau Bundeskanzlerin. Dass Sie in einer Zeit, in der auch im reichen Deutschland unzählige ungelöste Probleme den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger bedrohen, in einer Zeit großer weltpolitischer Gefahren versuchen, mit einem Schönwetter-Wohlfühl-Wahlkampf eine demokratische Debatte über die Lösung dieser Probleme von vornherein zu verhindern, das finden wir – ich glaube, nicht nur wir – wirklich empörend.

Sie erzählen den Leuten, Deutschland ginge es so gut wie nie zuvor.

Wer aus der Trance aufwacht, der stellt fest: Nach den Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung haben heute sage und schreibe 40 Prozent der Bevölkerung in Deutschland weniger Einkommen als Ende der 90er-

Jahre. Gehört für Sie fast die Hälfte der Bevölkerung nicht zu Deutschland? Was ist denn das für eine Anmaßung!

Da plakatiert die Union allen Ernstes: „Für gute Arbeit und gute Löhne.“ Ja, es gibt in Deutschland viele erfolgreiche Unternehmen. Es gibt hochqualifizierte Arbeitskräfte, und es gibt zum Glück auch viele gut bezahlte Arbeitsplätze; aber das war früher auch schon so. Neu ist, dass selbst im Wirtschaftsboom immer mehr ungesicherte, schlecht bezahlte Jobs entstanden sind und dass sich inzwischen sogar die Bundesbank angesichts der schwachen Lohnentwicklung in Deutschland Sorgen macht. Neu ist, dass sich der Anteil derer, die trotz Arbeit ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle beziehen, in den letzten zehn Jahren – also genau in Ihrer Amtszeit, Frau Merkel – mehr als verdoppelt hat.

Ich finde, mit so einer Bilanz „Für gute Arbeit und gute Löhne.“ zu plakätieren, ist eine Verhöhnung der Wählerinnen und Wähler.

Wenn Sie gute Löhne wollen, dann hätten Sie doch zwölf Jahre lang die Möglichkeit gehabt, den von Rot-Grün unter Gerhard Schröder geschaffenen Niedriglohnssektor wieder einzudämmen. Sie hätten doch unsere Vorschläge umsetzen können, grundlose Befristungen zu verbieten und der Lohndrückerei über Leiharbeit und Werkverträge die gesetzliche Grundlage zu entziehen. Sie hätten dafür sorgen können, dass der Mindestlohn mehr ist als ein Armutslohn, den der Steuerzahler mit 10 Milliarden Euro an Aufstockerleistungen jedes Jahr subventionieren muss.

Aber nichts davon haben Sie getan. Stattdessen erzählen Sie uns gemeinsam mit der SPD das Märchen, die Agenda-2010-Gesetze hätten die Arbeitslosigkeit dramatisch verringert. Der Wirtschaftsweisenrat Peter Bofinger hat Ihnen daraufhin zu Recht „ökonomische Ignoranz“ vorgeworfen.

„Familien sollen es kinderleichter haben.“, lese ich auf Ihren Plakaten. Wunderbar! Warum haben

Sie denn nichts daran geändert, dass Kinder das Armutsrisiko Nummer eins in diesem Land sind? Warum lassen Sie es seit Jahren zu, dass steigende Mieten gerade Familien aus den Innenstädten vertreiben, weil sie schlicht keine bezahlbare Wohnung mehr finden können? Und warum stört es Sie nicht, dass bundesweit 350 000 Kitaplätze fehlen und viele Kinder in maroden Schulen lernen müssen, wo wegen chronischen Lehrermangels noch nicht einmal der Schulstoff geschafft wird?

Natürlich wissen auch wir, dass Bildung Ländersache ist. Wir wissen aber auch, dass die Finanzen, die die Länder zur Verfügung haben, von der Steuerpolitik des Bundes abhängen und dass Ihre Steuerpolitik, Frau Merkel, immer darauf hinauslief, die Mittelschicht zu belasten, aber Konzerne und Superreiche steuerlich zu schonen.

So hat man auf die Milliarden-einnahmen verzichtet, die man aber braucht, wenn man gute Bildung, gute Pflege und eine gute Gesundheitsversorgung finanzieren will.

„Für Sicherheit und Ordnung.“ werben Sie auf Ihren Plakaten. Was ist das für eine Ordnung, in der Großbetrüger in Banken und Konzernen immer wieder damit durchkommen, die Allgemeinheit massiv zu schädigen, ohne für die

Selbst im Wirtschaftsboom sind immer mehr schlecht bezahlte und ungesicherte Jobs entstanden.

Folgen zur Verantwortung gezogen zu werden?

Das jüngste Beispiel dafür ist doch der Dieselskandal. Ich finde, es ist wirklich blamabel, dass die Große Koalition nicht das Rückgrat hat, Autobauer, die in den letzten fünf Jahren 111 Milliarden Euro Gewinn gemacht haben, zur Nachrüstung der Motoren zu verpflichten.

Auch mit Ihrer Außenpolitik haben Sie die Sicherheit in unserem Land nicht erhöht. Im Gegenteil: Sie haben die gute Tradition der Entspannungspolitik aufgegeben und sich – anders als Ihre Vorgänger Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und auch Gerhard Schröder – von den USA in eine Konfrontationspolitik gegenüber Russland hineintreiben lassen, die unsere Sicherheit gefährdet und unsere Wirtschaft schädigt.

Herr Lammert hat vorhin an die deutsche Wiedervereinigung erinnert. Es hatte doch auch einiges mit Entscheidungen in Moskau zu tun, dass das alles auf diese Art so friedlich geschehen konnte.

Frau Merkel, Sie haben unsere Soldaten immer wieder in neue gefährliche Kriege geschickt, obwohl wir seit dem Beginn des Krieges in Afghanistan erleben – ich erinnere an Kunduz –, dass Bomben und zivile Opfer die Dschihadisten stärken und nicht schwächen. Gibt es Ihnen nicht zu denken, dass es 2001, vor Beginn des ersten sogenannten Antiterrorkrieges, weltweit wenige Hundert gefährliche islamistische Terroristen gab und dass es heute Hun-

derttausende sind? Der „Islamische Staat“, dessen Anschläge jetzt immer öfter auch Europa treffen, ist doch das Produkt des verbrecherischen Irakkrieges, an dem Sie sich damals sogar noch beteiligen wollten.

Während viele Menschen vor neuem Terror flüchten, liefern Sie den Chefs der islamistischen Gefährder, den Kopf-ab-Diktatoren am Golf und dem türkischen Despoten Erdogan unverändert Waffen und Kriegsgerät frei Haus. Ich finde, das ist wirklich überhaupt nicht akzeptabel.

Insoweit ist es auch Ihre Verantwortung, Frau Merkel, dass sich die Lebensunsicherheit und die Zukunftsorgen vieler Bürgerinnen und Bürger in den zurückliegenden zwölf Jahren erheblich gesteigert haben. Und dennoch soll es keine Wechselstimmung geben? Ich denke, es ist eher so, dass die meisten Menschen die Hoffnung auf einen echten Wechsel aufgegeben haben. Wo soll denn eine Wechselstimmung herkommen, wenn alle Parteien außer der Linken signalisieren, dass sie eigentlich gar nichts Grundlegendes ändern wollen, und wenn man insbesondere die Unterschiede zwischen SPD und CDU wirklich mit der Lupe suchen muss.

Das wurde ja beim Kanzlerduell, das alles andere als ein Duell war, mehr als deutlich.

Wie groß die Sehnsucht nach ei-

nem Wechsel tatsächlich ist, das konnte man, denke ich, nach der Nominierung von Martin Schulz erleben. Warum sind denn die Umfragewerte der SPD damals so nach oben gegangen? Weil viele Menschen die Hoffnung hatten, die SPD würde mit dem neuen Kanzlerkandidaten auch ihre Politik verändern, sie würde wieder eine sozialdemokratische Partei werden. Und das hat ihre Umfragewerte hochgetrieben. Aber danach haben Sie wirklich alles dafür getan, diese Hoffnung zu zerstören.

Dazu muss ich sagen: Wer an Leiharbeit, an Niedriglöhnen, an Hartz IV überhaupt nichts mehr ändern will, wer sich nicht einmal traut, eine Vermögensteuer für Superreiche zu fordern, der sollte wirklich aufhören, von sozialer Gerechtigkeit zu reden.

„Damit die Rente nicht klein ist ...“, das lese ich auf SPD-Wahlplakaten, illustriert durch das Bild einer fröhlichen Rentnerin. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, meinen Sie wirklich, die Wähler haben vergessen, dass die schlimmsten Rentenkürzungen unter Ihrer Verantwortung stattgefunden haben, dass Sie mit der Absenkung des Rentenniveaus, mit dem Riester-Betrug und mit der Rente erst ab 67 dafür gesorgt haben, dass die Renten für viele verdammt klein geworden sind? Jeder sechste Rentner lebt heute

unter der Armutsgrenze. Daran wollen Sie noch nicht einmal etwas ändern. Der einzige Unterschied zur Union ist, dass Sie die Rente nicht noch weiter kürzen wollen. Das ist wirklich eine hinreißende Alternative. Dabei können wir in unserem Nachbarland Österreich sehen, wie man den Menschen einen sorgenfreien Lebensabend ermöglichen kann. Dort zahlen alle in einen Rententopf ein: Selbstständige, Beamte und Politiker. Im Ergebnis bekommt ein Durchschnittsrentner 800 Euro mehr im Monat. Das wollen Sie den Menschen in unserem Land vorenthalten?

Bei der Außenpolitik würden wir uns natürlich darüber freuen, wenn die Übernahme unserer Forderungen nach Abrüstung und nach einem Abzug der Atomwaffen aus Deutschland durch Martin Schulz ernst gemeint gewesen wäre. Niemand braucht diese gefährlichen Waffen in Deutschland. Niemand braucht weitere Aufrüstung. Das ist völlig richtig. Aber das, was Sie heute früh wieder hier abgezogen haben, zeigt doch, wie wenig ernst Sie das meinen, was Sie jetzt auf den Marktplätzen und auf den Straßen erzählen. Sie haben verhindert, dass ein Antrag von uns nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt wurde, mit dem wir mit der jetzt noch vorhandenen Mehrheit im Bundestag genau das hätten beschließen können. Ich finde das wirklich traurig.

So gesehen wäre es tatsächlich ungerecht, der Bundeskanzlerin die alleinige Verantwortung dafür

zu geben, dass dieser Wahlkampf in gepflegter Langeweile dahinplätschert. Wer hat denn die SPD daran gehindert, ein glaubwürdiges Alternativangebot zum Weiter-so-Wahlkampf der Kanzlerin zu unterbreiten? Sie haben es nicht getan.

Und damit sind Sie mitverantwortlich dafür, dass die Wählerinnen und Wähler wieder nicht zwischen alternativen Regierungen mit klar unterschiedenem Programm entscheiden können. Das untergräbt tatsächlich die Demokratie.

Wer sich ein Deutschland wünscht, in dem wirklich alle gut und gerne leben können, ein Deutschland ohne Niedriglöhne und Altersarmut, in dem Politiker sich nicht mehr von Konzernen kaufen lassen und Geld für Bildung statt für Panzer ausgegeben wird, der kann heute tatsächlich nur noch die Linke wählen.

Ich bin auch überzeugt: Nur ein Weckruf durch eine deutlich gestärkte Linke kann vielleicht verhindern, dass sich die SPD nach ihrer Wahlniederlage in der nächsten Großen Koalition verkriecht – Herr Mützenich hat Martin Schulz schon einmal nur zum Fraktionsvorsitzenden gemacht; ich fand interessant, was Sie vorhin gesagt haben – und so der Union ein Zeitlosticket für die Fahrt im Schlafwagen an die Macht verschafft. Wir wünschen uns, dass sich das endlich verändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die meisten Menschen haben die Hoffnung auf einen echten Wechsel aufgegeben.

Thomas Oppermann, SPD:

Eine Kampfansage an die jüngere Generation



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Dies ist die voraussichtlich letzte Bundestagssitzung des Präsidenten, aber auch der Vizepräsidenten Johannes Singhammer und Edelgard Bulmahn. Ich möchte Ihnen, auch im Namen meiner ganzen Frakti-

on, für viele Jahre souveräner Sitzungsleitung ganz herzlich danken.

Lieber Norbert Lammert, Sie haben in drei Wahlperioden mit Witz, Ironie und Charme durch die Tagesordnung geführt, dabei aber vor allem immer den Rang dieses Parlamentes verteidigt. Sie haben klargestellt, dass hier das Herz der Demokratie schlägt und dieses Haus Auftraggeber und nicht Vollzugsorgan ist.

Dass es dabei nicht nur steif und trocken zugehen muss, haben Sie in vielen launigen Bemerkungen und Reden bewiesen. Dabei haben Sie manchmal selbst die Regierungserklärung gleich miterleidet. Das hat nicht immer alle in Ihrer Fraktion erfreut und Ihnen den Beinamen „der Unfehlbare“ eingebracht.

Das mit dem Unfehlbaren würden wir so nicht unterschreiben, aber fehlen werden Sie uns schon.

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute. Meine Damen und Herren, diese Regierung hat in den letzten vier Jahren viel bewegt. Wir haben zahlreiche Gesetze beschlossen, die das Leben vieler Menschen in diesem Land spürbar besser gemacht haben.

Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt und die Leih- und Zeitarbeit begrenzt. Wir haben eine Frauenquote für die Besetzung von Aufsichtsräten in großen Unternehmen durchgesetzt, aber auch die Situation der Alleinerziehenden deutlich verbessert. Wir haben die Renten in Ost und West angeglichen, und wir haben das erste Integrationsgesetz in der

Geschichte dieses Landes verabschiedet. Ich muss sagen: Ich bin stolz darauf, was wir gemeinsam erreicht haben.

Aber zur Wahrheit gehört auch: All diese Vorhaben mussten von uns hart erkämpft werden, und zwar gegen die Kollegen und Kolleginnen von CDU und CSU, und viel zu häufig auch gegen Sie selbst, Frau Merkel.

Ich räume ein: Nicht immer haben wir uns gegen Sie durchsetzen können. Einige der Projekte, die mehr Gerechtigkeit bringen sollten, haben Sie bis zur Unkenntlichkeit beschädigt, zum Beispiel die Mietpreisbremse. Sie, Frau Merkel, haben vor einigen Wochen beklagt, dass die Mietpreisbremse nicht funktioniert, aber Sie haben nicht gesagt, warum sie nicht funktioniert. Das ist so, weil Sie als Bundeskanzlerin ganz persönlich dafür gesorgt haben, dass es für die Vermieter heute ganz leicht ist, das Gesetz zu

umgehen.

Deshalb tragen Sie persönlich Mitverantwortung für viele unangemessene Mieterhöhungen in diesem Land.

Sie reden von Zusammenhalt, aber Ihr Handeln sieht anders aus. Eine solidarische Mindestrente ist mit Ihnen nicht zu machen.

Sie lassen die Leute mit den kleinen Renten im Stich. Ich finde:

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der hat eine anständige Rente verdient.

Die Union ist nicht bereit, über ein Einwanderungsgesetz auch nur zu verhandeln. Stattdessen tragen Herr Seehofer und Frau Merkel

einen jahrelangen Streit über die Obergrenze aus. Ich sage Ihnen: Dieser Streit ist einer der Tiefpunkte der politischen Kultur in dieser Wahlperiode.

Sie haben verhindert, dass Arbeitnehmer das Recht bekommen,

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, der hat eine anständige Rente verdient.

Fortsetzung auf nächster Seite

von der Teilzeit in die Vollzeit zurückzukehren. Es ist Ihre Verantwortung, dass Millionen Frauen in der Teilzeitfalle festsitzen.

Nicht zuletzt gilt das für die Öffnung der Ehe. Da haben Sie sich erst offen gezeigt, dann aber, als es darauf ankam, dagegengestimmt. So was kommt vor. Dumm ist nur, wenn das innerhalb einer Woche passiert; denn dann merkt es jeder.

Deshalb, meine Damen und Herren: Dieses Land braucht keine Bundeskanzlerin, die nur sozialdemokratisch redet, dieses Land braucht einen Bundeskanzler, der sozialdemokratisch handelt.

Deutschland hat eine starke Wirtschaft, aber das kam nicht von selbst, und das bleibt auch nicht automatisch so. Da braucht man schon den Mut, die Zukunft zu gestalten, und diesen Mut sehe ich bei Ihnen nicht.

Seit Monaten bunkert Ihr Finanzminister Schäuble 6 Milliarden Euro Überschuss aus 2016. Wir wollen dieses Geld für Investitionen zur Verfügung stellen, zum Beispiel für den Breitbandausbau.

Frau Merkel, Sie sind jetzt 12 Jahre Bundeskanzlerin. Deutschland als Industriemacht liegt bei der Übertragungsgeschwindigkeit im Internet weltweit auf Platz 25 hinter Lettland, Rumänien und Bulgarien. Sie haben eben gesagt: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht im Technikmuseum enden. Beim Thema Internet, Frau Merkel, müssen Sie aufpassen, dass Sie aus dem Technikmuseum herauskommen, in dem wir uns im Augenblick befinden.

Sie haben dieses Zukunftsthema total verschlafen.

Völlig verschlafen haben Sie auch das Thema „digitale Bildung“. Es ist unfassbar, dass Bildungsministerin Johanna Wanka erst ein 5 Milliarden-Programm für die Computerausstattung an den Schulen ankündigt und dann – ich kann es immer noch nicht glauben – einräumen muss, dass sie vergessen hat, das Geld beim Finanzminister zu beantragen. So, Frau Merkel, verspielen Sie die Zukunft dieses Landes.

Sie reden von „Bildungsrepublik Deutschland“, aber Sie weigern sich, mehr Geld in die Bildung zu investieren, stattdessen verteidigen Sie das Kooperationsverbot. Aber dieses Kooperationsverbot ist ein unseliger Anachronismus und muss endlich abgeschafft werden.

Wir wollen, dass der Bund mehr in Bildung investiert: in Ganztagschulen und in gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Meisterprüfung, und zwar flächendeckend; denn das ist eine Investiti-

on in Menschen, in Werte, eine Investition in die Zukunft, aber auch in Gerechtigkeit. Alle Kinder müssen unabhängig von ihrer Herkunft oder von ihrem Wohnort die Chance auf einen guten Schulabschluss und eine gute Ausbildung in diesem Lande haben.

Wir brauchen einheitliche Bildungsstandards überall in Deutschland. Es kann doch nicht sein, dass der Umzug mit Kindern in ein anderes Bundesland regelmäßig in einem schulischen Chaos endet, weil jedes Land völlig andere Lehrpläne und Standards hat. Diese Kleinstaaterei auf dem Rücken von Eltern und Kindern muss endlich ein Ende haben.

Meine Damen und Herren, Deutschland ist ein wohlhabendes Land, aber dieser Wohlstand kommt nicht bei allen an. Wir brauchen ein gerechteres Steuersystem. Deshalb wollen wir den Soli für kleine und mittlere Einkommen, für Normalverdiener sofort abschaffen. Finanzminister Schäuble will sich dafür zehn Jahre Zeit nehmen.

Wir wollen eine gerechte Finanzierung der Krankenkassenbeiträge. Sie hingegen wollen an der ungerechten Finanzierung der Zusatzbeiträge festhalten und damit die Kosten für den gesamten medizinischen Fortschritt allein den Arbeitnehmern aufbürden; da war ja Bismarck schon fortschrittlicher. Deshalb müssen die Arbeitgeber endlich wieder die Hälfte der Krankenversicherungsbeiträge zahlen.

Aber am meisten hat mich erstaunt, wie Sie mit den Sorgen der Menschen um eine sichere Rente und der Angst vor Altersarmut umgehen, Frau Merkel. Sie haben gesagt, dass Sie da überhaupt nichts machen wollen.

Aber schon in wenigen Jahren wird das System der Rentenversicherung durch die Alterung der Gesellschaft in eine Schieflage geraten. Wenn wir nicht gegensteuern, sinkt das Rentenniveau von 48 auf 43 Prozent. Sie wollen an der Rente bis zum Jahr 2030 nichts ändern. Sie wollen nichts tun, wenn das Niveau absinkt, und Sie nehmen bewusst steigende Beiträge in Kauf. Ich sage Ihnen: Das ist eine Kampfansage an die jüngere Generation.

Meine Damen und Herren, es gibt nur ein großes Ziel, für das CDU und CSU viel Geld ausgeben wollen. Dieses Ziel heißt Aufrüstung.

Die Union will Geld für Aufrüstung ausgeben. Frau Merkel, Sie wollen den deutschen Wehretat – das haben Sie eben noch einmal bestätigt – bis zum Jahr 2024 von

heute 1,2 Prozent auf 2 Prozent anheben. Das wäre fast eine Verdoppelung der Militärausgaben.

Das bedeutete am Ende, dass Deutschland ab 2024 30 Milliarden Euro pro Jahr mehr für Waffen ausgeben müsste.

Ich sage: Das wäre die größte Aufrüstung, die Europa seit Jahrzehnten erlebt hat. Das, Frau Merkel, macht unser Land nicht sicherer, sondern das wäre der unheilvolle Beginn eines neuen Wettrüstens.

Daran ändern auch Ihre mathematischen Rechenkünste nichts. Sie wollen sich der Aufrüstungspolitik von Donald Trump unterwerfen. Aber das wird Ihnen nichts nutzen.

Denn dieser Bundestag hat diese 2 Prozent niemals beschlossen. Ich sage Ihnen: Er wird sie auch nicht beschließen.

Klar ist aber auch, dass wir deutlich mehr Geld ausgeben müssen, um die Bundeswehr bestmöglich auszurüsten. Da besteht Nachholbedarf.

In den letzten zwölf Jahren hat die Bundeswehr vier Verteidigungsminister von CDU und CSU erlebt. Diese vier haben eines gemeinsam: Mit jedem Minister ist es für die Bundeswehr schlimmer gewor-

den.

Frau von der Leyen hat noch einen draufgelegt und der ganzen Truppe pauschal ein Haltungsproblem bescheinigt. Eine der ersten Aufgaben der nächsten Bundesregierung wird sein, einen gewaltigen Scherbenhaufen beiseitezuräumen und der Bundeswehr wieder eine bessere Ausrüstung, mehr Personal und vor allem eine verlässliche politische Führung zu geben.

Wir leben in einer Zeit, in der überall auf der Welt Populisten und Autokraten unsere Werte einer offenen Gesellschaft und liberalen Demokratie angreifen, in einer Zeit, in der Wladimir Putin durch die Annexion der Krim die europäische Friedensordnung infrage gestellt hat,

in einer Zeit, in der ein autokratischer Präsident Erdogan den Rechtsstaat und die Demokratie in der Türkei zerstört, in einer Zeit, in der Donald Trump den Rassismus in den USA wieder hoffähig macht. Ich sage: In einer solchen Zeit müssen wir alles, aber auch wirklich alles dafür tun, dass die Europäische Union zusammenbleibt, zusammenhält und die westlichen Werte verteidigt.

Donald Trump propagiert den Egoismus der Nationen. Amerika zuerst, Großbritannien zuerst – dieser Nationalismus kann keine Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Völker im 21. Jahrhundert sein. Deshalb kämpfen wir für den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Nationalismus und Menschenverachtung gibt es auch bei uns. Wenn Alexander Gauland über unsere Staatsministerin Aydan Özoğuz sagt, er wolle sie in Anatolien entsorgen, dann ist das ein unsägliches Rassismus.

Eine Partei, die so etwas sagt, ist keine Alternative; sie ist ganz klar eine Schande für Deutschland. Deshalb ist es ein schwerer Fehler gewesen, dass die CDU in Sachsen-Anhalt mit der AfD gemeinsame Sache gemacht hat.

Wir werden alles dafür tun, dass diese völkische Partei mit ihrem rassistischen Geist unser schönes Land nicht kaputt macht. Dafür muss Deutschland stark bleiben und gerechter werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schon in wenigen Jahren gerät das System der Rentenversicherung in eine Schieflage.

Cem Özdemir, Bündnis 90/Die Grünen:

Deutschland ist durch einen Geiselnnehmer nicht erpressbar



Cem Özdemir (*1965)
Landesliste Baden-Württemberg

Präsident Erdogan der Republik Türkei wurde hier mehrmals genannt. Ich stelle mir die Frage: Hat dieser Mann den Titel „Präsident“ wirklich verdient? Ich habe noch gelernt, dass Präsident etwas mit Würde und Respekt zu tun hat. Ich habe den Eindruck, wir haben es hier mit einem ganz normalen Geiselnnehmer zu tun, der deutsche Geiseln nimmt. Ich will für meine Partei und – das hoffe ich – für alle hier erklären: Die Bundesrepublik Deutschland ist durch einen Geiselnnehmer, der sich Präsident nennt, nicht erpressbar.

An die Adresse der Großen Ko-

alition will ich sagen: Hören Sie auf, zu prüfen, ob man Hermesbürgschaften aussetzen kann! Hören Sie auf, zu prüfen, ob man die Zollunion nicht vielleicht doch ausweitet! Hören Sie auf, zu prüfen, ob man die Reisewarnungen vielleicht verschärfen sollte! Tun Sie es endlich!

Was muss dieser Erdogan denn noch machen, damit Sie endlich aufwachen und aufhören, mit ihm zu kuscheln? Dies ist die einzige Sprache, die Erdogan versteht.

Wenn wir alle miteinander noch einen Rest an Glaubwürdigkeit bewahren wollen – hier geht es nicht nur um die Große Koalition, sondern auch um unser Land –, dann erklären Sie bitte klar, dass wir uns eindeutig gegen das Projekt von Rheinmetall, sich in der Türkei am Bau einer Panzerfabrik zu beteiligen, stellen.

Da haben deutsche Unternehmer nichts verloren, zumal in dieser Zeit. Für diejenigen, die es vielleicht nicht wissen – die Öffentlichkeit sollte das erfahren –: Der Cheflobbyist für das Auslandsgeschäft von Rheinmetall ist kein Geringerer als der ehemalige Entwicklungshilfeminister von der FDP, Dirk Niebel. Das sagt einiges

darüber aus, was uns erwarten würde, wenn diese Partei zusammen mit der CDU/CSU die nächste Bundesregierung stellen sollte.

Ich will diese Gelegenheit nutzen, um auf eine Sache hinzuweisen, die uns alle umtreiben sollte. Zu mir kommen in letzter Zeit viele Deutschtürken, die in Opposition zu Erdogan stehen, sich zum deutschen Grundgesetz bekennen und sich fragen: Beschützt uns Deutschland vor dem langen Arm Erdogans? Darauf kann es – hoffentlich – nur eine einzige klare, gemeinsame und parteiübergreifende Antwort geben, die lautet: Der lange Arm Erdogans hat in der deutschen Innenpolitik nirgendwo – in keiner Moschee, in keinem türkischen Verein – etwas verloren. Ich würde mir wünschen, dass diese Ansage auch einmal von der Regierungsbank in dieser Deutlichkeit gemacht würde.

Klartext müsste man gelegentlich aber auch mit dem einen oder anderen Konzernführer sprechen. In den letzten Jahren habe ich das Gefühl gehabt, dass es eine Partnerschaft gab, die so aussah: Die einen tun so, als ob sie Grenzwerte einhalten würden, und die an-

deren tun so, als ob sie die Grenzwerte kontrollieren würden; dann hofft man, dass das unentdeckt bleibt und dass dieses Geschäftsmodell immer weitergeht. Das Problem ist nur: In Amerika hat die Umweltbehörde kontrolliert und festgestellt, dass beim Diesel betrogen wurde.

Ich sage Ihnen: Ihre Krokodilstränen für die deutschen Autofahrer können Sie sich wirklich sparen. Denn Sie sind diejenigen, die durch Ihr Nichtstun Fahrverbote erzwingen, meine Damen und Herren.

Wenn Sie wirklich ein so großes Herz für die Dieselfahrer haben, dann sagen Sie doch bitte einmal im Klartext: Die Dieselfahrzeuge müssen sauber, nachprüfbar und finanziert von der deutschen Automobilindustrie, die das Problem schließlich verursacht hat, nachgerüstet werden. Dann hätten Sie ein Herz für die Dieselfahrer. Den Rest können sich die Leute schenken.

Sagen Sie bitte auch, dass wir dringend die blaue Plakette brauchen, damit der Irrsinn aufhört, dass die Gerichte bald einen Flickenteppich in Deutschland erzeugt haben werden, weil man in die eine Stadt hineinfahren darf, in die andere aber nicht. Wer in Deutschland Chaos haben will, der ist bei Ihnen gut aufgehoben. Wer will, dass der Diesel nachgerüstet wird und dass Mutter und Vater, die ihre Kinder mit dem Diesel zur Schule fahren, nachher nicht diejenigen sind, die den Preis für Ihr Nichthandeln zahlen müssen, der ist bei uns besser aufgehoben. Es ist nicht nur das Thema Auto, bei dem Sie versagen; bei der Mobilität geht es ja um ein bisschen mehr als nur um das Auto.

Der Verkehrsminister ist auch für den öffentlichen Verkehr zuständig.

Schauen wir uns doch einmal die Situation bei der Rheintalbahn an. Normalerweise würde man in einem solchen Fall sagen: Schlimm genug, weil sie die wichtigste Nord-Süd-Verkehrsachse ist, aber dann fahren wir auf Ausweichstrecken. – Das Problem ist nur: Die Ausweichstrecken sind nicht elektrifiziert. Vielleicht muss Herr Dobrindt einmal jemand sagen, dass die Elektrifizierung der Eisenbahn schon erfunden ist. Wir sind im 21. Jahrhundert, Herr Dobrindt. Es wird Zeit, dass der technische Fortschritt auch auf der Regierungsbank ankommt.

Ich kann Ihnen das Sündenregister von Herrn Dobrindt nicht ersparen: Dazu gehört die A 1. Die Rheintalbahn habe ich schon ge-

nannt. Außerdem hat er die Deutsche Bahn systematisch unterfinanziert und so dafür gesorgt, dass keine Ausweichstrecken existieren und Eisenbahnstrecken nicht elektrifiziert wurden. Auch der fehlende Ausbau des Breitbandinternets ist hier zu nennen. Der schlechteste Verkehrsminister, den dieses Land je hatte, heißt Alexander Dobrindt.

Ich sage das auch im Namen der Lehrerinnen und Lehrer, die versuchen, ihren Kindern in der Schule beizubringen, dass man sich anstrengen muss und dass sich Leistung wieder lohnen muss – das sagen Sie doch gerne –: Ich finde, Qualifikation darf künftig in Deutschland kein Hinderungsgrund mehr sein, um Verkehrsminister zu werden. Das muss hier doch einmal deutlich werden. Wenn wir unseren Kindern sagen, sie sollen fleißig lernen, dann kann es doch nicht sein, dass so einer bei uns Verkehrsminister wird.

Wir haben es hier aber auch mit einer sozialpolitischen Sauerei zu tun. Diejenigen, die sich im guten Glauben einen Diesel gekauft haben, werden die Zeche für Ihr Nichthandeln zahlen müssen, und diejenigen, die das mit eingebracht haben, erhalten zum Teil 3 000 Euro – nicht im Monat, sondern am Tag. Wie wäre es denn einmal damit, dass die, bitte schön, zur Kasse gebeten werden? Wie wäre es denn einmal damit, dass Sie Gruppenklagen einführen und den Geschädigten die Möglichkeit geben, bis zum Jahresende eine Klage einzureichen? Das wäre doch einmal eine praktische Tat und mehr als Rhetorik.

Sie machen das aber schon sehr geschickt. Chapeau, meine Damen und Herren! Herr Seehofer sagt, er will das auch. Andere von der Großen Koalition sagen das auch. Sie verzögern das aber so lange, bis die Klagefristen zum Jahresende abgelaufen sind. „Hut ab“, kann man da nur sagen. Man muss sich erst einmal trauen, mit dieser Chuzpe Politik zu machen.

Meine Damen, meine Herren, hier wurde das Thema „Zukunft der Mobilität“ angesprochen. Wir kritisieren Sie doch nicht, um hier irgendjemanden zu ärgern. Frau Merkel, ich habe Sie einmal nach China begleitet und das doch schon mitbekommen: Ich nehme an, in den Gesprächen in der Volksrepublik China geht es auch darum, dass dort gerade mit staatlichen Subventionen in Milliardenhöhe ein riesiger Markt der Elektromobilität aufgebaut wird. Wenn Sie in die USA gehen, dann sehen Sie: Dort wird das nicht mit

staatlichen Geldern, sondern mit Risikokapital gemacht. Auch dort wird ein riesiger Markt der Elektromobilität aufgebaut.

Ja, wir haben vor 130 Jahren den Verbrennungsmotor erfunden, und wir sind stolz darauf. Wir haben damals eine großartige Erfindung gemacht. Das Problem ist nur: Es kann doch nicht sein, dass die wichtigste Innovation aus Deutschland der letzten Jahre die Sitzheizung war.

Es ist Zeit, dass das nächste große Projekt ebenfalls aus Deutschland kommt. Ich will, dass das Elektroauto hier in Deutschland gebaut wird.

Wenn man Ihre Politik konsequent zu Ende denkt, dann wird Kaiser Wilhelm II. im Nachhinein doch noch recht behalten. Er hat damals, als das Auto aufkam, nämlich gesagt, dass das Auto, der Verbrennungsmotor, keine Chance – ich zitiere sinngemäß – gegen die Pferdekutsche hat. Kaiser Wilhelm II. hatte unrecht. Kaiser Wilhelm II. kann man aber gerade hier auf dieser Regierungsbank bewundern; denn von dort heißt es, dass der Verbrennungsmotor noch hundert Jahre fahren wird. Wer das sagt, der will das deutsche Auto im Museum bewundern.

Ich will, dass Deutschland Automobilproduktionsstandort bleibt. Das wird nur gehen, wenn das Auto der Zukunft emissionsfrei ist und in Deutschland, von unseren deutschen Ingenieuren, hergestellt wird.

Zur Fairness im Wahlkampf gehört, auch zu sagen: Wenn man den G 20-Gipfel mit Herrn Trump, Herrn Erdogan und Herrn Putin gesehen hat, dann erscheint die Bundeskanzlerin schon fast wie eine Lichtgestalt. Das muss man zugeben, wenn man das Trio

Infernale dort gesehen hat. Vergnügungsteuerpflichtig war das sicher nicht.

Wenn Herr Trump seine Unterlagen zur Abwechslung einmal gelesen und sich vorbereitet hätte, dann hätte er die Bundesregierung und die Große Koalition aber sehr einfach auskontern können. Er hätte nämlich sagen können: Ich habe das Pariser Klimaschutzabkommen zwar gekündigt, aber was machen Sie? Sie unterschreiben es, und seit acht Jahren gehen die CO₂-Emissionen in Deutschland nicht zurück. – Deutschland ist Weltmeister bei der Nutzung der Braunkohle. Diese Politik schadet dem schmelzenden Eis in der Arktis genauso wie die Politik von Herrn Trump.

Nur, damit wir einmal Klartext darüber reden, was diese Regierung unter Hightech versteht: Wir reden hier zum Teil über Kohlekraftwerke aus der Zeit von Sepp Herberger. Für die, die es nicht

mehr wissen: Er war einmal Fußballnationaltrainer in Deutschland.

Meine Damen, meine Herren, wir haben das TV-Duell gesehen. Vielleicht sollte ich besser von einem „Duet“ mit Dissonanzen sprechen, die quasi in Stein gemeißelte Alternativlosigkeit.

Aber es kann noch schlimmer kommen als eine Große Koalition, nämlich wenn sich Schwarz und Gelb miteinander verbünden.

Dann kommen zu denjenigen, die schon jetzt nichts tun, noch welche, die die Reise nach hinten antreten wollen. Die FDP hat einen Vorschlag gemacht – ich will fair sein –, wie man mit dem Problem der Diesलगrenzwerte und mit den Stickoxiden in der Stadt umgehen soll. Sie will einfach die Grenzwerte aufweichen. So kann man das natürlich auch machen.

Eine einfache Lösung, aber halt auch eine sehr dumme Lösung, meine Damen und Herren!

Es scheint momentan so zu sein, als würde das Hohe Haus am 24. September dieses Jahres durch den Einzug einer weiteren Fraktion einschneidend verändert werden. Ich will mich ausdrücklich dem Kollegen Oppermann anschließen. Egal, wie man zu wem auch immer hier in diesem Haus und zu seinen Äußerungen steht: Ein Mitglied dieses Hauses wird nicht in Anatolien entsorgt, meine Damen und Herren.

Ich will auch für meine Fraktion klar sagen: Das Menschenbild der AfD hat mit dem Menschenbild der Bundesrepublik Deutschland nichts zu tun. Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland in einem großartigen Land. Dieses Land hat nichts mit der AfD zu tun.

Ich sage ganz bewusst als jemand, dessen Vorfahren zwar nicht in der Bundesrepublik Deutschland geboren sind, der aber selbst in Deutschland geboren ist und der die Schwäbische Alb genauso seine Heimat nennt wie jeder andere auch, der von dort kommt: Eine Partei, deren Loyalität zu einem autoritären Herrscher wie Putin höher ist als deren Loyalität zum deutschen Grundgesetz, soll bitte schön nicht für sich in Anspruch nehmen, dass sie irgendetwas mit deutschen Tugenden zu tun hat.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Lammert! Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich werde Ihren Scharfsinn und Ihren Humor sehr vermissen. Herzlichen Dank für Ihre kluge und zuweilen auch fröhliche Amtsführung. Ich hoffe, dass wir noch viel von Ihnen hören werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir reden hier zum Teil über Kohlekraftwerke aus der Zeit von Sepp Herberger.



Wie soll sich Deutschland gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdogan, hier auf einem Foto vom G20-Gipfel in Hamburg, verhalten? Darüber stritten Regierung und Opposition in der vergangenen Sitzungswoche im Deutschen Bundestag.

© picture-alliance/rtn – radio tele nord

Volker Kauder, CDU:

Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Auch ich möchte zunächst dem Präsidenten im Namen meiner Fraktion herzlich danken. Wir haben ihn schon gestern in unserer Fraktionssitzung mit stehendem Applaus gewürdigt. Ich glaube, man kann sagen: Dieser Deutsche Bundestag kann wirklich stolz darauf sein, einen solchen Präsidenten gewählt zu haben.

Lieber Norbert Lammert, wir wünschen alles Gute; Gottes Segen begleite Sie. Ich bin ganz sicher: Wir werden vom ehemaligen Präsidenten immer wieder etwas hören. Vor allem wenn ihm wegen des einen oder anderen die Hut schnur platzt – so kenne ich ihn –, wird er nicht schweigen können. Deswegen freuen wir uns natürlich – die Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion sind für jeden ehemaligen Kollegen offen – über jeden Besuch.

Wenn man heute auf unser Land schaut, dann muss man zugeben, dass es wahrscheinlich kein einziges Land auf der Welt gibt, in dem es den Menschen im Schnitt so gut geht wie bei uns in Deutschland.

Dies hat etwas mit einer großen Gesamtleistung von fleißigen Bürgerinnen und Bürgern, von Unternehmen, die risikofreudig sind und investieren, und einer guten Politik zu tun.

Es mag ja sein, Herr Kollege Oppermann, dass nicht alles hundertprozentig gelungen ist. Aber ich kann nur sagen: Ich bin stolz auf das, was wir in diesen vier Jahren in dieser Regierung für unser Land geleistet haben.

Jetzt kann ich eine Erfahrung anführen, die ich schon mit meinem Freund Peter Struck besprochen habe und über die er in seinem Buch berichtet hat: Wenn

man miteinander in einer Regierung ist, dann muss man sich zu dieser Regierung bekennen. Auf jeden Fall wird es nicht gelingen – das werden wir am 24. September sehen –, gleichzeitig Regierung und Opposition zu sein. Dies funktioniert nicht.

Peter Struck hat in seinem Buch auch bestätigt, dass dies ein Fehler gewesen sei. Und der wird jetzt wiederholt.

Bei dem, was wir in den nächsten vier Jahren vorhaben, sind ein paar Projekte von besonderer Bedeutung. Eines – das zentrale überhaupt – heißt: Wir müssen unsere Wirtschaft darin unterstützen, dass sie wachsen kann und vorankommt. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Was eine funktionierende Wirtschaft bedeutet, hat der Kollege Oppermann – allerdings erst auf Nachfrage aus der Fraktion Die Linke – erklärt. Ich kann nur den Kopf darüber schütteln, wie dort das eine oder andere diskutiert wird, zum Beispiel die Rente. Wir haben in der letzten Großen Koalition auf Vorschlag von Franz Müntefering ein Rentenkonzept bis zum Jahr 2030 entwickelt.

Dass die SPD jetzt nicht immer dazu stehen will, wundert mich nicht; denn sie will sich von allem verabschieden, was sie einmal gemacht hat, auch von den Dingen, die richtig waren, was selten genug der Fall

ist. Aber selbst von denen will sie sich verabschieden.

Jetzt muss ich sagen: Ja, es ist ja richtig: Als Angela Merkel zum ersten Mal Bundeskanzlerin geworden ist, hat sie 5 Millionen Arbeitslose im Gepäck gehabt, die sie geerbt hat. Heute sehen die Zahlen ganz anders aus. Das Ergebnis sieht man: Dass 44 Millionen Menschen beschäftigt sind und in die Sozialkassen einzahlen, führt dazu, dass wir eine Situation in unseren Sozialversicherungssystemen haben, wie wir sie schon lange nicht mehr hatten. Auch dies ist ein gutes Ergebnis unserer Regierung.

Klar ist auch: Je mehr Menschen in Arbeit sind und Beiträge zahlen, desto stabiler ist das Rentenversicherungssystem, und damit

werden auch die 48 Prozent gehalten.

Alles andere ist Quatsch. In der Zeit der rot-grünen Regierung mit 5 Millionen Arbeitslosen wäre ein Rentenniveau von 48 Prozent nicht einmal mit einem Milliardenaufwand möglich gewesen. Deswegen: Sorgen wir für eine gute wirtschaftliche Situation! Dann sind die Renten- und auch die Sozialversicherungssysteme in Ordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dass man den Mut hat, hier aufzutreten, und den eigenen Kanzlerkandidaten im Regen stehen lässt, das ist wohl typisch sozialdemokratisch. Ich will darauf hinweisen: Es ist absolut nicht in Ordnung, Thomas Oppermann, sich hierhinzustellen und zu sagen: Die CDU/CSU will aufrüsten.

Das ist absolut nicht in Ordnung. Ich zitiere Martin Schulz im Phoenix-Interview:

Die Experten sagen mir: Zwischen 3 und 5 Milliarden braucht die Bundeswehr jährlich mehr. Ja, unbedingt; sollten wir tun.

Sich dann hierhinzustellen und etwas anderes zu sagen, ist schäbig, um das einmal so offen zu formulieren.

Es bleibt dabei, dass wir mit dieser Regierung unter Angela Merkel dem Land einen guten Dienst erwiesen haben, vor allem deshalb, weil wir neue Chancen und neue Möglichkeiten für die nächste Regierung und auch für die junge Generation geschaffen haben. Es ist erstaunlich – eigentlich ist es das nicht –, dass die SPD darüber nicht spricht. Aber wahrscheinlich eine der größten Leistungen dieser Koalition – nicht nur der Regierung – ist, dass wir dreimal hintereinander einen Haushalt ohne neue Schulden geschafft haben.

Nein, es ist bereits das vierte Mal hintereinander. Nun sind wir beim fünften Haushalt. Dass wir keine neuen Schulden gemacht haben, und dies, ohne die Steuern zu erhöhen, das ist eine großartige Leistung. Das ist etwas, was wirklich generationengerecht ist.

Es ist auch die Wahrheit: Als wir einen Haushaltsüberschuss nicht für die Rücklage, sondern zur Reduzierung der Schulden nehmen wollten, hat die SPD nicht mitgemacht, sondern gesagt: Wir wollen nicht die Schulden senken, sondern geben das Geld lieber aus. – Das ist so typisch: Anstatt die Schulden zu senken, Geld ausgeben, obwohl wir in diesem Land

genügend investieren.

Die Rede des Kollegen Oppermann habe ich in vielen Punkten so verstanden, als ob der Bund mehr und mehr Aufgaben der Länder übernehmen sollte und die Länder damit abgeschafft werden sollten. Ich kann nur sagen: Bildungspolitik ist zunächst einmal Aufgabe der Länder. Dort, wo die Union regiert, läuft es wesentlich besser als dort, wo ihr regiert.

Es ist doch bezeichnend, dass die SPD-Bundestagsfraktion und insbesondere der Kollege Oppermann mehrfach gesagt haben: Wir brauchen ein Programm zur Sanierung von Schulen und für finanziell notleidende Städte, vor allem wegen Nordrhein-Westfalen. – Dort habt ihr viele Jahrzehnte regiert. Das Ergebnis kann man besichtigen. Gott sei Dank hat sich das in diesem Jahr geändert.

Im Übrigen haben wir überhaupt nichts gegen eine verstärkte Zusammenarbeit. Wir haben das Grundgesetz geändert, um zusammenarbeiten zu können. Wir haben auch gesagt: Wir wollen einen Bildungspakt mit Ländern und Kommunen, um zu helfen, dass Schulen an das Internet angeschlossen werden.

Aber wir haben immer gesagt, dass die Verantwortung für das, was in der Schule geschieht, bei den Ländern verbleiben muss. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Doch nur weil man im SPD-regierten Bremen so miserable Ergebnisse bei der Bildungspolitik hat, muss man nicht für einheitliche Standards in ganz Deutschland plädieren.

Man sollte nur nicht, wenn man in Bremen Kinder in der Schule hat, den Versuch unternehmen, mit denen nach Sachsen umzuziehen; denn die Bremer haben selber gesagt, sie seien beim Abitur eineinhalb Jahre zurück. Daran muss man schon auch in den Ländern etwas ändern. Es muss dabei bleiben, dass Verantwortung und Kompetenzen zusammengehören. Es geht auf gar keinen Fall, Kompetenzen für sich zu beanspruchen und sich dann, wenn es schiefgeht, Geld beim Bund abholen zu wollen. So funktionieren die Dinge wirklich nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Land auch in den nächsten vier Jahren in eine gute Zukunft führen können. Aber manche aufgeregte Diskussion darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir es mit Risiken in der Außenpolitik zu tun haben. Wenn wir uns Amerika oder Nordkorea anschauen, wenn wir die Art und Weise, wie Putin Politik

macht – nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Bereichen –, anschauen, dann müssen wir feststellen: Man muss sich wirklich Sorgen machen. Da kann ich nur sagen: Es kommt darauf an, dass man mit Ruhe, klarer Einsicht, Kompetenz und auch Mut an die Sachen herangeht. Jetzt kann ich nur sagen: Die oberste aller Tugenden ist die Klugheit und nicht das politische Rabaukentum.

Wenn ich so sehe, wie sich die Positionen im Wahlkampf verändern, dann kann ich nur dringend davor warnen, wegen einer Wahl Positionen über Bord zu werfen, die man noch vor vier Tagen, nämlich bis zum letzten Freitag, für richtig erkannt hat. Wenn ich mir das alles anschau – so sehen es auch viele Menschen in unserem Land –, bin ich mir ganz sicher, dass gerade die schwierigen außenpolitischen Aufgaben nirgendwo besser aufgehoben sind als bei Angela Merkel.

Der Bundestagspräsident hat gemahnt, dass wir uns gemeinsam für die Demokratie einsetzen, auch über den Wahlkampf hinaus; das ist richtig. Deswegen teile ich alles, was hier zur AfD gesagt wurde. Aber man muss sagen:

Es gibt auch Gefahren von anderer Seite. Es hat mich schon sehr gestört, dass das Thema eines zunehmend gewaltbereiten Linksextremismus hier überhaupt noch nie angesprochen worden ist.

Das, was in Hamburg geschehen ist, hat mit rechts weniger zu tun als mit links.

Ich rate dringend, Kollege Oppermann und auch Kollegen von den Grünen, auf keinem Auge blind zu sein. Extremismus, der unsere Gesellschaft gefährdet, ob von links oder von rechts, muss beiderseits bekämpft werden.

Wenn wir dies schaffen – wir sind dazu bereit –, dann tun wir unserem Land einen großen Dienst.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die oberste aller Tugenden ist die Klugheit und nicht das politische Rabaukentum.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Dietmar Bartsch (Die Linke), Andrea Nahles (SPD), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis90/Die Grünen), Dr. Wolfgang Schäuble (CDU), Dr. Katarina Barley (SPD), Gerda Hasselfeldt (CSU), Sigmar Gabriel (SPD), Dr. Peter Tauber (CDU) und Hubertus Heil (SPD).

leicht
erklärt!

Der Balkan

Was ist das?



In folgendem Text geht es um den Balkan.

Zum Beispiel um folgende Fragen:

- Was ist der Balkan?
- Was hat die Europäische Union mit dem Balkan zu tun?



Was ist der Balkan?

Der Balkan ist ein Gebiet im Süd-Osten von Europa. Auf einer Karte liegt er also von Deutschland aus gesehen rechts unten.

Er ist für viele Dinge bekannt. Zum Beispiel für seine schönen Landschaften. Und für seine vielfältigen Traditionen. Viele Menschen machen darum gerne Urlaub dort.

Der Balkan hat keine festen Grenzen. Meistens zählt man aber die folgenden Länder dazu:

- Albanien
- Bosnien-Herzegowina
- der Kosovo
- Kroatien
- Mazedonien
- Montenegro
- Serbien
- Slowenien

Diese Länder nennt man manchmal: West-Balkan. Denn sie liegen im Westen vom Balkan.



Außerdem gehören zum Balkan noch:

- Bulgarien
- Griechenland
- ein Teil von Rumänien
- ein Teil von der Türkei

Im folgenden Text geht es aber hauptsächlich um den West-Balkan.

Viele Länder auf dem West-Balkan gibt es noch nicht sehr lange.

Dafür gibt es einen Grund:

Früher gab es im Westen vom Balkan das Land Jugoslawien.

Dieses Land bestand aus 6 Teilen. Und zwar: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien.

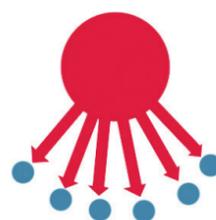
In den 1980er-Jahren gab es in Jugoslawien viele Probleme.

Die 6 Teile beschlossen irgendwann: Sie wollen nicht mehr zu Jugoslawien gehören. Sie wollen stattdessen eigene Länder sein.

Das geschah ab dem Jahr 1991.

Die Teilung verlief nicht friedlich. Es gab mehrere Kriege.

In ihnen kämpften die Länder vom früheren Jugoslawien gegeneinander. Und zwar ungefähr 10 Jahre lang.



Probleme auf dem Balkan

Auf dem West-Balkan gab es also schon früher viele Schwierigkeiten.

Und das ist auch heute noch so.

In den Nachrichten hört man manchmal davon.

Viele Menschen sagen:
Der West-Balkan ist das Gebiet mit den meisten Problemen in Europa.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:



1) Zwischen den Ländern gibt es immer wieder viele Streitereien.

Zum Beispiel gibt es Streit um die Grenzen zwischen manchen Ländern.



2) In vielen Gegenden auf dem West-Balkan sind die Menschen sehr arm.

Und es gibt zum Beispiel viel Arbeitslosigkeit.



3) Auf dem West-Balkan leben viele verschiedene Völker.

Ein „Volk“ ist eine Gruppe von Menschen.

Diese Menschen haben bestimmte Gemeinsamkeiten.

Zum Beispiel die Sprache, Traditionen oder die Religion.

Auf dem West-Balkan gibt es zum Beispiel die folgenden Völker:

- Albaner
- Kroaten
- Serben

Oft ist es auf dem West-Balkan so:

In einem Land leben verschiedene Völker nebeneinander.

Und: Menschen, die zum gleichen Volk gehören, leben in unterschiedlichen Ländern.

Das kann manchmal zu Streitereien zwischen den Völkern und den Ländern führen.

Und oft gibt es auch Menschen, die diese Streitereien zwischen den Völkern noch anheizen.

Im Folgenden 2 Beispiele für Streitigkeiten auf dem West-Balkan.

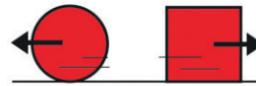
1) Serbien und der Kosovo

Das Land Serbien ist nach der Teilung von Jugoslawien entstanden.

Ein Gebiet von Serbien hieß damals: der Kosovo.

Der Kosovo hat im Jahr 2008 erklärt:
Er ist ein eigenes Land.

Er hat sich also von Serbien abgeteilt.



Viele Länder auf der Welt haben das anerkannt.

Sie sagen:

Ja, der Kosovo ist ein eigenes Land.

Diese Meinung hat auch Deutschland.

Viele Länder sagen aber auch:

Nein, der Kosovo ist kein eigenes Land.

Er gehört noch zu Serbien.

Diese Meinung hat auch Serbien.
Serbien will den Kosovo also nicht gehen lassen.

Seit vielen Jahren gibt es darum zwischen den beiden Ländern Streit.

Viele Länder in Europa versuchen, dabei zu helfen, dass die beiden Länder miteinander sprechen.
Sie sollen sich einigen.

Das Wichtigste dabei ist:

Es soll keinen Krieg zwischen Serbien und dem Kosovo geben.



2) Griechenland und Mazedonien

Das Land Mazedonien hat sich selbst folgenden Namen gegeben:
Republik Mazedonien.

Griechenland ist aber gegen diesen Namen.

Denn: In Griechenland gibt es ein Gebiet mit dem Namen Makedonien.

Das Land und das Gebiet in Griechenland heißen also fast gleich.





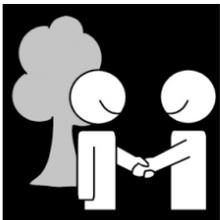
Darum hat Griechenland vor der folgenden Sache Angst:
Vielleicht will die Republik Mazedonien irgendwann das griechische Makedonien für sich haben.
Und darum hat sie sich schon mal fast den gleichen Namen gegeben.
Griechenland will einen anderen Namen für Mazedonien.
Und zwar:
Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.
Mazedonien will das aber nicht.

Der West-Balkan und die Europäische Union



Auf dem West-Balkan gibt es also viele Schwierigkeiten.
Und auch die Europäische Union beschäftigt sich oft mit diesem Gebiet.

Was ist die Europäische Union?



Die Europäische Union ist eine Gruppe aus 28 europäischen Ländern.
Sie arbeiten zusammen.
Ihre Politik soll nicht nur die einzelnen Länder von Europa beachten.
Sie soll ganz Europa beachten.
Deutschland ist Mitglied in der Europäischen Union.
Die Abkürzung für Europäische Union ist: EU.

Warum interessiert sich die EU für den West-Balkan?



Die EU hat verschiedene Gründe, sich um den West-Balkan zu sorgen.
1) Mehrere Länder vom Balkan sind Mitglieder in der EU.

2) Die EU will für Frieden in ganz Europa sorgen.
Und dafür, dass es den Menschen in Europa gut geht.
Der Balkan gehört zu Europa.
Also will sie sich auch um dieses Gebiet kümmern.



3) Der West-Balkan liegt genau zwischen den Gebieten von verschiedenen Ländern und Länder-Gruppen.

Und zwar:

- von der EU,
- von Russland,
- von der Türkei
- und von arabischen Ländern in Afrika und Asien.

Alle diese Gruppen wollen möglichst viel auf dem West-Balkan mitbestimmen.

Die EU hat folgendes Ziel:

Sie möchte möglichst viel auf dem West-Balkan mitreden.

Und zwar, damit andere Länder oder Länder-Gruppen dort nicht so viel mitreden können.



4) Viele Menschen auf dem West-Balkan sind arm.
Oft finden sie keine Arbeit.

Sie verlassen dann ihr Land.
Und sie gehen in andere Länder.
Und zwar oft in die EU.

Dort hoffen sie auf ein besseres Leben.

Die EU möchte darum das Leben von Menschen auf dem West-Balkan verbessern.

Denn dann verlassen weniger Menschen ihre Länder.
Und weniger Menschen kommen in EU-Länder.



Was macht die EU auf dem West-Balkan?

Die EU macht verschiedene Dinge.
Damit möchte sie den West-Balkan unterstützen.

Zum Beispiel:

- 1) Die EU unterstützt die Länder auf dem West-Balkan mit Geld.
- 2) Die EU arbeitet in vielen Bereichen mit den Ländern auf dem West-Balkan zusammen.
- 3) Die EU hilft den Ländern bei Gesprächen miteinander.
Zum Beispiel, wenn die Länder versuchen, einen Streit zu beenden.



Mitgliedschaft in der EU

Das wichtigste Ziel für den West-Balkan und die EU ist:

Die Länder vom West-Balkan sollen irgendwann alle Mitglieder in der EU werden.

Die Idee dabei ist:

Wenn Sie in der EU sind, können sie besser zusammenarbeiten.

So soll es dann mehr Frieden geben.

Und den Menschen dort soll es besser gehen.



2 Länder vom West-Balkan sind schon in der EU. Und zwar Slowenien und Kroatien. Auf dem Bild sind sie grün.

4 Länder sprechen gerade mit der EU über einen Beitritt:

- Mazedonien
- Montenegro
- Serbien
- Albanien

Auf dem Bild sind sie gelb.

Der Kosovo und Bosnien-Herzegowina werden vermutlich irgendwann auch mit Gesprächen beginnen. Auf dem Bild sind sie rot.

Probleme mit der EU-Mitgliedschaft

Viele Länder auf dem West-Balkan warten jetzt schon viele Jahre auf ihre EU-Mitgliedschaft.

Manche Menschen finden: Das ist ein Problem.

Denn:

Wenn die Länder vom West-Balkan so lange warten müssen, dann werden sie immer ungeduldiger.



Manche Menschen glauben nun:

Vielleicht wenden sich die Länder auf dem West-Balkan von der EU ab.

Und sie arbeiten dann mehr mit Russland, der Türkei oder den arabischen Ländern zusammen.

Manche Menschen finden darum: Die Länder vom West-Balkan sollten möglichst schnell in die EU.



Aber: Die meisten Länder dort sind noch nicht bereit für die EU.

Denn die EU hat bestimmte Regeln. Alle Mitglieder müssen sie einhalten.

Viele Länder auf dem Balkan können diese Regeln aber noch nicht einhalten. Auch wenn sie sich sehr bemühen.

Außerdem hat die EU im Moment selbst Probleme.

Viele Menschen finden darum: Im Moment sollte sie keine neuen Mitglieder aufnehmen.

Es wird also noch lange dauern, bis alle Länder vom West-Balkan in der EU sind.



Wie geht es weiter?

Die Situation auf dem Balkan ist kompliziert.

Es gibt viele Schwierigkeiten.

Die EU versucht, bei einigen Problemen zu helfen. Aber sie kann sie nicht so einfach lösen.

Darum wird der Balkan die Politik sicherlich noch viele Jahre lang beschäftigen.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / J. W. Alker und picture alliance / Westend61. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 37/2017
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. September 2017.